

Deutscher Bundestag
Unterausschuss
„Regionale Wirtschaftspolitik“

Wortprotokoll des Kongresses
„Zukunft der strukturschwachen
und ländlichen Räume“
am 4. April 2011 in Berlin

Der **Vorsitzende:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie alle recht herzlich willkommen heißen und begrüßen. Es freut mich außerordentlich, dass Sie so zahlreich aus allen Teilen der Republik gekommen sind, das Sie heute mit dabei sein wollen, wenn wir richtungsentscheidendes für die Zukunft erarbeiten dürfen. Und ich gehe davon aus, dass Sie nicht deshalb nach Berlin gekommen sind, um die Bundeshauptstadt wieder einmal zu erleben, zu sehen, sondern das Sie vor allen Dingen die Sorge um die Zukunft strukturschwacher und ländlicher Räume heute in die Bundeshauptstadt getrieben hat. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, der demografische Wandel birgt nämlich die Gefahr in sich, dass insbesondere strukturschwache und ländliche Räume ausbluten und von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt werden. Dabei möchte ich nicht verkennen, dass es sowohl Gewinner, aber auch Verlierer gibt. Zum Beispiel in den alten Bundesländern, an der Grenze nach Tschechien, von Bayern aus gesehen, oder insbesondere in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Da sieht es noch dramatischer aus. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, was bedeutet das für die betroffenen Regionen? Sie verlieren weiter an Attraktivität für Investoren, an Attraktivität für gut ausgebildete Arbeitskräfte und an Attraktivität für junge und ehrgeizige Familien. Und es bleibt nicht außen vor, dass dadurch auch die Finanznöte der Kommunen und Kreise zunehmen werden. Und gerade durch die weitere Abwanderung, drohen diese Gebiete auszubluten bzw. Notstandsgebiete zu werden. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Spirale nach unten muss durchbrochen werden. Der Staat und die Wirtschaft müssen an einem Strang ziehen und damit diese Räume nicht von Metropolregionen abgehängt werden. Und die Politik ist aufgefordert sich solchen Entwicklungen entgegenzustellen. Dies ist auch die Meinung des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik. Und man orientiert sich hier am Grundgesetz, in dem es heißt: „Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, in allen Teilen der Republik, ist geboten“. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, wer soll dies einfordern? Sie, die Entscheidungsträger vor Ort. Und ich begrüße Sie deshalb sehr, sehr herzlich und verweise darauf, dass circa 330 Teilnehmer aus allen Teilen der Republik, darunter 30 MdBs und sieben Landesminister- und Staatssekretäre, hier darf ich stellvertretend für alle den Staatsminister für Justiz, Herrn Dr. Jürgen Martens aus Sachsen nennen, weil er sich nicht am Podium befindet und trotzdem hier ist. 24 Landräte und auch hier möchte ich stellvertretend für alle erwähnen, die aus dem Süden kommen, Christian Bernreiter aus Deggendorf oder Franz Löffler aus Cham,

bis hin zu Heike Kerger aus Mecklenburg-Strelitz erwähnen. Ich darf begrüßen und herzlich willkommen heißen, 18 Präsidenten und Hauptgeschäftsführer von IHKs und Handwerkskammern, stellvertretend sei genannt, der Generalsekretär des Deutschen Handwerks, Herr Holger Schwannecke und der Sprecher der IHK, der Hauptgeschäftsführer für ganz Deutschland Walter Kalbert. Ich freue mich über die Anwesenheit von 7 Oberbürgermeistern, hier sei genannt Frau Anna Eder aus Deggendorf und auch ihre Kolleginnen aus Riesa und ich darf begrüßen, 108 Bürgermeister, wie gesagt aus allen Teilen der Republik, bei denen es auf den Nägeln brennt, dass eben wiederrum Nägel mit Köpfen gemacht werden. Ganz besonders freue ich mich auch, dass die Möglichkeit geschaffen ist, über den Hauskanal des Deutschen Bundestages diese Veranstaltung in die einzelnen Büros zu übertragen. Darüber hinaus aufzeichnen und vorzunehmen, die dann bei Presse, Funk und Fernsehen Niederschlag finden. Und deshalb, weil es so ist, dass wir nicht nur zusammen kommen sollen um uns hinter verschlossenen Türen zu unterhalten, sondern weil ich mir erwarte, dass gerade von der heutigen Veranstaltung Botschaften hinaus gehen, möchte ich mich besonders bedanken für den reichlichen Zuspruch von Pressevertretern wie zum Beispiel den stellvertretenden Chefredakteur der Passauer Presse, Herrn Kain oder den Ressortleiter vom Straubinger Tagblatt, Landshuter Zeitung Herrn Stuhlbrenner und ganz besonders freue ich mich darüber, Herr Stephan Scheider, dass Sie bereit sind als anerkannter Fernsehjournalist, beim bayerischen Fernsehen hier angesiedelt, bereit sind die Moderation für den heutigen Tag zu übernehmen. Meine Damen und Herren, ich darf des Weiteren noch kurz begrüßen und willkommen heißen und es war gar nicht einfach und leicht diese Persönlichkeiten an Land zu ziehen, einmal Herrn Prof. Dr. Birg, ein Bevölkerungswissenschaftler par excellence bekannt in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus. Und vor allen Dingen auch Herr Generaldirektor Ahner von der Europäischen Union. Also das freut mich auch ganz, ganz besonders. Nun meine Damen und Herren, heute ist vor allen Dingen eine Antwort auf die Fragen zu geben: Was wollen wir? Was brauchen wir? Und was ist zu tun? Da geht es einmal um die weitere Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Da geht es zum Zweiten darum, die Ansiedlung von wissenschaftlichen Einrichtungen eben zu erreichen. Denn es kann doch nicht sein, meine Damen und Herren, dass die Arbeitslosigkeit gerade in der Fläche besonders hoch ist und das im Zeitalter der Informationstechnologie, wo doch jeder Winkel in der Bundesrepublik Deutschland erreichbar ist, oder erreichbar sein soll. Und meine Da-

men und Herren, genauso verhält es sich bei der ärztlichen Versorgung. Sie wird immer schlechter. Wir können nicht wegdiskutieren, dass verschiedene Mitbürgerinnen und Mitbürger bis zu 35 Kilometer fahren müssen, um eben den Hausarzt zu erreichen. Und darüber hinaus ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass leider, leider verschiedene Disziplinen in einzelnen Krankenhäusern eben hier geschlossen werden. Ich war gestern bei einer Veranstaltung, da ging es um die Auflösung einer Gynäkologieabteilung eines Krankenhauses. Und da wird mir gesagt, dass ist so, man bekommt hier niemanden hin, wobei auf der anderen Seite in Ballungsräumen durchaus die Bereitschaft besteht, eine Halbtagsstätigkeit zu übernehmen, mit einem Bruttoverdienst von 4.000 Euro pro Monat und da ist natürlich nicht mehr interessant, dass ferne Land zu besiedeln um dort die Zukunft eben mitzubestreiten. Meine Damen und Herren, das sind Fragen die uns allen auf den Nägeln brennen. Genauso was den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur angeht. Hier ist genauso ein Akzent zu setzen, da die Straßen die Lebensadern der Wirtschaft sind. Und das jahrelange Warten auf Breitbandanschlüsse, und zwar in ausreichender Gebotenheit, muss endlich aufhören. Zudem meine ich, dass gerade auch in strukturschwachen Gebieten die Möglichkeit besteht, sich besonders dem Tourismus zuzuwenden. Aber auch hier ist vor allen Dingen eben der Staat gefordert, subsidiär gefordert, um einiges an Maßnahmen zu ergreifen, damit der Tourismus als zusätzliche Einnahmequelle, als Schöpfung von Arbeitsplätzen und der Gleichen mehr denn je an Zuspruch bekommt. Und, meine Damen und Herren, es ist ein weiterer wichtiger Teil, gerade bei dieser heutigen Veranstaltung, dass ich über die Ausgestaltung der Europäischen Kollisionspolitik nach 2014 mir von Herrn Generaldirektor Ahner, richtungsweisendes erwarte. Aber nicht nur ich, sondern sicherlich auch Sie. Und sicherlich auch die Mitglieder des Ausschusses für Regionale Wirtschaftspolitik. Denn es geht uns darum, jetzt schon die Maßnahme zu ergreifen, Weichenstellungen vorzunehmen, dass Deutschland in der Regionalführung bleiben muss. Dass das beihilferechtliche Fördergefälle innerhalb Europas reduziert werden muss und dass darüber hinaus die besondere Situation der Grenzregionen durch Sonderzuweisungen berücksichtigt werden muss. Ja meine Damen und Herren, das sind Forderungen, die wir natürlich gerade aus Deutschland mit nach Brüssel geben wollen, Herr Generaldirektor Ahner, damit Sie hier unsere Interessen, soweit es denn eine Möglichkeit dessen gibt, als führender Mann in der Europäischen Union, eben nicht vergessen, woher man kommt, nämlich aus der Bundesrepublik Deutschland und dieses so gut wie irgend-

wie möglich miteinbringen. Und meine Damen und Herren, der demografische Wandel lässt sich und das möchte ich schon feststellen, von der Politik kaum aufhalten. Aber, seine Folgen sind beherrschbar. Und deshalb sollen wir über Probleme nicht nur sprechen und klagen, sondern handeln. Es ist Zeit, Problemlösungen zu erarbeiten. Und ich meine hier sagen zu dürfen, dass gerade aus dieser Veranstaltung heraus die Regionalpolitiker der einzelnen Fraktionen und die übrigen führenden Leute die heute hier am Podium sitzen, die von Herrn Scheider dann zu einem späteren Zeitpunkt noch vorgestellt werden, dass die einiges an Aufgaben mit nach Hause nehmen dürfen, mit nach Hause nehmen sollen, um mit ihren Sinne, Maßnahmen zu ergreifen, die dringend erforderlich sind, damit der ländliche Raum gegenüber Metropolregionen nicht weiter abgehängt wird. Deshalb meine ich schon, dass Botschaften von hier angebracht sind, nicht nur in ihre Gebiete hinein, sondern weit darüber hinaus. Diese Veranstaltung konnte sich eines solch großen Zuspruchs erfreuen, dass ich einen Ministerpräsidenten sagen musste, er kann zwar kommen, aber ich kann ihm auch nicht mehr Rederecht einräumen als Ihnen. Das ich den Außenminister der Republik Ungarn, momentan EU-Ratspräsidentschaft, keine Möglichkeit einräumen konnte, hier her zu kommen, obwohl er gerne bereit gewesen wäre, um uns eine halbe Stunde lang die EU-Regionalpolitik aus der Sicht Ungarns und der EU eben darzubringen. Dafür haben wir Herrn Ahner. Ich sage das, damit Sie wissen, welche Wichtigkeit gerade diese Veranstaltung in sich birgt und dass ich mich freue, dass Sie so zahlreich heute hier sind. Lassen Sie mich zum Abschluss nur noch darauf verweisen und ein herzlichen Wort des Dankes sagen, denn eine solche Veranstaltung kostet auch eine Menge Geld, und hier hat uns der Deutsche Sparkassen- und Giroverband nachhaltig unterstützt, dass ist sauber. Da habe ich mir vom Bundestagspräsidenten extra die Genehmigung geholt. Es ist auch der bayerische Genossenschaftsverband, ich betone der bayerische Genossenschaftsverband, bereit etwas zu geben, uns finanziell unter die Arme zu greifen, damit diese Veranstaltung abgewickelt werden kann. Sie bekommen selbstverständlich im Nachhinein auch das Protokoll zugestellt, damit Sie wissen, was gesagt worden ist, daraus Schlüsse ziehen und diese soweit wie irgendwie möglich in die tägliche parlamentarische Arbeit oder auch Arbeit, für Ihre Region, für Ihren Kreis, für Ihre Kommune und der Gleichen miteinzubringen. In diesem Sinne nochmal ein herzliches Grüß Gott Ihnen Allen, hier im Reichstag, im Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion in Berlin und ich möchte nur als Letztes darauf verweisen, dass es eine kleine Veränderung gibt, nämlich Bun-

deswirtschaftsminister Brüderle wird etwas später kommen. Er ist für 12:30 Uhr hier eingeplant, die Pause wird dann vorgezogen und nach der Pause steigt er dann mit seinem Referat ein. Ich hoffe und wünsche, er wird dann bei uns sein und uns das notwendige, aus seiner Sicht gesehen, zur Regionalpolitik sagen. In diesem Sinne nochmal herzlich willkommen und jetzt wünsche ich uns einen erfolgreichen Verlauf dieser Tagung und erteile sofort das Wort an Herrn Prof. Dr. Birg, der uns das Einführende zu sagen hat. Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Herwig Birg: Es ist für mich wirklich eine Genugtuung hier sprechen zu dürfen. Ich komme aus der Regionalwissenschaft, als Volkswirt und bin spät in der Demografie gelandet. Der Vortrag jetzt, der 30-minütige Vortrag, ist für mich sozusagen eine Rückkehr zu den Wurzeln und diese Wurzeln sind sehr wichtig. Sie werden sich vielleicht wundern, wenn ich von meinen 30 Minuten einen relativ großen Teil auf Fragen der Weltbevölkerungsentwicklung verwende. Das müssen wir aber tun, denn die Welt hat sich dramatisch geändert. Im 20. Jahrhundert hatte Deutschland einiges verkraftet an Veränderungen, zwei Weltkriege, eine Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren, eine Teilung, 40 Jahre lang, eine Wiedervereinigung. Allein der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg ist aus heutiger Sicht, eine einmalige, großartige Leistung. Warum erwähne ich das? Wir sind am Anfang eines neuen Jahrhunderts und was vor uns steht ist, so glaube ich, der Dimension nach, noch größer als der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg. Es geht jetzt nicht darum, Ruinen wiederherzustellen. Es geht darum, in Friedenszeiten Leistungen zu vollbringen, die nicht im Hoch- und Tiefbau stattfinden, sondern in den Köpfen und auch in den Herzen. Entschuldigen Sie manchmal diese nichtwissenschaftlichen Nebensätze, Sie wissen zu trennen zwischen wissenschaftlichen Aussagen und Nichtwissenschaftlichen. Ich werde versuchen, dass so zu sortieren, dass hier kein Durcheinander passiert. Das Hauptaugenmerk liegt aber auf Fakten und lassen Sie mich zunächst die Fakten der demografischen Globalisierung, die mit der ökonomischen einhergeht, kurz rekapitulieren. Die Welt bewegt sich, weil sich drei Kräfte unaufhörlich an ihr zu schaffen machen, wenn man so sagen will. Das eine ist, dass was man menschliche Fortpflanzung, generatives Verhalten und Fertilität nennt, die Kinderzahl pro Frau, die die Menschen haben. Das andere ist die Länge des menschlichen Lebens und die dritte ist die große Kraft, die Wanderungsbewegung zwischen Ländern und innerhalb von Ländern. Wenn wir das jetzt betrachten und die Weltbevölkerung in Form ihrer 30

größten Länder vor uns haben, wie in diesem Schaubild gezeigt, dann haben wir senkrecht die Kinderzahl pro Frau in diesen 30 größten Ländern und waagrecht die durchschnittliche Dauer des menschlichen Lebens, gleich als Mittelwert für männliche und weibliche Lebenserwartung, und finden Deutschland unten rechts, als kleinen roten Punkt, in Gemeinschaft mit anderen hochentwickelten Ländern. Unter der Linie 2, also weit unter dem Bestandserhaltungsniveau, das man bräuchte, wenn jedes Paar und damit die Gesellschaft als Ganzes, sich reproduzieren soll. Also da ist es so, dass die Anordnung der Punkte schon zeigt, hier ist etwas Spannendes im Gange. Je höher die Lebenserwartung ist, je besser der Lebensstandard ist, desto weniger Kinder haben die Menschen und wenn man das selbe betrachtet für die Kontinente, dann sieht man, dass für jeden Kontinent eine Linie hier eingezeichnet ist und alle Linien zeigen von oben links nach unten rechts, bewegen sich ständig in Richtung höhere Lebenserwartungen, höheres Entwicklungsniveau und damit verbunden, niedrigere Kinderzahlen pro Frau. Wenn das so ist, und es ist seit über 60 Jahren so, dann hat die Welt zwei Gesichter, eine, von der waagerechten Achse dieses Schaubilds aus betrachtet, der ökonomischen Potenz, der Wirtschaftskraft, gemessen durch die Lebenserwartung als Superindikator. Und wenn man die Weltkarte so zeichnet, dass die Flächen der Länder proportional sind zu ihrer wirtschaftlichen Kraft, dann hat man hier eine solche Weltkarte und findet Deutschland durchaus als großes Land, unter anderen wichtigen Ländern, USA, Japan, während wirklich große, wichtige Länder hier, das ist die Weltkarte aus den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, wie China, Indien, Afrika als Kontinent, fast verschwinden. Das ist sozusagen der waagerechte Blickwinkel des eben gezeigten Diagramms, mit dem Entwicklungsniveau. Der vertikale Blickwinkel, mit der Geburtenrate, hat diese Weltkarte zur Folge. Hier sind jetzt die Flächen der Länder proportional zu ihrer Geburtenzahl und da ist Deutschland klein. Die USA sind keine dominierende Macht mehr, auch nicht Japan. Europa ist sozusagen nicht besonders bedeutend. Die künftige Supermacht ist entweder China oder Indien, demografisch und vielleicht auch ökonomisch eine von diesen beiden Mächten, jedenfalls nicht mehr die USA. Das ist der Rahmen. Nun können wir in der Demografie, leider möchte ich sagen, ziemlich genaue Vorausberechnungen machen, für die Weltbevölkerung, die 1950 noch zwischen Zwei- und Drei Milliarden betrug, gibt es Berechnungen für das Jahr 2000, aus den 50er Jahren, die einen Fehler haben von nur 1,5 % und die nächsten 50 Jahre werden einen wahrscheinlich noch geringeren Fehler haben. Wir können also schon heute sagen,

die Weltbevölkerung wird aus ihren jahrhundertlangem Wachstum, Sie sehen an dieser Krümmung der Kurve, übergehen in Stagnation und dann auch Schrumpfung und das wird sein, etwa ab 2070. Das zum Rahmen. Ebenfalls zum Rahmen gehört, dass der sogenannte demografische Wandel in Deutschland nicht jetzt begonnen hat und alle überrascht, sondern seit Ende des 19. Jahrhunderts im Gange ist. Seit der Einführung Bismarckschen Sozialreformen in den 90er Jahren, haben die Deutschen die Illusion, dass sie durch Einzahlungen in die Rentenversicherung etwas für ihre Alterssicherung tun würden. Das ist eine Illusion! Nicht nur weil das Umlageverfahren das eingezahlte Geld sowieso im gleichen Jahr wieder ausgibt, sondern weil, wenn die Einzahlenden selbst im Ruhestandsalter sind, keine Versorgung mehr möglich ist, es sei denn das Kinder nachgewachsen sind. Kinder zu haben gilt aber sozusagen, als nicht mehr so wichtig weil es ja die Renten- und Kranken- und neuerdings die Pflegeversicherung gibt. Dieses Fehltriteil ist einer der Gründe, warum die Geburtenzahlen in Deutschland, ich zeige das im nächsten Schaubild, seit Ende des 19. Jahrhunderts, das ist die blaue Linie, beginnt 1840 schon, ständig sinkt, unterbrochen durch die schon erwähnten welthistorischen Ereignisse. Aber der Trend ist klar, es ist nicht erst seit heute oder gestern ein demografischer Wandel im Gange, sondern seit über 100 Jahren. Also die Geburtenzahl, die blaue Linie, mit ihrem Maßstab rechts außen, sinkt unaufhörlich seit mehr als 100 Jahren. Die Bevölkerungszahl ist jetzt auch im Sinken, begriffen als Reaktion darauf. Und die Frage ist, was sind die Ursachen hierfür? Nun die Hauptursache ist die lebenslange Kinderlosigkeit der Menschen in Deutschland, die extrem hoch ist. Viele Länder haben inzwischen eine ähnlich niedrige Kinderzahl pro Frau wie Deutschland. Ich zeige Ihnen hier ein Schaubild von Europa. Diese helleren Farben bedeuten, dass die entsprechenden Regionen eine Kinderzahl von 1,3 % bis 1,4 % haben. Nur die dunkelroten liegen in der Nähe von 2 %. Wenn man die einzelnen Länder sozusagen darstellt, dass die Kinderzahl pro Frau als Balkenlänge sichtbar ist, dann sehen Sie die meisten europäischen Länder liegen weit unterhalb der Bestandserhaltung. Nur Wenige Länder wie Frankreich, Island oder die skandinavischen Länder erreichen annähernd zwei Kinder. Deutschland, rechts außen zu finden, mit 1,3 % bis 1,4 % Kinder eben nicht. Nun, wenn man hinterfragt, warum das so ist, muss man natürlich Theorien entwickeln, diese prüfen und sehen, ob sie was erklären können. Die Haupterklärung für Deutschland liegt darin, dass die meisten Menschen, die überhaupt Kinder haben, im Durchschnitt zwei Kinder haben, nicht eines. Aber, ein immer größer werdender Teil

der Menschen, bei jeder Generation, entscheidet sich für lebenslange Kinderlosigkeit. In diesem Schaubild jetzt, zeigt die Balkenlänge die den Prozentsatz der lebenslangen Kinderlosigkeit bei den Generationen seit 1935, links beginnend, bis 1965 als letzte Generation, und die schwarzen Balken, neue Bundesländer, rote Balken, alte Bundesländer zeigen einen steigenden Trend zur lebenslangen Kinderlosigkeit, so dass dann der Durchschnitt aller die Kinder haben und die keine Kinder haben zu 1,3 bis 1,4 Kindern führt. Hinter dem Durchschnitt, da wird es interessant zu sehen, dass sich die Gesellschaft spaltet in Menschen mit und ohne Nachkommen. Das hat unglaublich weitreichende Folgen, darauf komme ich noch zu sprechen. Nun, die zweite treibende Kraft ist die Lebenserwartung, hier können wir eigentlich erfreuliches konstatieren, die Lebenserwartungen bei den Neugeborenen steigt Jahr für Jahr um zwei bis drei Monate, dass gibt dann für Männer und Frauen, hier seit 1870 dargestellt, einen unaufhörlich wachsenden Trend. Die Weltkriege machen sich hier kaum bemerkbar in den Verbiegungen der Kurve, so wie auch hier, bei der Geburtenzahl, die Weltkriege und andere historischen Einschnitte zwar sichtbar sind, aber den Trend der Kurve selber, nicht aus der Bahn geworfen haben. Deshalb hüten Sie sich zu glauben was so einleuchtend klingt, dass man auf lange Sicht, für 50 oder 100 Jahre, keine demografischen Vorausberechnungen machen könnte, weil es Weltkriege gibt und andere überraschende Ereignisse, die das unmöglich machen. Das sieht so einleuchtend aus, ist aber falsch, denn diese Ereignisse sind als Ursachen gar nicht direkt verbunden mit der Fertilität und wenn man die Ursachen betrachtet, kommt man zu Trendentwicklungen, die sehr wohl langfristige Vorausberechnungen zulassen. Nun noch ein Wort zur dritten Komponente, den Wanderungen. Wenn man eine beliebige Stadt mal herausgreift, ich nehme jetzt mal Gütersloh und darstellt wie die Bevölkerung sich ändert in der Stadt, dann kann man die lebend Geborenen, das ist die vorderste Säule, die Sterbefälle, die zweite Säule, und dann die Wanderungen deutlich der Größe nach unterscheiden. Also die Wanderungen sind vier- bis fünfmal so wichtig für die Bevölkerungsveränderung dieser Stadt, wie die klassischen Komponenten Geburten- und Sterbefälle. Und das ist fast in jedem Stadt- und Landkreis so, je kleiner sie den Kreis schneiden, oder je kleiner die betrachtete Gemeinde ist, desto mehr verschiebt sich das Gewicht sogar zu den Wanderungen. Nun, das zum groben Sortieren der Fakten, womit wir es zutun haben. Wenn wir jetzt Prognosen machen, müssen wir diese einzelnen Kräfte sehr genau betrachten, analysieren, Annahmen setzen über Geburtenraten, die Sterberate, die Migration und können dann

aus den Annahmen mit mathematischen Modellen Folgerungen ableiten, das sind dann die Prognoseergebnisse. Und wenn die Annahmen stimmen, oder näherungsweise stimmen, stimmen auch die Prognosen, exakt oder näherungsweise. Nun ist diese Wissenschaft inzwischen soweit, dass man für zehn Jahre im Voraus, für Deutschland zum Beispiel, Prognosen machen kann, die einen Fehler im Promillebereich haben. Ich zeige Ihnen jetzt als nächstes ein Schaubild über verschiedene Prognosen der UNO und des statistischen Bundesamtes. Die beiden blauen Kurven sind die Ergebnisse des statistischen Bundesamtes, die beiden grünen, die der vereinten Nationen. Die Veränderung der Kurven verläuft immer in die gleiche Richtung nach unten, das heißt die Ämter korrigieren sich ständig in ihren Prognosen, in dem sie noch niedrige Ergebnisse ausweisen. Und die rote Linie, das ist meine eigene von 1999, die habe ich bisher nicht ändern müssen, weil, wie gesagt der Prognosefehler sehr klein ist. Das ist alles keine Hexerei, das ist Stand der Wissenschaft. Ökonomen haben es sehr viel schwerer so genaue Berechnungen zu machen, weil das eine andere Materie ist, nicht weil die das nicht so gut können wie Demografen, ich bin selber Ökonom und kann das beurteilen. Nehmen Sie bitte nur zur Kenntnis, die Frage, ob man genaue Vorausberechnungen machen kann ist nicht mehr aktuell, das ist sicher so. Die Frage ist nur, ob man die Ergebnisse zu Kenntnis nimmt. Ich zeige Ihnen jetzt mal als nächstes einige Auswirkungen dieser Prognoserechnungen. Am schönsten lassen sich diese Ergebnisse in Pyramidenform darstellen, hier links die Ausgangspyramide 1997 mit dem großen Berg in der Mitte bei den 40-jährigen, der Nachkriegsbabyboom. Dann 2025, ein Jahr auf das sich fast alle Prognosen konzentrieren, ist dieser Nachkriegsbabyboom dann eben 70. Und wenn man noch ein bisschen weiter geht, 2050 links, ist er dann über 80 und 2100, gut das sollte man nicht als Prognose bezeichnen, das ist eine Modellrechnung. Sie sehen hier ist etwas Fundamentales im Gang für Deutschland, das ist eine Rechnung die auch das statistische Bundesamt inzwischen als amtliche Einrichtung so publiziert und es ist ernst zu nehmen. Sogar auf Briefmarken kommt diese Figur vor. Was das aber bedeutet, sieht man erst wenn man in die Altersgruppen hineinschaut. Hier steht es an den Rändern der Kurven. Die 60-jährigen und älteren ,nehmen also nicht nur nicht ab, sie wachsen dramatisch. Und zwar nicht nur als Prozentanteil, sondern absolut. Also bis zur Jahrhundertmitte, um ungefähr zehn Millionen plus, so viel wie Baden-Württemberg Einwohner hat, das muss man sich klarmachen, die über 80-jährigen verdreifachen sich von drei- auf ungefähr zehn Millionen. Und alle anderen

Altersgruppen, nehmen permanent ab. Also wir haben insgesamt eine Schrumpfung um 14 Millionen bis 2050. Aber dramatisch ist das, was sich hinter diesem Durchschnitt abspielt, nämlich die Explosion der Bevölkerung bei den Alten und Implosion bei den Mittleren und Jungen. Nun auf dem Arbeitsmarkt hat das natürlich gewaltige Konsequenzen, beispielsweise bei den 20- bis 60-jährigen gehen die Kurven nach unten, selbst wenn man hohe Einwanderungen annimmt, wie hier dargestellt in verschiedenen Kurven. Also bei 300.000 Nettoeinwanderungen pro Jahr, sinkt die Zahl der 20- bis 60-jährigen trotzdem. Und man kann ausrechnen, es müssen immer mehr sein, Nettoeinwanderungen pro Jahr, bis zu 700.000, was bedeuten würde, weit über 1.000.000 Bruttoeinwanderungen pro Jahr, weil ja auch viele Menschen wegziehen. Also das ist klar und nun kann man sich überlegen, ja was ist wenn die Familienpolitik plötzlich tolle Wirkungen zeitigt, also nehmen wir mal an, dass dieses Bild für eine Geburtenrate nicht von 1,4 % wie jetzt, sondern von 1,6 % gezeichnet wird, dann sehen Sie, die Kurven schirmen sich alle ein bisschen nach oben, aber am Grundproblem ändert sich herzlich wenig. Nun sagen viele das ist alles zu lösen durch Einwanderung. Ich zeige Ihnen jetzt als nächstes ein Schaubild, welchen Schulabschluss die Einwanderer in Deutschland haben. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, können wir mit einer neuen Statistik des Mikrozensus jetzt sehr genau analysieren und das folgende Bild zeigt mit senkrechten Balken, den Prozentsatz der Herkunftsländer, der die Menschen ohne Schulabschluss angibt. Ganz rechts außen, die kleinen beiden Säulchen, sind die Deutschen, also die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Da haben die Männer, blaue Säule, 1,4 % und die Frauen, helle Säule, 1,3 % keinen Schulabschluss. Sie sehen alle anderen Herkunftsländer, auch die europäischen, auch sympathische Länder, unsere Nachbarländer, Polen, Italien, Griechenland, ein Vielfaches so häufig ohne Schulabschluss. Eine weitere Bemerkung wenn man durch Einwanderung die Altersstruktur retten wollte und das wird Sie jetzt überraschen, bräuchte man eine Nettoeinwanderung bis zum Jahr 2050, von ungefähr 180.000.000 Menschen. Die rechte Säule gibt das an. Drei Säulen sind in diesem Schaubild, die erste beantwortet die Frage, wie viel Einwanderung wir brauchen, falls wir die Bevölkerung konstant halten wollten, will ja keiner. Zweite Säule, wie viel brauchen wir, falls wir die Altersgruppe 15-bis 64-jährigen stabilisieren wollten, 24.000.000. Und falls wir die Relation der über 65-jährigen zu den 15 bis 64 konstant halten wollten, also die entscheidende Größe der alten Prozent, bräuchten wir 180.000.000 Netto, meine Damen und Herren. Also verabschieden Sie sich von

der Illusion, das machen wir doch alles „mit links“ durch eine neue Migrationspolitik. Nun habe ich als nächstes eine Auswirkung auf die Wirtschaftsentwicklung, die Sie vielleicht überraschen wird. Wenn man zurückblickt, auf die letzten 40 Jahre, von 1970 bis 2010 und die Ländergruppe G20 betrachtet, dann ist Deutschland ein Schlusslicht, was den ökonomischen Wachstum betrifft. Und warum? Weil auch das demografische Wachstum am kleinsten war. Schauen Sie sich mal diese Länder an, das sind die G20-Länder und die blaue Linie gibt die Wachstumsrate der Altersgruppe 15 bis 64 an, die ist fast null in Deutschland. Darüber die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes. Sie sehen, dass hat was miteinander zu tun. Wo der demografische Wachstum in den letzten 40 Jahren niedrig war, war auch der ökonomische niedrig. Man kann den gleichen Sachverhalt noch etwas anders darstellen, dann wird er noch plastischer. Die Punkte jetzt nochmal waagrecht die Wachstumsrate der Demografie, 15- bis 64-jährige, senkrecht die der Ökonomie, Deutschland ist links unten als erster Punkt neben Italien, das Land mit der niedrigsten Entwicklungsdynamik. Ein weiteres Schaubild zu diesem Thema Wirtschaft. Wenn wir annehmen, dass die Produktivität pro Kopf sich verdoppelt bis zur Jahrhundertmitte, das ist ja der große Joker den die Volkswirte glauben im Ärmel zu haben, die Wirtschaft wird immer produktiver durch Innovation und durch immer bessere Ausbildung. Wenn wir mal annehmen, dass das so ist, dass die Produktivität sich also verdoppelt, dann haben wir nicht etwa ein doppelt so hohes Sozialprodukt im Jahr 2050, sondern ein Sozialprodukt das nur um 35 % höher ist. Die beiden rechten Säulen geben an, wie die Ökonomie sich entwickelt von 100 %, am Anfang der Betrachtung, auf dann 134 % in der Größe des Sozialproduktes, also mäßig. Und dazu kommt, dass ein immer größerer Teil des Sozialproduktes gebraucht wird, für die Versorgung der Älteren, die, wie ich schon sagte, um 10.000.000 zunehmen. Das ist also ein Anteil, am Anfang der Betrachtung, von 24 % und dann von fast 40 %. Also das sind die Rahmenbedingungen. Nun kommen weitere sehr wichtige Themen ins Spiel, bevor ich mich auf meinen Hauptpunkt gleich konzentriere, nämlich der Generationenkonflikt zwischen alt und jung. Dann ein neuartiger Generationenkonflikt, innerhalb jeder Generation zwischen Menschen mit und ohne Kindern. Dadurch, dass das Verfassungsgerichtsurteil zur Pflegeversicherung wichtig geworden ist. Dann ein Integrationskonflikt, der daraus besteht, dass die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund durch Transferleistungen an die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr große Leistungen erbringt, wobei die Gegenleistungen diese Leistungen eben nicht aus-

gleichen. Dann haben wir einen internationalen Finanzkonflikt neuerdings. Griechenland ist ja deshalb von den Gläubigerbanken abgeschrieben worden, weil wie die sagten, dass Griechenland seine Rentenprobleme aus demografischen Gründen nie wird lösen können und alle anderen Länder in Europa haben ähnliche Rentenprobleme. Dieser Finanzkonflikt ist wahrscheinlich unlösbar. Und dann der Regionalkonflikt, auf den ich jetzt am Abschluss eingehe. Deutschland war Jahrhunderte lang geprägt durch seine Regionen, und zwar in der Weise, dass in den ländlichen Gebieten immer mehr Menschen geboren wurden, als sozusagen an Stellen bzw. an Existenzmöglichkeiten da waren und die wanderten dann in die Städte. Der Städtewachstum ist überhaupt nur erklärbar, aus dem permanenten Zustrom vom Land. Das ist passé, das ging bis ins 20. Jahrhundert. Im 21. Jahrhundert ist die Quelle versiegt. Ich zeig Ihnen mal eine Landkarte von Deutschland mit dem Geburtendefizit, links bis 2005, die blauen Flächen sind Gebiete mit Defiziten und dann rechts bis 2025, die blaue Farbe wächst über alle Gebiete hinweg sozusagen. Es bleiben am Ende nur ganz wenige übrig und da muss man sich fragen, ja was ist dort los? Wieso haben die Geburtenüberschüsse? Nun das liegt daran, dass die meisten Menschen die wandern, und es wandern 4.000.000 Menschen jedes Jahr zwischen den Stadt- und Landkreisen, meistens im typischen Elternalter sind und dann dort wo sie sich niederlassen, in den Landeshauptstädten, Stuttgart, München, Magdeburg usw. zu hohen Geburtenraten beitragen, die dann aber in den Herkunftsgebieten fehlen. Nun das lässt sich sehr genau abbilden, mit unserer guten deutschen Statistik. Hier haben wir ein Schaubild jetzt nicht auf der Ebene von Kreisen, sondern auf der Ebene von Städten und Gemeinden. Sie sehen auch hier an den Farben, dass die blaue Farbe bereits dominiert und wenn wir das jetzt untergliedern nach den Ursachen, dann können wir sagen, der natürliche Saldo, also die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen, zeigt ganz deutlich wo die Defizite entstehen und wo sie noch nicht da sind, aber auch zu erwarten sind. Wenn wir bis 2025 blicken, dann ist die Welt sozusagen ein bisschen in Ordnung, aber jenseits von 2025 ist sie überhaupt nicht mehr in Ordnung. Dann gibt es nur noch blaue Flecken. Eine weitere Karte zu der Ursache der Wanderungen macht deutlich, die roten Punkte, also zum Beispiel der süddeutsche Raum oder der Berliner Raum und so weiter, stehen deshalb demografisch relativ gut dar, weil die Abwanderungen in den ländlichen Gebieten die Substanz dafür liefert. Ich zeige Ihnen als nächstes eine bewusste, verzerrte Landkarte für Deutschland, die auch hier mit blau und rot unterscheidet wo etwas wächst und wo etwas

schrumpft und die die Bevölkerungszahl nochmal deutlich werden lässt, also die Flächen sind proportional zur Bevölkerungszahl und Sie sehen, dass die großen, dynamischen Gebiete davon leben, in der Regel davon leben, dass andere dann umso stärker schrumpfen. In den letzten drei Minuten einige Schlussfolgerungen. Ich höre häufig nach Vorträgen, dass mag ja alles so sein, schön und gut, aber was ist denn Schlimmes daran, wenn Deutschland von 82.000.000 auf 60.000.000 zur Jahrhundertmitte schrumpft? Das hat doch auch sehr viele Vorteile, die Chancen der Schrumpfungen und Alterungen werden ja täglich zelebriert in Politik und Medien, das haben sie zum Überdross in den Zeitungen, das will ich nicht alles wiederholen. Nun wo ist das Problem? Das Problem ist, dass diese schöne, heile, neue Welt dann bei 60.000.000 oder 50.000.000 Millionen nicht so bleibt wie sie ist, sondern die Schrumpfung ist ein Prozess der nicht Halt macht bei runden Jahreszahlen wie 2050, der geht auch im 22. Jahrhundert weiter. Wir müssen uns daran gewöhnen, die Prozesse zu bewerten und nicht die Zwischenstationen bei runden Jahreszahlen. Wir brauchen also zwei Arten von Politiken. Die eine, Herr Hinsken hat das schon erwähnt, die Probleme als Chance für die Modernisierung begreifen, etwas lange Fälliges endlich tun, besonders in den Gebieten wo das noch nicht geschah. Aber zweitens, das nenne ich Anpassungspolitik, das muss sowieso sein, Modernisierungspolitik. Das Zweite ist Stabilitätspolitik, dafür sorgen, dass die Schrumpfung nicht ewig weiter geht, sondern irgendwann wieder Stabilität einkehrt. Auch die Europäische Union wird sich fragen müssen, ob sie ihre Philosophie der Förderung der Kollisionspolitik, eigentlich auf Dauer so betreiben kann, denn die Wirklichkeit in den Regionen führt zu immer größeren Disparitäten, weil die demografische Entwicklung so ist, wie sie ist. Und diese demografische Entwicklung kommt noch nicht richtig vor in der Philosophie der europäischen Politik. Die Unterschiede werden so unerträglich groß werden, dass auch auf europäischer Ebene reagiert werden muss. Vieles ist zu tun. Die Einbeziehung demografischer Faktoren in die regionalen Förderungskriterien wäre ganz wichtig, wie man das auch immer macht, es muss damit begonnen werden. Ergänzung des Finanzausgleichs, durch demografische Indikatoren. Dann, was die Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik betrifft, endlich Etablierung einer systematischen Bevölkerungspolitik als Querschnittspolitik durch alle Ressorts, so wie das in den Lehrbüchern schon lange gefordert wird und wie es ansatzweise zum Beispiel in Frankreich der Fall ist. Viertens, die Einführung einer wirksamen Geburtenförderungspolitik neben der Familien- und Sozialpolitik durch den Ausbau folgender In-

strumente: Reform des sozialen Sicherungssystems nach den Vorgaben des Verfassungsgerichtsurteils, da gibt es verschiedene Urteile, die von der Politik bisher ignoriert worden sind. Um die Ungerechtigkeit zu beseitigen, also die Ungerechtigkeit besteht laut Verfassungsgericht darin, dass Menschen die Kinder großziehen, zwei Dinge leisten. Erstens, sie zahlen monetäre Beiträge ein und zweitens, erziehen Beitragszahler für die nächsten Generationen. Und wenn Menschen die gleichen Ansprüche erwerben, ohne beide Leistungen zu erwerben, also indem sie nur in Monaten ihre Beiträge bezahlen, aber keine Nachkommen haben, sagt das Gericht, werden sie privilegiert. Und damit wird der oberste Verfassungsgrundsatz der Gleichheit verletzt, also Abbau dieser Ungerechtigkeit. Dann muss überlegt werden, ob man das Familiensplitting einführt, wie in Frankreich. Ganztägige Betreuungseinrichtungen, ab dem Vorschulalter werden überall gefordert, reichen aber nicht aus; wenn wir in die neuen Bundesländer blicken, da haben wir ja das weitgehend, aber die Geburtenrate ist keineswegs höher. Und ein Vorschlag jetzt von mir, den ich immer wieder bringe, wobei die Gesichter dann immer besonders ratlos aussehen. Der Hauptgrund für die niedere Geburtenrate ist ökonomische Dynamik, also die Menschen wollen weiterkommen in ihrem beruflichen Lebenslauf und sie können nicht weiterkommen, wenn sie Kinder haben, die ihre Mobilität sozusagen verringern. Das soll nicht anders werden. Die ökonomische Dynamik brauchen wir als Garant unseres Lebensstandards, das soll beibehalten werden, soll auch noch gesteigert werden. Aber dann muss dennoch diese Art von Tugend mobil zu sein und im beruflichen Lebenslauf voran zu kommen, ergänzt werden durch eine familiäre Tugend. Durch Kinder legt man sich ja fest und zwar ein Leben lang, nicht nur vorübergehend wie bei langlebenden Konsumgütern, sondern ein Leben lang. Und diese Festlegung hat Nachteile im beruflichen Fortkommen. Deshalb müssten alle Betriebe, besonders die öffentliche Hand, die müsste voran gehen, dafür sorgen, dass Menschen die Familienlasten tragen, unter Bewerbern für freie Stellen, Vorrang genießen, wenn mehrere gleichberechtigte Bewerber sich darum bewerben. Also Vorrang für Eltern bei gleicher Qualifikation der Bewerber. Meine Zeit ist abgelaufen, ich möchte zu meinem Eingangssatz zurückkehren, wir haben eine Aufgabe vor uns, die größer ist als der Wiederaufbau Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Aufgabe muss zuerst in den Köpfen erledigt werden und es ist hohe Zeit, dass wir damit anfangen, vielen Dank.

Der **Vorsitzende:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich für das Impulsreferat von Herrn Prof. Dr. Birg, herzlich bedanken. Er hat es verstanden in der Kürze der Zeit zu sensibilisieren bzw. uns aufzurütteln. Er hat aber auch die Möglichkeit genutzt, einige Hausaufgaben mit auf den Weg zu geben, die natürlich hier abgearbeitet werden müssen – ganz gleich auf welcher Ebene auch immer. Nochmals vielen herzlichen Dank Herr Professor Birg für den richtungsweisenden Vortrag für dieses Impulsreferat, das Sie uns geboten haben.

Zweite Bemerkung, Wenn ich so in die Runde schaue stelle ich fest, wir liegen voll und ganz im Trend. Meine Damen und Herren, noch nie hat eine solche große Veranstaltung zur Regionalpolitik stattgefunden wie am heutigen Tag. Wir müssen uns rühren. Dafür noch einmal herzlichen Dank, dass Sie so zahlreich gekommen sind. Es ist so, dass festzustellen ist, dass die strukturschwachen Regionen und vor allen Dingen die Fläche langsam aufwachen und sich gegen verschiedene Trends stemmen. Dem sollte auch diese heutige Veranstaltung dienen, denn andere werden das nicht für uns tun.

Dritte Bemerkung, ich möchte dann gleich überleiten zu Ihnen verehrter Herr Generaldirektor Ahner und möchte bei der Gelegenheit mich auch einmal herzlich bei Ihnen bedanken. Sie waren bereits mehrmals Gesprächspartner sowohl in Brüssel als auch im Ausschuss. Sie standen uns immer zur Seite, hatten immer das notwendige Verständnis und haben versucht, uns eben das notwendige an Rückenstärkung und Deckung zu geben. Ich hoffe und wünsche nur, dass Sie jetzt in der entscheidenden Phase, im Hinblick auf das in Kürze anstehende Umsetzen der Koalitions politik, auch weiterhin so zur Seite stehen und gerade heute aus dem Munde von vielen Entscheidungsträgern, die hier sind, Einiges nach Brüssel mitnehmen.

Eine letzte technische Bemerkung, im Vorraum liegen Tagungsmappen aus. In denen liegen auch die Teilnehmerlisten, damit Sie sehen, wer uns denn heute alles die Ehre gibt, wer sich den die Zeit genommen hat am Montagvormittag und am Morgen nach Berlin zu eilen, um dabei zu sein. Nutzen Sie die Möglichkeit, holen Sie sich die Tagungsmappen ab und nutzen Sie auch danach in der Pause die persönlichen Begegnungen, die persönlichen Gespräche. Einer kann den Anderen ergänzen und zu guter Letzt soll das herauskommen, was wir uns alle wünschen, nämlich, dass die

Fläche gegenüber den Metropol- und Ballungsregionen in Zukunft nicht weiter abgehängt, sondern in gewisser Hinsicht aufschließen kann. Nochmals herzlichen Dank für Ihr Kommen und dann an Sie, Herr Generaldirektor Ahner, dass Sie uns zur EU-Regionalpolitik das Notwendige sagen und wissen lassen.

Dirk Ahner (Generaldirektor GD REGIO der EU-Kommission): Vielen Dank, Herr Hinsken, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen allen einen wunderschönen guten Morgen.

Das rüttelt auf, was Prof. Dr. Birg uns gesagt hat und regt zum Nachdenken an. Ich frage mich, und ich habe mich während des Vortrages von Herrn Prof. Dr. Birg gefragt, ob man sich nicht auch ein ganz anderes Szenario vorstellen könnte. Natürlich ist die demografische Wissenschaft eine exakte Wissenschaft. Die Frage ist, was sind die Annahmen, die wir einbringen? Ich möchte einfach mal einen ganz anderen Gedankengang mit Ihnen aufbauen und nur zum Nachdenken gegenüberstellen. Nehmen Sie einmal Karten von Europa, nicht die Europäische Union allein, sondern von Europa auch im Osten der Europäischen Union und im Süden der Europäischen Union, Nordafrika, und tagen Sie in diese Karte zunächst die pro-Kopf-Einkommenssituation ein. Sie werden in Mittel- und Westeuropa eine auf einer farbigen Karte eine große grüne Zone sehen, wenn grün dann ein etwas besonders Positives ausdrückt. Hier ist in der Tat bislang die wirtschaftliche Entwicklung gut. Die pro-Kopf-Einkommen sind hoch. Im Osten und im Süden dieser Zone sieht es dunkelrot aus. Nehmen Sie dann eine Karte der Geburten und Sterberaten des Geburtenüberschusses. Dann werden Sie vor allen Dingen in Mitteleuropa die roten Flecken sehen – auf der Karte von Herrn Prof. Dr. Birg war es blau – die roten Flecken sehen und Sie werden in Westeuropa, Frankreich, etwas ins Grüne kommen, aber richtig dunkelgrün wird es in Nordafrika. Nehmen Sie dann eine Dritte Karte und legen sie darüber indem Sie das einzeichnen, was wir heute sagen können über die Auswirkungen des Klimawandels, auch in diesem Jahrhundert, dann werden Sie wieder eine Karte haben, wo Mittel-, West- Nordeuropa relativ grün aussehen auf dieser Karte wo es aber im Süden dieser Karte wieder recht rot aussieht und zwar nicht nur in Nordafrika, sondern auch in Süditalien, Zypern, Griechenland, Südspanien und Südportugal. Wenn Sie sich diese Karten übereinanderlegen, dann stellt sich natür-

lich die Frage, nicht das, was Herr Prof. Dr. Birg zu Recht zurückwies eben, wir können nicht mir der linken Hand unsere Bevölkerungsprobleme lösen, die Frage ist eine ganz andere: Kommt dort nicht unter Umständen ein Wanderungsdruck in den nächsten Jahrzehnten auf uns zu, den wir vielleicht gar nicht wollen, den wir aber vielleicht auch nicht vermeiden können oder wo wir uns zumindest die Frage stellen sollten wie können wir so etwas gegebenenfalls vermeiden? Mit dieser Frage wollte ich nur zum Nachdenken und zur Diskussion anregen. Jetzt will ich etwas aus europäischer und regionalpolitischer Sicht zu den Themen die uns heute bewegen kurz Stellung nehmen. Ich mache das in der Form einiger Thesen und meine erste These habe ich Ihnen bereits gesagt, ja ganz eindeutig, der demographische Wandel zusammen mit dem Klimawandel werden in Europa die größten Herausforderungen in den nächsten Jahrzehnten sein. Ich glaube, durch das ganze Jahrhundert hindurch. Und, auch das hat Herr Prof. Dr. Birg gezeigt, in einigen Regionen Europas beißt es schon, zumindest der geographische Wandel. Wir sehen aber auch erste Regionen in Europa, wo der Klimawandel bereits anfängt zu greifen. Hier also Probleme, die auf uns zukommen werden und die systemische Auswirkungen haben werden. Prof. Dr. Birg hat kurz über die Auswirkung des demographischen Wandels gesprochen. Die Nachfragen und Angebote von öffentlichen aber auch von privaten Dienstleistungen wie Schulen, Krankenhäusern und Geschäften werden sich verändern. Siedlungsstrukturen werden sich verändern. Infrastrukturen werden neu überdacht und angepasst werden müssen. Viele ländliche aber auch städtische Räume werden diese Veränderung nicht alleine bewältigen können. Umfassende und integrierte Konzepte werden gefragt sein. Konzepte, die Raumordnung und Raumplanung mit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung verbinden.

Nun, ländliche Räume, und das ist meine zweite These, sind nicht per se die Verlierer dieser Entwicklung. Nicht alle ländlichen Räume sind strukturschwach. Im Gegenteil unsere Analysen zeigen, dass sich viele ländliche Regionen in Europa im vergangenen Jahrzehnt wirtschaftlich relativ gut entwickelt haben. In den alten Mitgliedstaaten der EU-15 sind sie im Durchschnitt wirtschaftlich sogar schneller gewachsen als die städtischen Regionen. Verbesserung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sowie anderer Standortbedingungen haben die Attraktivität ländlicher Räume für die Ansiedlung neuer Unternehmen erhöht und so zu dieser Entwicklung beigetragen. Es gibt also insgesamt wirtschaftlich gesehen eine Aufholbewegung.

Allerdings muss auch gesagt werden, dass das durchschnittliche Einkommensniveau in ländlichen Räumen im europäischen Durchschnitt immer noch 40 % niedriger liegt, als in städtischen Regionen. In den alten Mitgliedstaaten sind es 30 %, in den neuen Mitgliedstaaten sind es 60 %. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Bevölkerungsentwicklung. Die ländlichen Regionen in den alten Mitgliedstaaten verzeichneten im letzten Jahrzehnt eine Nettozuwanderung die stärker war, als die in den städtischen Regionen. Dagegen war hier die natürliche Bevölkerungsentwicklung aufgrund der Geburts- und Sterberaten rückläufig. Beide Entwicklungen zusammengenommen führen zu einem Bevölkerungszuwachs in ländlichen Regionen, der allerdings geringer ausfiel, als in den städtischen Regionen. Auffallend ist der mit rund 19,5 % vergleichsweise hohe Anteil von Personen mit 65 und mehr Jahren in den ländlichen Gebieten. Dagegen ist der Anteil von Personen im Erwerbsalter mit knapp 65 % relativ niedrig. Auch hier variiert die Situation sehr stark von einer Region zur anderen. Das Angebot an Arbeitsplätzen, an interessanten Arbeitsplätzen sowie die Lebensqualität insgesamt scheinen ein wichtiger Grund für die Abwanderung oder das Verbleiben von jungen Leuten im Erwerbsalter zu sein. Wie bereits erwähnt ist die Anbindung von Regionen an Verkehrs- und Kommunikationsnetze und über sie an Märkte durch geeignete Infrastrukturen für das Entwicklungspotenzial von Regionen von großer Bedeutung. Andere wichtige Faktoren sind, nach unseren Erfahrungen, das Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie die Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit entsprechenden Qualifikationen. Das heißt heute oft höher qualifizierte Arbeitskräfte. Nicht zuletzt beobachten wir schließlich immer wieder, dass regionales Unternehmertum und Innovationsfähigkeit entscheidende Faktoren für die Entwicklung von Regionen sind. Wo diese Faktoren vorhanden sind oder auf- und ausgebaut werden können, stehen die Chancen für eine dauerhafte Entwicklung relativ gut. Ob und wie diese Chancen dann genutzt werden, hängt wiederum zu einem guten Teil vom politischen und institutionellen Kontext ab. Dabei spielen Aspekte, wie die Qualität der regionalen Governments, des Regierens, die Kompetenz und Kapazität der öffentlichen Verwaltungen, sowie die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine besonders wichtige Rolle. Wo ein dauerhafter wirtschaftlicher Wachstumsprozess in Gang gesetzt oder verstärkt werden kann entstehen auch neue Arbeitsplätze, und oft auch interessante anspruchsvolle neue Arbeitsplätze. Wo dies der Fall ist, bleiben insbesondere junge Leute in ihren Regionen. Neue interessierte Arbeitnehmer mit guten Qualifikationen wandern zu, die Ver-

sorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen verbessert sich, neue Unternehmen entstehen oder siedeln sich an, neue Arbeitsplätze werden geschaffen. So kann eine positive Entwicklungsspirale entstehen.

Mein dritte These betrifft die Rolle der Landwirtschaft für die Entwicklung ländlicher Regionen. Kein Zweifel, die Landwirtschaft ist und bleibt unverzichtbar für die Sicherheit unserer Versorgung mit Lebensmitteln. Sie ist darüber hinaus zusammen mit der Forstwirtschaft ein wichtiger Lieferant von nachwachsenden Rohstoffen. Dennoch gemessen an Ihrem Beitrag zur Wertschöpfung und zur Beschäftigung auf regionaler Ebene, hat sie in Europa selbst in überwiegend ländlichen Regionen an Bedeutung verloren. Die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen hängt deshalb zunehmend von der Entwicklung außerhalb der Landwirtschaft ab. Selbst wenn sie längst nicht mehr der wirtschaftlich dominierende Sektor in ländlichen Regionen ist, bleibt die Landwirtschaft neben der Forstwirtschaft weiterhin der größte Bewirtschafter von Land. Sie gestaltet in vielen Fällen das Landschaftsbild und leistet wichtige Umweltdienste. Darüber hinaus prägt die landwirtschaftliche Bevölkerung das soziale und kulturelle Leben auf dem Lande. Dies kann einen erheblichen Einfluss auf die Attraktivität der ländlichen Gebiete für Unternehmen und deren Personal für Wohnsitzsuchende und für Touristen haben. Je besser sich eine Region außerhalb der Landwirtschaft entwickelt, umso leichter fällt die strukturelle Anpassung in der Landwirtschaft selbst. Viele landwirtschaftliche Haushalte kombinieren heute schon - gerade in Deutschland - landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Beschäftigung und zahlreiche Arbeitskräfte, einschließlich solcher aus landwirtschaftlichen Familien, arbeiten Vollzeit außerhalb der Landwirtschaft, etwa im Handwerk, im lokalen verarbeitenden Gewerbe oder im Dienstleistungsbereich. Ich denke, es macht wenig Sinn, sich gegen diese Entwicklung zu stemmen. Wir sollten sie vielmehr unterstützen und begleiten und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft fördern. Genau das versuchen wir im Rahmen der Regionalpolitik zu erreichen. Wenn wir das aber erreichen wollen, müssen wir auch die Stadt-Land-Beziehungen in einem neuen Licht sehen.

Damit komme ich zu meiner vierten These: In vielen Fällen bilden Stadt und Land funktionale Räume, von der Metropole mit ihrem ländlichen Umland bis hin zu entlegenen ländlichen Gebieten, die in Europa aber dennoch oft kleinere Städte einschließen, oder gar nicht mehr so weit von größeren Städten entfernt sind. Diese Städte können eine wichtige Rolle als Dienstleistungszentren und Brücken zu den

Märkten außerhalb des Gebietes bilden. Denken Sie an Schulen und Weiterbildungsstätten, an Banken und Verwaltungen, an Krankenhäuser, an Geschäfte, aber auch an die Handwerksbetriebe und das verarbeitende Gewerbe, die aus diesen Städten oft kleine Pole wirtschaftlicher Aktivität machen. Wir müssen zumindest in unseren europäischen Politiken stärker als bisher, an der Vernetzung von Städten und ländlichen Kerngebieten arbeiten. Wir müssen auch stärker als bisher an der Vernetzung von kleineren Städten in ländlichen Gebieten arbeiten, damit sie ihre Dienstleistungsangebote besser aufeinander abstimmen und sinnvoll durch moderne Informationstechnologien in die Fläche bringen können. Schließlich und gewiss nicht zuletzt, müssen wir bessere Synergien zwischen ländlichen Räumen mit ihren Kleinstädten und großen städtischen Zentren erreichen. Diese Beziehungen gehen oft über politisch administrative Grenzen, ja manchmal über nationale Grenzen hinaus und verlangen neue oder zumindest intensiviertere Formen der Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen.

Fassen wir noch einmal zusammen, erstens: Demografischer Wandel und Klimawandel werden uns in Europa in diesem Jahrzehnt und noch mehr in den folgenden Jahrzehnten vor wachsende Herausforderungen stellen. Selbst wenn es uns langfristig hoffentlich gelingt ihnen entgegenzuwirken, werden wir uns anpassen müssen. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit von Raumordnung und regionaler Entwicklungspolitik.

Zweitens: Ländliche und strukturschwache Regionen sind nicht notwendigerweise die Verlierer dieser Anpassungsprozesse. Viele dieser Regionen verfügen über ein Entwicklungspotenzial, das nicht voll ausgeschöpft ist. Dieses Potenzial zu nutzen und zu stärken kann positiv zur Entwicklung in Europa beitragen und tut dies heute schon.

Drittens: Ländliche Regionen können sich in aller Regel nicht alleine auf der Basis ihrer Landwirtschaft entwickeln. Die Diversifikation der ländlichen Wirtschaft ist notwendig und findet zumindest in Teilen Europas heute schon statt.

Viertens: Die Trennung, ja die Gegenüberstellung von städtischen und ländlichen Räumen ist aus der Sicht der regionalen Entwicklungspolitik ein Konzept von gestern. Wir brauchen beide und müssen mehr tun, um die Synergien zwischen ihnen zu entwickeln. Was können wir denn im Rahmen der europäischen Strukturpolitik tun,

um die Entwicklung ländlicher Gebiete und strukturschwacher Räume zu fördern?
Lassen Sie mich vier Empfehlungen aus einer Studie der OECD hervorheben:

1. Wir müssen die notwendigen Infrastrukturen bereitstellen, um Engpässe zu überwinden und die Anpassung an nationale, europäische und weltweite Netze und Märkte zu verbessern. Das scheint in Deutschland bereits weitgehend der Fall zu sein.

2. Wir müssen Humankapital in das Wissen und Können der Menschen vor Ort investieren, um das Angebot und die Nachfrage nach Arbeit besser in Einklang zu bringen, um Unternehmertum und Innovationsfähigkeit zu fördern. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie erwerben wir heute rund zwei Drittel unserer Qualifikation im Erwachsenenalter durch lebenslanges Lernen.

3. Wir müssen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ein besonderes Gewicht auf Neuerung und Innovation legen. Das kann durch die Produktion und Verbreitung neuen Wissens durch Forschungszentren geschehen. Es kann durch die Aufnahmen neues Wissens und seine Umsetzung in neue Produkte, Prozesse und Organisationsformen durch Unternehmen geschehen. Es kann durch die Erfahrung, dass Lernen den Kontakt mit dem Markt und die Entwicklung neuer Geschäftsideen in den Unternehmen selbst geschehen.

4. Wir müssen bestehende Verbindungen zwischen Regionen, zwischen Stadt und Land nutzen, um funktionale Räume zu identifizieren, zu stärken und zu entwickeln. Nun stehen wir in Europa vor einer Vielfalt regionaler Situationen. Das gilt auch für ländliche und strukturschwache Räume. Dieser Vielfalt kann nur Rechnung getragen werden wenn Entwicklungsstrategien von den Regionen selbst erarbeitet werden. Diese Strategien müssen den absehbaren Wandel mit seinen regionalen Auswirkungen einbeziehen. Wir müssen natürlich, wenn es dann in die Förderungspolitik hineingeht, diesem Wandel und den Herausforderungen, die die Auswirkung des Wandels schaffen, Rechnung tragen. Inwieweit regionale Entwicklungsstrategien erfolgreich sein können, hängt in hohem Maße von dem Engagement und den Fähigkeiten lokaler und regionaler Akteure ab, die solche Strategien entwickeln und umsetzen. Europäische Strukturpolitiken, die ländliche Entwicklungspolitik, die Regionalpolitik oder die Sozial- und Beschäftigungspolitik können im Grunde nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sie können fachliche Beratung bereitstellen. Sie können den Austausch von Erfahrung und Ideen mit anderen Regionen vermitteln und fördern. Sie können hel-

fen, Fähigkeiten zu entwickeln und Verwaltungskapazitäten aufzubauen und sie können mit all dem einen Entwicklungsdialog mit und zwischen Regionen und Mitgliedstaaten in Gang bringen und so Brücken schlagen. Brücken, die wir brauchen zwischen den gemeinsamen europäischen Zielen und der Entwicklung vor Ort. Genau deshalb bin ich überzeugt, dass wir diese Politiken und ihre Instrumente in allen Regionen Europas brauchen. Dass es dabei unterschiedliche Schwerpunkte geben muss, dass es dabei Regionen gibt, die mehr Förderung brauchen als andere Regionen ist selbstverständlich. Aber der Entwicklungsdialog muss über Europa hinweg mit der Beteiligung aller Regionen erfolgen. Natürlich brauchen wir diese europäischen Strukturpolitiken und ihre Instrumente auch für die Entwicklung der ländlichen und strukturschwachen Gebiete. Damit will ich zum Schluss kommen. Was mir wichtig scheint, wir brauchen sie alle zusammen. Ich glaube, dass wir in dieser Förderperiode einen Irrtum begangen haben indem wir zu sehr die Instrumente und die Politikbereiche von einander getrennt haben – ländliche Entwicklungspolitik mit dem ELA Regionalpolitik, Kohäsionspolitik, Strukturpolitik mit dem Regionalfonds, dem EFRO und dem Sozialfonds dem ESF und dann getrennte Programme für jeden dieser Fonds. Ich glaube die Erfahrung dieser Periode zeigt, dass das der falsche Weg ist. Da wurde zu viel über Demarkationslinien – was für ein Wort – zwischen den Fonds und ihren Programmen gesprochen. Was wir brauchen ist genau das Gegenteil. Wir brauchen Programme auf der regionalen Ebene, die diese Fonds zusammenbringen, die Synergien zwischen ihnen entwickeln. Ich glaube, wenn wir das schaffen in der nächsten Periode, dann haben wir einen großen Schritt vorwärts getan.

Der **Vorsitzende:** Auch Ihnen, werter Herr Generaldirektor Ahner von der EU-Kommission, ein herzliches Wort des Dankes für Ihr Referat, für das was Sie im Allgemeinen sagten und was Sie im Besonderen noch speziell auf die Kollisionspolitik am Ende Ihres Vortrages bezogen, hier uns nahe brachten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte diese hervorragenden Referate jetzt nicht zerpfücken, sondern nach dem ich am Vormittag die Leitung hier auch als Diskussionsleiter übernommen habe und ab Mittag tritt dann Herr Scheider in Amt und Würden, möchte ich gleich die Diskussion eröffnen und zwar deshalb, weil Herr Staatssekretär Dr. Müller leider noch nicht da ist. Ich weiß nicht was passiert ist, normalerweise gehört er zu den pünktlichen Kolleginnen und Kollegen, aber heute hat er scheinbar ein

bisschen Verspätung. Ich eröffne gleich Aussprache der zwei Referate die hier gehalten worden sind. Wer wünscht als erster das Wort? Herr Kollege Brähmig, er ist Vorsitzender des Tourismusausschusses im Deutschen Bundestag. Bitte? Darf ich bitten bevor der Erste das Wort nimmt, sich ganz kurz zu fassen im Höchsthfall, eineinhalb bis zwei Minuten.

Abg. Klaus Brähmig (CDU/CSU): Das will ich sehr gerne tun. Ich hätte zwei Fragen an Herrn Prof. Dr. Birg und Herrn Ahner. Danke auch für die Vorträge und danke Dir, lieber Ernst, für deine Initiative. Herr Prof. Dr. Birg, was muss die Politik tun, um dieses Worst-Case-Szenario abzumildern über Ihre Anmerkung hinaus, das wäre die erste Frage. Und Herr Ahner, wie hoch sind die Chancen ab 2013 tatsächlich von einer Einzelförderung zu einer Regionalförderung zu kommen, dass wir in Deutschland oder vielleicht Europa Kulturregionen definieren und die dort Verantwortlichen stellen können, dass Landräte praktisch das Geld bekommen um diese Querschnittsaufgabe zu machen, ob Tourismus, ob Infrastruktur, ob Soziales. Das würde mich interessieren.

Der **Vorsitzende:** Ich möchte gleich drei Wortmeldungen jeweils zusammenfassen. Wer hat auch speziell Fragen, in dem Fall an Herrn Prof. Dr. Birg? Das ist momentan noch nicht der Fall, Sie sind alle gut aufgestellt, fahren nach Hause und denken dran, dass die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wieder verbessert werden muss. Ich gehe davon aus, dass die „Berliner Luft“ sich auswirkt, dann ist es schon Wert gewesen, hier gewesen zu sein. Herr Prof. Dr. Birg, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Herwig Birg: Ich habe 30 Jahre Berufserfahrung an Universitäten hinter mir, oder noch mehr sogar und kann abschließend dazu sagen: Sowie im Tierreich jede Art einen natürlichen Feind hat, so hat die Wissenschaft der Demografie auch einen natürlichen Feind, und das ist die Politik. Die Politik hat über 30 Jahre, das was ich versucht habe zu erarbeiten, durch Desinformation zerstört, durch Mittelentzug zu verhindern versucht und durch Propaganda verfälscht. Es ist eine Katastrophe gewesen. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen, aus Bielefeld, also ich bin Berliner, hab

dort als Gastarbeiter 24 Jahre ein Institut geleitet und kann nur sagen, das alles wird nochmal in der Geschichtsschreibung eine Rolle spielen und das als Antwort. Also die Politik kann erstens ihre destruktive Haltung verbessern und dann zweitens, übergehen in eine breite Aufklärung der Bevölkerung über Fakten der Demografie. Wenn die Bevölkerung begreift was abläuft, dann ändert sie ihr Verhalten und nur wenn sie ihr Verhalten ändert, kann die Politik dann steuernd viel Gutes tun und wird das dann auch tun. Die jetzige Politik, nur Anpassung an das Unvermeidliche zu betreiben, die demografische Endwirkung als Chance zur Modernisierung der Länder zu begreifen ist schön und gut, aber wenn man eine Katastrophe braucht, um ein Land zu modernisieren, dann stimmt etwas nicht.

Der **Vorsitzende**: Weitere Wortmeldungen? Bitte nutzen Sie auch die Möglichkeit, Herrn Ahner zu löffeln und ihm etwas mit auf den Weg zu geben. Oder sind Sie mit dem, was bisher die Kollisionspolitik und Förderpolitik der EU anbelangt und betrifft, voll und ganz zufrieden oder können Sie sich hier den einen oder anderen Verbesserungsvorschlag vorstellen? Hier habe ich eine Wortmeldung, wenn Sie bitte den Namen dazu sagen, wer Sie sind und woher Sie kommen, bitte.

Christian Pust (Amtsdirektor Friesack): Einen wunderschönen guten Tag, mein Name ist Christian Pust, Amtsdirektor der Amtes Friesack, ländliche Flächengemeinde im Land Brandenburg. Ich sehe hier einen eklatanten Widerspruch zwischen den Ausführungen von Prof. Dr. Birg und den Ausführungen von Herrn Ahner. Wir werden weniger Leute, was Prof. Dr. Birg nicht gesagt hat, wir werden auch weniger Konsumenten, weniger Konsumenten die produktiv erzeugte Mittel nachfragen. Wir werden immer mehr Leute, die konsumtiv tätig sind, die über Transferleistungen leben, das heißt die über Rentensysteme, Sozialsysteme, abgesichert werden. Herr Ahner wiederum sagt, die Landwirtschaft wird eine immer geringere Rolle spielen. Das kann ich für den von mir vertretenden Bereich nicht sagen. Ich sage, die Landwirtschaft muss zukünftig eine stärkere Rolle spielen, weil sie möglicherweise Fragen der Zukunft, wie Energiepolitik etc. beantwortet. Zu sagen, den ländlichen Raum zu diversifizieren, ja wohin denn, wenn ich perspektivisch gar keine Nachfrage nach bestimmten Konsumprodukten haben werde? Aber gerade die von beiden einheitlich aufgezeigt-

ten Fragen der Bevölkerungsentwicklung in anderen Bereichen, Nachfrage nach Lebensmitteln etc., gerade dies kann sich durchaus über die Landwirtschaft, oder diese Frage kann sich über landwirtschaftliche Förderung, Stärkung, Entwicklung beantworten lassen. Insofern bitte ich, es nochmal ganz klar zu überdenken, ob man sagt, Landwirtschaft im ländlichen Raum ist keine tragende Säule, ich sehe genau das Gegenteil davon.

Der **Vorsitzende**: Ich bedanke mich für Ihre Wortmeldung und darf gleich um Beantwortung bitten, zunächst Herr Generaldirektor Ahner, bitte.

Dirk Ahner (Generaldirektor GD REGIO der EU-Kommission): Vielen Dank, da war auch noch eine Frage von eben. Ich werde versuchen beide Fragen zu beantworten. Zunächst einmal, die Rolle der Landwirtschaft für die Versorgung mit Lebensmitteln ist absolut unbestritten. Ich glaube das einzige was wir sehen, das zeigen uns die Zahlen, ist dass der Anteil der Landwirtschaft an der regionalen Beschäftigung deutlich zurückgeht. In Europa ist der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung im letzten Jahrzehnt um etwa 5 % pro Jahr zurückgegangen. Das ist ein ganz erheblicher Rückgang. Da spielt natürlich auch eine Rolle, der starke Rückgang in der Landwirtschaft in den Osteuropäischen Ländern. Sicherlich ist es in den alten Ländern weniger der Fall. Und der andere Punkt den ich machen wollte ist, dass der Anteil der Landwirtschaft an der Wirtschaftsentwicklung, an der Wertschöpfung in den ländlichen Regionen im letzten Jahrzehnt auch zurückgegangen ist. Und wir sehen aufgrund unserer Prognosen, selbst wenn man alternative Energien in Rechnung stellt, hier keine großen Entwicklungssprünge für die Zukunft. Dort wo es um alternative Energien geht, scheint es - wenn ich es einmal europaweit sehen darf - mir doch heute der Fall zu sein, dass andere alternative Energien, also insbesondere Windenergien, Wasserenergien sowie Sonnenenergie eine zunehmend große Rolle spielen, etwa im Vergleich zur landwirtschaftlichen Biomasse. Aber selbstverständlich gibt es das, die Landwirtschaft ist Rohstofflieferant. Selbstverständlich gibt es ländliche Regionen, die darauf aufgebaut haben und dort ihre Chance sehen. Aber man muss glaube ich unterscheiden, was in einigen ländlichen Regionen passiert und durchaus Sinn macht und was insgesamt in den ländlichen Regionen in Europa pas-

siert. Die erste Frage bezog sich auf die Chance in Zukunft für Kulturregionen eigene Entwicklungsbudgets zu haben und dort vor Ort die Entwicklung bestimmen zu können. So wie die Spielregeln, nach denen wir in Europa arbeiten müssen aussehen, werden wir auch in Zukunft mit den 270 Regionen, die wir heute haben, zusammenarbeiten. Das heißt in Deutschland werden unsere Ansprechpartner in erster Linie die Bundesländer sein. Wir werden aber in der neuen Verordnung ganz speziell, Möglichkeiten für die Bundesländer oder für Großregionen insgesamt einführen, in ihrem Bereich kleinere Regionen zu identifizieren, die besondere Entwicklungsprobleme haben um gezielt solchen Regionen die Möglichkeit zu geben, ihre Entwicklung selbstständig voran zu bringen. Das wird natürlich eine Entscheidung sein, die wir den jeweiligen Mitgliedsstaaten oder in Deutschland den Bundesländern überlassen müssen. Der dritte Punkt, wo wir eingreifen können und den wir sicher verstärken möchten in der Zukunft, auch finanziell verstärken möchten, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Dort wo es also über nationale Grenzen hinweg geht. Wir haben in dieser Periode etwa neun Milliarden Euro für sieben Jahre in dem Bereich für ganz Europa. Wir würden das gerne in der nächsten Periode aufstocken, ohne dass sich deshalb der Gesamtbetrag für die Regionalentwicklung ändern müsste.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Andrea Wicklein. Frau Wicklein ist stellvertretende Ausschussvorsitzende. Ich bitte Sie das Wort zu nehmen.

Abge. Andrea Wicklein (SPD): Herzlichen Dank Kollege Hinsken. Herr Ahner, Sie gingen jetzt schon mit Ihrer Beantwortung des letzten Beitrages in die Richtung, die ich gerne nochmal vertiefend ansprechen will. Sie hatten ja in Ihrem Vortrag gesagt, dass eine Veränderung der Programme und der Förderpolitik mit einem neuen Ansatz unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung notwendig wäre. Und Sie haben auch angesprochen, zu Recht, dass auch eine Schwerpunktsetzung bei den Förderprogrammen, also im Prinzip auch schon beim Haushalt der EU, notwendig wäre, um stärker auf die Qualifikation des Humankapitals einzugehen und auch eine stärkere Förderung von Innovationen vorzunehmen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Derzeit laufen gerade die Verhandlungen für die neue Förderperio-

de, nach 2013. Auch die Abstimmung mit den Mitgliedsländern, mit den Regierungen der Mitgliedsländer - und auch wir haben uns im Unterausschuss schon wiederholt damit befasst wie wir uns einbringen können - um zukünftig auch eine vernünftige regionale Förderpolitik für Deutschland sicherzustellen. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht noch einige Punkte nennen, die derzeit in den Verhandlungen für die kommende Förderperiode eine Rolle spielen und vielleicht können Sie uns auch schon mitteilen, inwieweit auch die Punkte, die Sie in Ihrem Vortrag angesprochen haben, dort Niederschlag finden werden.

Der Vorsitzende: Darf ich gleich um Beantwortung bitten?

Dirk Ahner (Generaldirektor GD REGIO der EU-Kommission): Gerne. Jetzt muss ich aufpassen, dass ich nicht in einen neuen Vortrag abrutsche. Zur Zeit gibt es noch keinen Vorschlag der Kommission zur neuen Periode. Ich denke das ein Vorschlag im Juli dieses Jahres herauskommen wird. Die Verhandlungen würden dann im September beginnen, erster Punkt. Zweiter Punkt, wir möchten aber, über die Verhandlungen hinaus, mit den Regionen, die bereit sind das auf freiwilliger Basis mit uns zu machen schon im Herbst dieses Jahres beginnen, um über die konkrete Vorbereitung der nächsten Periode zu sprechen, selbst wenn wir noch nicht genau wissen, zu diesem Zeitpunkt, wie denn der Rechtsrahmen endgültig aussehen wird. Aber wir sollten nicht so lange warten, bis wir den Rechtsrahmen haben. Was sind die Punkte die in der Diskussion sind, mal die finanziellen Aspekte beiseite geschoben, für die es eine besondere Entscheidung der Staats- und Regierungschefs, vorbereitet von den Finanzministern, geben wird? In unserem Bereich, die Punkte, die noch zur Diskussion anstehen sind vor allen Dingen Fragen wie: Wie können wir verstärkt in der nächsten Periode andere Instrumente als nur Subventionen einsetzen? Hier geht es also vor allen Dingen darum, Finanzierungsinstrumente einzusetzen, sowie um kreditbasierte bzw. Risikobeteiligungsinstrumente, Risikokapitalbeteiligung im Bereich der Unternehmensförderung aber auch im Bereich der Stadtentwicklung und sogar für einzelne Investitionen im Infrastrukturbereich, wenn diese Investitionen anschließend Einkommen schaffen. Hier geht es auch darum, mehr revolving Fonds regional zu schaffen, die den Regionen die Möglichkeit geben, selbst nach der Förder-

periode, Gelder die zurückfließen wieder in die Entwicklung einsetzen zu können. Dort gibt es weitgehend eine Übereinstimmung, die Frage ist: Wie kann man so etwas technisch am besten ausgestalten? Wobei ich glaube das ist hier in Deutschland keine besonderen Probleme gibt. Die Instrumente die wir jetzt haben, laufen bereits recht gut. Ein zweiter Punkt, der in der Diskussion sehr hoch aufkommt ist die Frage, inwieweit besondere Konditionalitäten eingeführt werden sollen. Also worum geht es, meine Damen und Herren, denn das ist ein Punkt, der glaube ich auch in Deutschland immer wieder diskutiert wird und manchmal falsch verstanden wird. Worum geht es uns in erster Linie? Es geht darum, dass wenn wir massiv in einer Region, in einem Land investieren, die Grundvoraussetzungen dort da sind, damit diese Investitionen auch etwas bringen können. Ich gebe Ihnen zwei Beispiele, die konkret aus dieser Periode stammen. Das erste Beispiel ist eine massive Investitionstätigkeit in einem Land, im Bereich der Wasserversorgung, Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung. Dort haben wir sehr stark investiert, um dann feststellen zu müssen, nach dem die Investition da waren, dass sich niemand an die neuen Systeme angeschlossen hat, weil es einfach keine gesetzlichen Verpflichtungen gab, weil es keine Tarifpolitik gab, die das klargestellt hätte. Die Leute gehen also zur Zeit also zum größten Teil immer noch in ihre Gärten, schütten die Abwässer dort hin und holen sich ihr Trinkwasser im Brunnen. Ich übertreibe nur ein wenig. Das sind Dinge die im voraus geklärt werden müssen und wo wir in der nächsten Periode, wenn wir in bestimmten Bereichen investieren wollen, darauf achten müssen, dass solche Bedingungen bereits erfüllt sind. Ein anderes Beispiel ist, und da sind wir selbst in der Kommission etwas schuldig, ist die Frage der Innovation. Das ist in vielen Regionen so missverstanden worden, dass man gesagt hat, wir brauchen also mindestens ein Silicon Valley bei uns und in diesem Silicon Valley muss mindestens ein Nanotechnologiezentrum und ein Biotechnologiezentrum sein. So war es natürlich nicht gemeint. Und deshalb habe ich eben auch gesagt: Wenn wir den Innovationsbegriff verwenden, ist er sehr breit. Traditionelle Regionen, Regionen die auf dem Agrarsektor basieren, können sehr wohl, sehr modern und sehr innovativ sein, in ihrer Entwicklung. Das ist ein Punkt, den wir klarstellen müssen und wir müssen vermeiden, dass Regionen in Bereiche investieren, wo manchmal, ich übertreibe etwas, 50-60 Kilometer entfernt in einer anderen Region bereits investiert worden ist. Und das führt dann zu Situationen, wo wir manchmal leer stehende Gewerbeparks haben und ähnliche Dinge. Hier müssen wir sicherstellen, dass wir mit den Regionen zusammen,

einen Überblick bekommen, über Innovationsstrategien, was läuft, was Sinn macht und was nicht Sinn macht. Und das muss diskutiert werden mit den Regionen und dann in den Programmen seinen Niederschlag finden. Aber an solche Konditionen denken wir, dass da eine Innovationsstrategie, ein Innovationsplan, sei es auf regionaler Ebene, sei es auf nationaler Ebene, da ist. Dass die rechtlichen Grundbedingungen da sind, um Investitionen durchzuführen. Dass beispielsweise ein funktionierendes, öffentliches Beschaffungswesen da ist, dass Kapazitäten da sind, um die Ergebnisse von Investitionen, die ja manchmal in die hunderte von Millionen Euro gehen, das Systeme da sind, um zu evaluieren, was vor Ort geschieht, so dass wir nachhaken können, wenn es um die Frage geht: Was geschieht mit den Geldern? Das wird manchmal so dargestellt, und mir tut das persönlich etwas weh, als ginge es darum sich in die inneren Angelegenheiten dieser oder jener Regionen, dieses oder jenes Landes einzumischen. Das ist mit Sicherheit nicht die Absicht, aber ich meine, wenn man schon Milliarden Europäischer Steuergelder in Ländern und Regionen investiert, dann sollten auch die Bedingungen da sein, dass die Investitionen am Ende was bringen. Es gibt ja auch keinen Landwirt der nur sähen würde, in der Hoffnung dass er dann ernten kann. Er wird sicher zunächst versuchen sein Feld zu bestellen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, auch für die Beantwortung dieser Frage. Jetzt liegen noch weitere Wortmeldungen vor. Ich bitte aber um Verständnis dahingehend, dass ich zunächst den nächsten Referenten nicht nur herzlich in unserer Mitte begrüße, sondern ich ihm gleich ums Wort bitte. Es ist der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Herr Dr. Gerd Müller. Er wird jetzt das Wort nehmen und dann werde ich die weiteren Wortmeldungen, mit Herrn Kollegen Lämmel beginnend, der Reihe nach aufrufen. Herr Kollege Dr. Müller, darf ich Sie bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Gerd Müller (Parl. Staatssekretär im BMELV): Lieber Ernst Hinsken, verehrte Gäste, meine Damen und Herren. Herr Ahner, schön, dass ich Ihre Schlussworte noch gehört habe. Dann kann ich gleich darauf eingehen. Ich hätte gesagt: Lasst uns das Geld, lasst uns die Selbstverwaltung und die Freiheit, vor Ort zu investieren. Das

ist auch meine Grundsatzbotschaft. Die stelle ich gleich an den Beginn, wenn wir starke ländliche Räume wollen und brauchen. Da hätte ich eigentlich einen Beifall erwartet. Dankeschön. Weil ich in die Teilnehmerliste geschaut habe und auch viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sehe. Lieber Kollege Ernst Hinsken, dir und deinen Kollegen im Ausschuss herzlichen Dank für diese großartige Veranstaltung und die Vorbereitung. Du legst hier den Punkt auf eine Wunde. Ich wäre gerne schon ein bisschen früher gekommen, aber so ist der ländliche Raum. Sie hören es an meiner Sprache. Ich komme tatsächlich, geboren auf einem Dorf mit 250 Einwohnern, dann 1.200, und lebe jetzt im so genannten ländlichen Raum, sechs Stunden von hier entfernt mit zugegebenermaßen schlechten Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr, die Bahn. Alles was sich so rühmt in der Hauptstadt mit Milliardenbahnhöfen und -investitionen lässt uns natürlich in der Region draußen zurück. Aber wir liegen unter drei Prozent Arbeitslosigkeit, der sogenannte ländliche Raum. Ich möchte, und das ist glaube ich auch in Ihrem Sinne und deinem Sinne als Politiker und Vertreter unseres Hauses, Sie zunächst von Frau Ministerin Aigner grüßen. Wir sind auch das Ministerium für ländliche Entwicklung und wir sehen dieses Thema als Querschnittsthema der gesamten Bundesregierung. Sie sind sicherlich auch schon darauf gekommen. Ich möchte mit ein paar Grundsatzaussagen die Diskussion hoffentlich befruchten und befördern. Nachdem Sie schon eineinhalb oder zwei Stunden tagen, lasse ich meine offizielle Rede mal beiseite. Die ist aber sehr interessant, auch was Förderkonditionen anbetrifft. Ich bitte Sie, im Internet nachzulesen, der der sich dafür interessiert. Lassen Sie mich aus meiner Sicht zusammenfassen, einige politische Schwerpunktaussagen machen. Erstens, der ländliche Raum ist stark und von hoher Lebensqualität. Ich stimme nicht ein in das allgemeine Klagelied, das uns versucht aufgedrückt zu werden. Natürlich nicht überall. Natürlich gibt es Problemregionen, auch die kenne ich. Nicht nur in Brandenburg, Mecklenburg und in anderen Bereichen, auch in meiner bayerischen Heimat. Selbstverständlich gibt es Dörfer, die überaltert sind und all diese Probleme haben, aber ich möchte zu den Stärken eingangs sagen. Wo liegen die Stärken meine Damen und Herren? Wenn Sie aus dem ländlichen Raum heute, gestern hierher gefahren sind, dann müssen wir die hervorheben, in der Natur, in der Landschaft, in der Kultur, in unseren kulturellen Strukturen, in gewachsenen Lebens- und Arbeitsstrukturen, Stichwort Handwerk, Mittelstand, häufig über Jahrzehnte, Jahrhunderte gewachsene positive Strukturen. Wohnortnah arbeiten. Dort arbeiten, wo andere Urlaub machen.

Auch das geht für bestimmte Regionen. Klaus Brähmig, Sächsische Schweiz und anderen Regionen. Landwirtschaft, Mittelstand, Handwerk, meine Damen und Herren, familiengerecht und günstig wohnen. Auch das müssen wir hervorheben. In zehn Minuten zum Arbeitsplatz fahren, mit der Hälfte des Mietpreises wohnen, wie das in Städten wie Hamburg oder München der Fall ist. Kindgerechte Umwelt, sehr wichtig. Weniger Verkehrslärm und Emissionsdruck, gute Schulen, hervorragende Ausbildungsstruktur, geringe Kriminalität. Meine Damen und Herren, wir sollten natürlich nicht idealisieren und schon gar nicht Problemregionen übersehen. Aber ich möchte mich nicht nur auf Problemregionen, Dörfer und Gemeinden, die ich auch kenne, fokussieren. Denn das betrifft, ich würde mal sagen, vielleicht fünf Prozent der Gemeinden und Kommunen, Landkreise in unserem Land. Die anderen 95 Prozent sind das starke Rückgrat, das starke Rückgrat unserer Gesellschaft, unseres kulturellen Lebens, aber auch der Wirtschaft. Das möchte ich, dass wir das in den Vordergrund rücken, denn wer sollte denn sonst aus den Metropolen noch rausgehen und sich überhaupt mal vor Ort orientieren? Aber ich habe da keine Angst. Am vergangenen Donnerstag durfte ich beispielsweise in einem kleinen Ort die größte Investition Nestlés in Deutschland in den letzten fünf Jahren mit unserem Ministerpräsidenten in Betrieb nehmen. Die haben nicht investiert in München oder in Nürnberg, sondern auf dem Dorf, auf dem Land. Sie haben eine Standortanalyse durchgeführt an 25 verschiedenen Standorten in ganz Europa, weltweit, und sie haben sich ganz bewusst für diesen Standort in einer ländlichen Region entschieden. Warum? Weil die vorher von mir genannten Standortfaktoren eindeutig für diese Investition und für Investition auf dem Land stimmen. Aber wie gesagt, Problemregionen möchte ich nicht beiseiteschieben. Dort wo Wertschöpfungsketten in der Wirtschaft eine starke Landwirtschaft, KMU, Handwerk nicht mehr existieren ist die Folge Landflucht und Überalterung. Aber auch da sage ich Ihnen, Herr Ahner: Ich war vor kurzem in einem brandenburgischen Dorf mit zwei großen landwirtschaftliche Betrieben. Jeder beschäftigt 20, 25 Mitarbeiter. Dann hat mir die Dorfbürgermeisterin die Gemeinde erklärt. Dann sage ich: „Wie schaut die Struktur sonst aus?“. Dann sagt sie: „Ja, natürlich haben wir hier im Wesentlichen auch ältere Menschen und alte Menschen, die hier in diesen Häusern wohnen. Die Jugend geht in die Stadt.“ Dann sage ich: „Und wie sehen Sie das?“ Dann sagt sie: „Das ist die Zeit. Wir können die Zeit nicht aufhalten.“ Sage ich: „Wie geht es den älteren Menschen?“ Dann sagt sie: „Denen geht es gut. Sie sind in der Grundstruktur perfekt versorgt, also Essen, alles was zum Leben

dazu gehört, ambulante Pflegedienste, Gesundheitsvorsorge usw. und die nächste Kreisstadt liegt 25 km weg.“ Nun ist die Frage, Herr Ahner, Sie aus Brüssel machen eine regionale Raumplanung, die Sie uns, ich befürchte, übermorgen auch noch vorschreiben und sagen uns, was in dieser Gemeinde zu passieren hat. Da sage ich ganz klar, das soll die Gemeinde vor Ort, der Ortsbürgermeister, die Bevölkerung vor Ort entscheiden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Menschen, auch wenn sie älter sind, diese Grundversorgung haben, aber wir können nicht junge Menschen an den Zügel nehmen und sagen, du musst hierbleiben und musst hier in deiner Gemeinde alt werden. Wir werden mit staatlicher Lenkung die Entwicklung nicht in jedem Fall aufhalten können. Ich bin da ein ganz strikter Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung, der Entscheidungen vor Ort. Aber natürlich peripher gelegene strukturschwache Regionen, lieber Ernst Hinsken, und das ist euer Thema, verdienen besondere Förderung. Gerade, wenn ich nochmal dieses ostdeutsche Dorf, diese Gemeinde, diese Diskussion mir nochmal verdeutliche, da sind es 30 Kilometer nach Polen und dort in Polen haben wir, Herr Ahner, wesentlich günstigere, höhere Investitionsförderung, wie wir das in Brandenburg haben oder auch in anderen früheren Grenzbereichen innerhalb der EU. Das ist natürlich nicht nachvollziehbar. Wir reden hier über die Zukunft peripher gelegener Räume in unserem Land, aber wir haben ein staatlich gestütztes, gefördertes und gewolltes, von der EU finanziertes Fördergefälle von 20 bis 30 %. Das ist natürlich nicht aus unserer Sicht zielführend. Wir brauchen dann, sage ich mal, so wie wir das früher hatten in diesen strukturschwächeren Räumen, schon grenzüberschreitend 50, 100 Kilometer auf beiden Seiten, in Polen und in Deutschland, angepasste Förderungen. Dann möchte ich neben dieser Grundsatzaussage, ‚Wir brauchen die Potenziale von städtischen Metropolen und ländlichen Regionen und sollten die Synergieeffekte fördern.‘, ganz klar sagen, auch an alle Politiker im Raum: Meine Damen und Herren, als Kommunalpolitiker, Landes- und Bundespolitiker, fordern Sie die nach dem Grundgesetz Ihnen und uns zustehende gleichwertige Entwicklung von Stadt und Land ein, notfalls auch vor Gerichten! Das ist nämlich die Grundentscheidung für alles, was ich Ihnen oder andere in den Infrastrukturtiteln dann sagen. Sie müssen diese gleichwertige Entwicklung von Stadt und Land, wie sie grundgesetzlich vorgegeben ist, einfordern und das ist auch die Grundlage für die Erfolgsgeschichte unserer Entwicklung in den letzten 50 Jahren. Metropoldenken ist nicht die Zukunft. Stadt und Land, Hand in Hand, das führt zu Synergieeffekten. Wir brauchen die Entwicklung von unten nach oben, Herr

Ahner, ein klares Gegenwort zu Ihnen in der EU-Kommission, ein Modell von unten nach oben. Die Bürger vor Ort, die Kommunen, die Bürgermeister, die Landräte, die Regionen wissen, wie sie ihre Regionen entwickeln wollen und nicht einen von oben zentral gesteuerten, mit der Politik des goldenen Zügels infiltrierten Prozess. Nein, von unten muss das ganze wachsen und die Entscheidungen fallen. Deshalb ist unsere Grundaussage bei allem was man so an diesen kleinen Programmen der EU und auch des Bundes stricken kann: Es kommt auf die Stärkung der Kommunen vor Ort an, meine Damen und Herren. Dazu müssen wir, Ernst, vielleicht sogar auf Bundesebene im Bundestag, einen eigenen Vorstoß noch einmal machen. Stärkung der Kommunen. Das meine ich sehr ernst und zwar in der Frage der Entscheidungs- und Zuständigkeitskompetenz. Ich nenne mal das Stichwort erneuerbare Energien. Was nützt uns die Energie, wenn die von oben verordnet wird über BILD-Zeitungsinterviews und die Presse, Medien usw. Die Energiewende, um ein Beispiel zu nennen, kann nur von unten gehen. Nur, wenn vor Ort nicht die Genehmigungskompetenz gegeben ist, um Wasserkraftwerke zu genehmigen, wenn ich da zwei, fünf Jahre durch die Instanzen gehen muss, wird die Energiewende nicht passieren. Wir brauchen diese Kompetenzen vor Ort, zumindest auf der Ebene der Landkreise. Wir brauchen die Stärkung der Kommunen, meine Damen und Herren, und das ist der Kern und das meinen wir, nicht in Form von Zuweisungen, über Leader, Leader Plus und GAK und GWR und was es alles gibt, meine Damen und Herren. Nein, die ganz ureigene Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, aus sich heraus, in der Frage Beteiligung Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, Umsatzsteuer und in der Frage des kommunalen Finanzausgleichs, und das müssten wir mit den Vertretern des Städte- und Gemeindetags diskutieren, meine Damen und Herren. Wie funktioniert das? Also das, was wir auf Länderebene haben, das reiche Hessen macht das arme Berlin glücklich, das haben wir auf kommunaler Ebene auch, Schlüsselzuweisung, kommunaler Finanzausgleich. An diesem Schlüsselsystem, Sie kennen die Parameter, das ist etwas kompliziert, müssen wir drehen, ein Stück weg von der Speckgürtelförderung von Kommunen, die, wie zum Teil in meiner Region, den Bürgern Geld auszahlen. Sie kennen das Beispiel Gersthofen vor einigen Jahren, Speckgürtelregionen und 50 Kilometer weiter gilt das selbe System dieses kommunalen Finanzausgleiches. Hier müssen wir zeitnah nachfordern. Die Umsetzung des Konnexitätsprinzips ist schon immer eine Forderung von uns hier gewesen. Es beschließen sich leicht Gesetze hier im Bund und die Kommunen müssen es umsetzen

und bezahlen. Aber wir haben das auch erkannt. Die letzte Hartz IV-Reform hat gerade die Union, unsere Fraktion, auch die Kanzlerin und unsere Ministerin darauf gedrängt, dass sie den entsprechenden Ausgleich auch bekommen über die Hartz IV-Reform und eine Entlastung bei ihnen auch konkret ankommt. Das muss aber auch für alle anderen Bereiche natürlich Prinzip sein. Ich nenne das Stichwort Jugendhilfe, die hohen steigenden Ausgaben im Sozialbereich. Dann komme ich zu dem zweiten Punkt. Lasst das Geld bei den Kommunen, bevor es abgezogen wird, umverteilt, mit neuen Programmen versehen, Auflagen Bürokratie und von Brüssel dann wieder ein paar Kröten ankommen. Stärkt die Kommunen vor Ort. Die zweite Botschaft ist: Wir brauchen einen gleichwertigen Ausbau, abgeleitet aus dieser Forderung des Grundgesetzes, dieser Vorgabe, der Infrastruktur. Der Staat soll sich bitte auf die Kernaufgaben konzentrieren und die Finger herauslassen aus den Details. Wie hoch das Waschbecken bei ihnen in der Schule sein muss oder die lichte Höhe usw. Der Staat hat diesen Grundanspruch, gleichwertige Lebenschancen, und nicht etwa gleiche Lebenschancen, wie viele in der Republik verkünden, durch einen gleichwertigen Ausbau der Infrastruktur umzusetzen. Wenn Herr Bundesminister Brüderle nachher kommt, werden Sie an der Stelle sehen, dass es hier einen grundlegenden Unterschied gibt in der Frage: Setze ich marktradikal auf die Kräfte des Marktes? Kann ich eine Grenzkostennutzung durchführen, ob jeder kleinere oder größere Ort in Deutschland an eine Bundesstraße angebunden sein muss oder es eine Autobahnausfahrt geben muss an jeder Peripherie? Der gleichwertige Ausbau der Infrastruktur ist vom Bund umzusetzen. Das würde den Rahmen sprengen, aber ich möchte es nennen, damit Sie wissen, Ernst Hinsken, die Regionalpolitiker, wir haben das Thema aufgeblendet. Die früheren Bundesunternehmen, die heute nur noch mit kleinen Aktienanteilen ... Wir haben aber im Bund im Prinzip nicht mehr entscheidenden Fuß drin, müssen aber diese Infrastruktur im Land draußen umsetzen, gestalten. Ich nenne das Thema Post, Postdienstleistungsverordnung, das Thema Telekom, komme ich noch darauf zurück, ÖPNV, Schiene, Bundesverkehrswegestraße, Soziales und Gesundheit. Das ist Aufgabe des Staates, gleichwertig in Stadt und Land auszubauen, fortzuhalten. Bund, Länder, GAK, wird der Wirtschaftsminister ein paar Dinge zu sagen, denke ich. Länder, gleichwertige Bildung und hier haben wir im ländlichen Raum, meine Damen und Herren, in der Hauptstadt Bildungsnotstand Berlin, da haben wir noch Potenziale. Da können wir stolz drauf sein. Der Computer wurde nicht in Berlin erfunden. Der wurde in Hinterstein im Hintersteiner Tal von Konrad Zuse

entwickelt. Das weiß kaum einer. Also, die geistigen Potenziale sitzen überall, auch draußen auf den kleinen Dörfern. Zur Infrastrukturverpflichtung des Bundes. Da haben wir eine Menge Arbeit. Lieber Ernst Hinsken und deine Kollegen, Albert Rupprecht und wer alles hier sitzt. Ich möchte folgendes nur kurz ansprechen. Schiene. Kein Bundesunternehmen mehr, aber natürlich sind wir als Aktionär Gott sei Dank noch ein Stück weit mit im Kapitänshaus. Zu diesem gleichwertigen Infrastrukturausbau nenne ich Ihnen bewusst die DB AG. Meine Damen und Herren, der Mehdorn-Bahnhof hier hat eine 1 Mrd. Euro gekostet. Die erste Klasse steigt dennoch im Regen aus und ein. Das ist auch okay so. Das ist gerecht. Aber schauen Sie sich mal Ihre Bahnhöfe an aus dem vorletzten Jahrhundert. Vorkriegstoiletten. Meine Damen und Herren, komplette Vernachlässigung der Infrastruktur, Schiene, Bahn in der Fläche. Hier fordern wir ein Umdenken in der Bahnzentrale. Das hilft Ihnen ganz konkret, wenn wir die Infrastruktur Bahn vor Ort wieder nach vorne bringen. Ich möchte und brauche das gar nicht weiter ausdehnen, weil jeder diese Themen vor Ort natürlich kennt. In Richtung der Länder möchte ich sagen. Die Länder erhalten sieben Mrd. im Jahr, Regionalisierungsmittel. Ich vertrete auch das Bundesverbrauchermi- nisterium. Wir haben eine Studie des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, die das Ganze positiv bewerten, aber immer noch dazu kommen, dass nur knapp über fünf Mrd. auch wirklich so eingesetzt werden, für den Ausbau der Infrastruktur im ÖPNV und im Schienennahverkehr. Die Deutsche Bahn, muss endlich erkennen, in das ICE-Netz Milliarden zu investieren, in dieses Schnellverbindungsnetz. Das ist gut auf der einen Seite, aber der Zulauf von 50 Prozent und mehr der Passagiere der Deutschen Bahn kommt aus der Fläche. Die müssen sich erst einmal stundenlang in Waggons und mit Loks aus den 60er Jahren an die Knotenpunkte heranrobben. So brauche ich drei Stunden, bis ich in den ICE einsteigen kann. Das können wir uns einfach nicht mehr bieten lassen. Ich komme zum Thema Breitband. Ich möchte das kurz ansprechen, weil wir das nur mit Ihnen in der Fläche nach vorne bringen können. Breitband ist die Straße von heute und morgen. Ihre Dörfer, ihre Gewerbegebiete, unsere Häuser, die Zukunft unserer Kinder hängt davon ab, ob wir 50 Megabite in jedem Haushalt in Deutschland in den nächsten drei bis fünf Jahren umsetzen können. Das wollen wir. Wollen Sie es auch? Wenn Sie es nicht wollen, sagen Sie es auch. Haben Sie schon? Selbstverständlich. Ganz klar. Ein paar haben es. Ist ganz klar. Jetzt komme ich nämlich zu dem entscheidenden Punkt. Ich bin hier nicht ein Marktradikaler, der sagt, ich habe es doch, ich bin Kreisstadt. 10.000, 20 000, 50.000

Einwohner. Was braucht es der, und das ist ländlicher Raum peripher, mit 1.200 Einwohnern in Baden-Württemberg, wo ich vor kurzem war, mit acht Ortsteilen. Das geht eben nicht überall. Das ist auch bei der Telekom, bei den Anbietern, auch im Wirtschaftsministerium. Das sage ich jetzt ganz fair, die Meinung, dass wir diese Forderung, Glasfaser in jedes Haus, heute nicht umsetzen können, nicht finanzieren können. Hier widersprechen wir ganz klar. Universaldienst ist die Vorgabe. Die Fraktion der CDU/CSU wird morgen dazu einen Vorschlag unterbreiten. Meine Damen und Herren, das ist eine politische Entscheidung. Hätte Konrad Adenauer 1950 gesagt, Telefon, so ein komisches Zeug, Telefon brauchen wir nicht in jedem Haushalt. So sind wir heute bei der Glasfaser. Ob sie Architekten sind oder ein Reisebüro haben. Das ist die große Chance der Dezentralisierung aus den Städten heraus. Warum muss die Münchener Rück in München 2.000, 5.000 neue Arbeitsplätze in Citylage schaffen. Die Leute gehen rein, schalten den Computer an und machen ihre Arbeit. Das können Sie genauso gut 50, 100, 200 Kilometer draußen. Deshalb brauchen wir Glasfaser für alle. Schon der Zwölfjährige braucht dieses schnelle Internet und die Oma mit Laptop braucht es auch, um mit ihren Enkeln zu kommunizieren. Deshalb gehen wir von der Forderung nicht ab und bitte unterstützen Sie uns. Glasfaser für alle. Das müssen wir umsetzen. Das ist ein politischer Handlungsauftrag für das Land. Jetzt nur ein paar Stichworte noch. Das Thema Infrastruktur macht sich natürlich auch fest an den Hochschul- und Schulstrukturen. Will ich jetzt nicht weiter ausführen, aber ich hätte gesagt, in Sichtweite, im Umkreis von 100 Kilometern über eine Hochschule, sprich auch Fachhochschule, das berufliche Schulwesen, die Weiterbildung, das Thema flächendeckende Gesundheits-, Hausarzt-, Pflegestruktur ist natürlich bei uns aufgeblendet. Wir müssen die Förderprogramme GRW, GAK, ELER, GAB gezielt weiterentwickeln, aber, Herr Ahner, ich muss Ihnen da nochmal ein bisschen einfach auch was mitgeben nach Brüssel, gezielt das Geld vor Ort den Kommunen lassen. Nicht immer mehr über Brüssel absaugen. Komplizierteste Förderprozesse, ich weiß, wovon ich rede. Wir sind in die ELER-Verordnung und in die GAK als Ministerium leidlich eingebunden. Es versteht kaum noch ein Mensch, welcher Prozess wann, vor wem, wie entschieden wird und wer, wann, wo welches Geld zu welchen Konditionen und Bedingungen bekommt. Bei mir zu Hause - wie gesagt unter drei Prozent Arbeitslosigkeit, herrliches Allgäu mit Königsschlossblick, wir klagen nicht - wurde gerade mit hoher Förderung über ein Leaderprojekt ein Südseemuseum installiert zur Ankurbelung des Tourismus. Ich könnte Ihnen 100 solcher

Beispiele nennen. Das ist genau der Beweis. Umso weiter Sie weg sind, und die Gelder mit irgendwelchen Richtlinien verteilt werden, umso weniger ist die Treffergenauigkeit. Deshalb Geld gezielt vor Ort bei den Kommunen lassen und das gilt auch für den ELER, den Europäischen Landwirtschaftsfonds. Wir können und sollten deshalb die Förderansätze neu gestalten, ein Stück Öffnung hin zu erneuerbaren Energien, zur dezentralen Energieversorgung. Ich möchte ganz bewusst das Herzensanliegen von Ernst Hinsken, Klaus Brähmig und anderen, das ist der ländliche Tourismus, Kulturtourismus, Landtourismus. Da liegen große Potenziale, das Thema Gesundheitsregionen, Tourismus. Wir wollen bei der GAK prüfen, die Innenentwicklung, Dorfkernsanierung im Zuge der Flurbereinigung wieder zu stärken, das Thema Kurwesen und vieles mehr. Die Ländlichen Regionen haben große Chancen, wir sind stark und wir sind selbstbewusst. Das sage ich auch in Richtung der Medien und der Regierenden, die sich allzu häufig heute an den Glitzerwelten der Metropolen ausrichten. Ganz klar. Hier stehen die Kameras. Hier stehen die Mikrofone. Hier werden die Stars gemacht, die dann zu Hause bei Ihnen in den Talkshows über die Bildschirme flimmern. Aber die wahren Helden, die sitzen draußen auf dem Land bei Ihnen und die halten das Ganze am Laufen. Wir stehen zu Ihnen. Deutschland hat großes Potenzial auf dem Land und in der Stadt. Zusammen sind wir stark. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch Ihnen verehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Müller ein herzliches Wort des Dankes für diese interessanten Ausführungen, die Sie getätigt haben, die uns vor allen Dingen die Impulse mit eingeflößt haben, die wir brauchen, um eben für die Fläche, für strukturschwache Räume und dergleichen verstärkt wirken zu können. Ich gehe davon aus, dass Sie einverstanden sind, dass ich jetzt noch drei Wortmeldungen zulasse und dass wir dann zur Mittagspause schreiten, wobei ich sagen möchte, gleich jetzt vorweg, soeben hat mich die Mitteilung erreicht, dass Herr Brüderle nicht kommt. Ich habe nochmal animieren lassen, dass im Wirtschaftsministerium man bemüht ist, einen Ersatz zu finden. Bei mehreren Staatssekretären dürfte das möglich sein. Die Veranstaltung gebietet das. Ich gehe davon aus, dass auf diese Art und Weise nicht die Vertreter der Fläche sich irgendwie wieder abgemeiert sehen, sondern dass jemand aus dem Wirtschaftsministerium, wenn auch Wirtschaftsminister Brüderle

selbst nicht, so doch eine andere Persönlichkeit vertreten ist. Meine Damen und Herren, wie gesagt, drei Wortmeldungen noch. Erste Wortmeldung, Kollege Lämmel. Kollege Lämmel ist Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsausschuss des Bundestages. Er hat das Wort. Bitte.

Abg. Andreas Lämmel (CDU/CSU): Es ist durchaus schwierig. Weil ich wollte jetzt nochmal zurückkommen auf die ersten beiden Vorträge, aber vielleicht lässt sich das doch noch ein bisschen zusammenbringen, auch mit dem Vortrag von Herrn Dr. Müller. Herr Prof. Birg, ich wollte Ihnen nochmal sagen: Das Thema Demografie ist nicht der Gegner der Politik. Das stimmt einfach nicht. Ich möchte das zumindest für den Freistaat Sachsen ganz vehement von uns weisen, denn wir reden seit zehn Jahren oder seit 15 Jahren über das Thema Demografie. Es ist eben nicht so, wie Sie sagen, dass dann, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen und wenn wir die kommunizieren, dass die Leute sich ändern. Die Leute wollen die Fakten gar nicht hören. Das ist nämlich das Problem. Deswegen kann nur Politik, Wissenschaft, Gesellschaft hier zusammengehen und das Thema demografische Entwicklung gemeinsam vorantreiben. Wenn das die Politiker aber machen, dann heißt das, lasst die mal reden. Es ist sowieso schon immer anders gekommen, als die Politiker erzählen. Deswegen ist es eine gemeinsame Aufgabe, das Thema Demografie auch wirklich bei den Menschen präsent werden zu lassen, gerade in den neuen Bundesländern. In Sachsen können Sie die Auswirkungen, sie Sie skizziert haben spüren, die kann man jetzt schon sehen. Das heißt also hohe Geburtenrate in der Stadt, wie z. B. in Dresden, aber natürlich starke Defizite im ländlichen Raum, Wanderungsbewegungen in die Stadt oder Wanderungsbewegungen in die alten Bundesländer. Ich denke, die Politik ist hier nicht ihr Gegner, sondern die Politik ist eigentlich an der Seite der Wissenschaft, um diese Themen zu platzieren. Ich wollte nochmal Herrn Ahner eine Frage stellen. Unser Hauptproblem in der europäischen Förderung der letzten Jahre, das hatten Sie selbst kurz beschrieben, ist ganz einfach die scharfe Abgrenzung der einzelnen Fonds. Ich meine, wir haben schon in den 90ern versucht, in Brüssel vorstellig zu werden, zu sagen, wir können die ESF, EFRE Fonds nicht so scharf abgrenzen, sondern muss versuchen, die Grenzen fallen zu lassen und man muss versuchen, Projekte aus verschiedenen Quellen voranzubringen. Ich denke, hier könnte einer der größten Fortschritte liegen, wenn man das endlich mal aufbricht und dann, wenn

man den Ländern und den Regionen in ihren regionalen Entwicklungskonzepten mehr Möglichkeiten, mehr Handlungsmöglichkeiten offenbart, um diese Projekte umzusetzen. Zuletzt vielleicht Herr Staatssekretär noch an Sie, ich würde den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht so verschärft ziehen. Ich denke, das Land braucht die Stadt, weil natürlich auch eine große Ausstrahlung der Stadt in das Land hin zu verzeichnen ist und die Stadt braucht das Land. Aus meiner Sicht oder aus der Erfahrung Sachsens brauchen wir die drei großen Städte und wir brauchen einen ländlichen Raum. Man soll hier versuchen, die Verflechtung zu verbessern, sozusagen größere Entwicklungsräume zu schaffen und gerade Nürnberg, Erlangen z. B., die Metropolregion zeigt das sehr deutlich, dass das auch geht.

Der **Vorsitzende**: Sie sehen also, die Meinungen gehen auch sehr weit auseinander. Da wird das eine so gesehen und von der anderen Seite wird es anders gesehen. Deshalb sind wir beisammen. Herr Prof. Dr. Lorig. Sie haben das Wort. Ich bitte auch ganz kurz. Dann noch Herr stellvertretender Ministerpräsident Dr. Seidel.

Ministerialrat Prof. Axel Lorig (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz): Ein wichtiger Punkt, den wir eben angesprochen haben.

Der **Vorsitzende**: Darf ich noch geschäftsleitend etwas bemerken? Die Worte sind meinerseits erhört worden. Herr Bundesminister Brüderle wird sofort kommen.

Ministerialrat Prof. Axel Lorig (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz): Ein wichtiger Punkt, den Herr Ahner angesprochen hatte, war die Frage des Geldes und da ist mir ein ganz wichtiges Anliegen wahrzunehmen, dass 90 Prozent der Kommunen kein Geld mehr haben, keine freien Finanzspitzen mehr haben, um all die Programme, die wir von EU und Land anbieten wollen, nehmen zu können. Das sieht man zurzeit am Abfluss der LEADER-Mittel, die nur sehr langsam abfließen können. Wie können wir es hinbekommen, dass wir

in Zukunft alle die Programme, die wir stricken, tatsächlich wieder nutzen können? Sie haben die Partnerschaften angesprochen. Können Sie vielleicht noch etwas stärker ausführen, wie wir die Gemeinden, die es wirklich brauchen - die haben alle keine freien Finanzspitzen mehr - unterstützen können?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr stellvertretender Ministerpräsident Dr. Seidel. Bitte.

Stellv. Ministerpräsident Jürgen Seidel (MdL, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern): Den Doktor muss ich jetzt zurückgeben. Da soll man auch vorsichtig sein. Ich bin bloß Diplomingenieur. Ich würde gerne auch nochmal Herrn Prof. Birg herzlich danken, weil ich glaube, wenn wir mal ganz ehrlich zueinander sind, dass das ein schwieriges Thema ist, welches den Leuten nahe gebracht werden muss. Ich will mal für mein Land Mecklenburg-Vorpommern sagen, unser Problem sind nicht die Gemeinden, Herr Staatssekretär Müller, die jetzt drei Prozent Arbeitslosigkeit haben. Ich vermute mal, das ist irgendwo von industriellen Ballungsräumen. Bei uns haben wir 20 % in einem Kreis und in solchen Gemeinden können Sie sagen 80 % Arbeitslosigkeit. Das sind glaube ich die Probleme, wo wir echt Schwierigkeiten haben Perspektiven aufzuzeigen. Wenn ich das sage, zwei Fragen nur kurz. Die Frage vorhin mit der Landwirtschaft. In der Tat ist es so, dass die Landwirtschaft an Beschäftigungsbedeutung deutlich zurückgeht. Die Frage ist: Gibt es da Chancen, das anders zu machen in der Zukunft? Die zweite Frage. Sie sagten ressortübergreifend, glaube ich sagte jemand, muss gearbeitet werden. Richtig. Denkt der Bund z. B. der Bundeswehrreform auch an das Thema Demografie oder sagt er ‚Nein, das ist nur eine Fachaufgabe im Verteidigungsministerium.‘? Hätte ich viel Verständnis dafür. Nur ich sage, wenn wir übergreifend denken wollen, müssen wir solche Fragen mit einbeziehen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Eine Frage würde ich noch dazu nehmen, damit sie kompakt beantwortet werden können. Steht momentan nicht im Raum? Dann

würde ich bitten, dass sie Beantwortung finden. Zunächst Sie Herr Prof. Dr. Birg. Bitte kurz antworten, genauso wie gefragt worden ist.

Prof. Dr. Herwig Birg: Es gab ein Streitgespräch zu dieser Frage mit Albrecht Müller, Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, veröffentlicht in der FAZ. Dort hat er zugegeben, dass die Politik in den 80er Jahren, als Deutschland die niedrigste Geburtenrate der Welt hatte, ich meinen Lehrstuhl übernahm, darauf hinwies, dass die Politik versuchte, jeden, der das Thema überhaupt nur anfasste, in die rechte Ecke zu stellen. Das ist also nachlesbar in der FAZ. Noch gar nicht lange her. Ich weiß wohl, dass man keine pauschalen Aussagen über Politik machen darf. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen von der Regel, die ich vorhin genannt habe, aber ich bleibe dabei, die Politik hat sich so verhalten, dass man sagen kann, sie ist der natürliche Feind der Demografie. Ich will das noch an einem Faktum demonstrieren. Als die Öffentlichkeit endlich aufgewacht ist, um das Jahr 2000 herum, nicht zuletzt aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils zur Pflegeversicherung, dass da ein Problem ist. Damals hatten wir endlich fünf Lehrstühle für Demografie. Der erste wurde 1982 erst geschaffen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dann hatten wir also fünf. Als die Öffentlichkeit aufwachte und zu merken begann, nicht alle, aber einige, da ist ein Riesensproblem, wurden von diesen fünf Lehrstühlen vier geschlossen und zwar dann, als der jeweilige Lehrstuhlinhaber das Pensionsalter erreicht hatte. Das zum Thema, wir müssen gemeinsam. Selbstverständlich müssen wir gemeinsam. Ich bin im Demografiebeirat des Landes Sachsen-Anhalt und kann nur sagen, auch dort wird eine riesige Chance vertan. Man spricht von Bevölkerungspolitik und meint damit nur die Anpassungspolitik an das ohnehin Ablaufende und versteht eben die demografischen Probleme als Chance zur Modernisierung des Landes. Aber die eigentliche Bevölkerungspolitik findet dort nicht statt, obwohl die Regierung dafür eigentlich einen Demografiebeirat installiert hat. Ein Beispiel von vielen anderen. Glauben Sie mir. Ich war auch in Ihrem Land in Dresden zu Vorträgen im Parlament und auch im Ausschuss für Demografie des Parlamentes. Ich weiß wohl, dass, wie Sie sagen, dort über Demografie geredet wird. Aber das reicht nicht. Man muss handeln.

Der **Vorsitzende**: Ich bitte um weitere Beantwortung der Fragen, vor allen Dingen Herr Generaldirektor Ahner, vielleicht sehen Sie noch die Möglichkeit, eine Replik gegen Staatssekretär Müller hier vorzubringen. Der hat Ihnen nicht voll und ganz aus dem Herzen gesprochen. Vielleicht könnten Sie darauf kurz eingehen, damit wir hier eine kompakte Ergebnisangelegenheit zu Papier bringen.

Dirk Ahner (Generaldirektor GD REGIO der EU-Kommission): Vielen herzlichen Dank. Ich bin Herrn Staatssekretär Müller sehr dankbar für seine Intervention, denn die hat noch deutlich gemacht, dass ich mich in einigen Punkten wohl sehr falsch ausgedrückt habe. Ich möchte das deshalb klarstellen. Der erste Punkt ist, es gibt keine europäischen Regionalprogramme Herr Staatssekretär. Es gibt nur deutsche und länderspezifische Programme. Nur die Länder sind zuständig für die Auswahl der Projekte, die laufen. Wenn es also in einem Land ein Südseemuseum gibt, das aber durch ein LEADER-Projekt läuft, ist das ausschließlich die Verantwortung des betroffenen Landes. Das hat überhaupt nichts, aber wirklich überhaupt nichts mit den Auswahlkriterien aus Brüssel zu tun. Zweiter Punkt, wenn Sie erlauben. Auch da habe ich mich falsch ausgedrückt. Die Regionalentwicklung in Brüssel erfolgt eben nicht aus Brüssel. Sie erfolgt von unten. Was in Brüssel gemacht wird, sind gemeinsame Spielregeln festzulegen, die soweit das überhaupt möglich ist, Exzesse an Wettbewerbsverzerrungen vermeiden sollen. Dafür Auswahlverfahren, dafür spezielle Regeln, die in Brüssel festgelegt werden. Die Programme selbst werden in Deutschland von den Bundesländern entwickelt und es gibt ein Programm in meinem Bereich, das vom Bund geführt wird. Das ist das Transportprogramm für die neuen Bundesländer. Alle anderen Programme sind Länderprogramme. Wo ich Sie nicht verstehe Herr Staatssekretär und wo ich verwirrt bin, ist, dass ich sehr oft Kommunen in Brüssel habe, die sich nicht darüber beklagen, dass sie von Brüssel etwas vorgesetzt bekommen oder von Brüssel etwas aufgezwungen bekommen, sondern darüber beklagen, dass ihre jeweilige Landesregierung ihnen wenig Möglichkeiten zur freien Entwicklung lässt. Nun habe ich eben ganz klar gesagt und möchte das auch weiter unterstreichen, unsere Partner aus Brüssel sind notwendigerweise in Deutschland die Landesregierungen. Wir haben 270 Großregionen in der EU. Wir können nicht noch kleiner werden. Mein letzter Punkt, den ich machte. Ich finde auch, und da stimme ich mit Ihnen überein, das derzeitige Regelwerk sehr kompliziert. Ich muss Ihnen

aber auch sagen, ich habe 18 Monate am Verhandlungstisch in Brüssel gesessen. Nicht einmal ist von deutscher Seite, und Ihr Ministerium war anwesend am Verhandlungstisch, ein konkreter Vorschlag gemacht worden, wie die Dinge einfacher gestaltet werden konnten.

Der **Vorsitzende**: Selbstverständlich möchte ich die Möglichkeit nutzen, dass Herr Staatssekretär Dr. Müller noch ganz kurz darauf antwortet. Ich darf in unserer Mitte recht herzlich Willkommen heißen und begrüßen, den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Rainer Brüderle und möchte bei der Gelegenheit bemerken, lieber zu spät kommen, lieber kurz kommen als gar nicht kommen. Sie sind herzlich Willkommen. Das wäre sonst als Affront gegen die Fläche bezeichnet worden. Herzlich Willkommen. Sie haben sofort das Wort, weil ich weiß, Sie müssen dann jetzt wieder zu einer Pressekonferenz. Aber es ehrt Sie schon, dass Sie so kurzfristig jetzt doch die Worte von hier aus gehört haben.

Abg. Rainer Brüderle (BM für Wirtschaft und Technologie): Lieber Herr Hinsken, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Dieses Thema hat mich seit Jahren beschäftigt, sowohl bei der Tätigkeit in Mainz als Bürgermeister, wie auch bei der zwölf Jahre langen Tätigkeit als Landesminister in Rheinland-Pfalz gab es immer Berührungspunkte mit ländlichen Räumen. Rheinland-Pfalz ist ein Land der ländlichen Räume. Wir haben keine Megacitys und keine Großstädte, wenn ich mal von Mainz, Ludwigshafen absehe, was aber auch eher kleinere Städte sind, jedenfalls unter 200.000. Insofern ist es das Land der ländlichen Räume. Das ist hier heute eine Perspektive, dass wir durch die moderne Technologie, ich denke jetzt etwa an Breitband, die Möglichkeit haben, in der Fläche gleiche Chancen zu eröffnen, wie in den Zentren, den Agglomerationen, den Ballungszentren. Man kann das vielleicht vergleichen mit der Erfindung des Elektromotors. Dass man dort plötzlich auch in kleinen Einheiten die gleichen Leistungen erbringen konnte, wie zuvor durch Dampfmaschinen in großen Einheiten der Industrialisierung. Das hat dem Handwerker, den Mittelständlern und anderen Regionen vergleichbare Chancen gegeben. Im Gegenteil, ländliche Räume haben hinsichtlich der Lebensqualität oft große Vorteile. Sie haben bei den Kostenstrukturen Vorteile, die Mieten, die Lebenshaltungskosten

sind ganz andere. Die räumliche Kommunikation verliert relativ an Bedeutung im Vergleich zu anderen Faktoren, weil man eben diese Distanz durch Breitbandtechnik überwinden kann. Deshalb ist wichtig, dass wir da schnell penetrieren können. Es wäre auch Teil der Vergabe bei der Versteigerung der UMTS-Lizenzen, damals in Mainz in der Bundesnetzagentur, dass die ländlichen Räume mit Vorrang bedient werden müssen. Sicherlich muss man dort unterschiedliche Technologien zur Anwendung bringen, LTE, neue Funkvariante, ist eine Möglichkeit, das noch schneller auf den Weg zu bringen und alle diese Möglichkeiten technologieoffen muss man mit ansetzen. Dafür ist aber der entscheidende Prozess, dass wir die Menschen mitnehmen, dass sie neue Möglichkeiten anwenden. Da ist oft noch ein Problem bei der Mittelstandspolitik, dass man das Überwinden von Barrieren, es ist für einen Handwerksmeister oder einen kleinen Einzelhändler nicht so einfach, sich umzustellen und in ganz andere Mechanismen der Abläufe hineinzugehen. Deshalb ist die Chance für ländliche Räume zu nutzen, eben auch Überzeugungsarbeit, sich offen hinzubewegen und offen die Chancen auch zu nutzen. Nun ist Deutschland ein relativ kleines Land, wenn wir es weltweit sehen. Selbst Europa hat eine überschaubare Dimension. Auch das führt dazu, dass die Grenzen zwischen ländlichen Räumen und zwischen städtischen Agglomerationen fließend sind. Aber ich glaube der Ansatzpunkt ist, dass wir durch die Förderphilosophie, die Gemeinschaftsaufgabe ist ein wichtiges Instrument. Herr Hinsken hat bei den Haushaltsberatungen immer als erstes darauf hingewiesen, wie wichtig es für die ländlichen Räume ist, dass wir die Instrumentarien beibehalten, soweit sie noch EU-konform machbar sind. Wir sind natürlich als hochentwickeltes Land, und wir sind die Lokomotive der europäischen Entwicklung, unser Wachstumstempo ist fast dreimal so hoch wie der Schnitt der Europäischen Union. Da ist die Betrachtungsweise der anderen auf uns: Wenn die noch weiter so ein Tempo zulegen, dann fallen wir hier weiter zurück, wir wollen auch aufschließen. Dabei wird es also auch die Schwierigkeiten geben, die Förderkulissen auf Dauer in dem Volumen zu halten. Das muss man redlicherweise auch sagen. Es gibt Ersatzmechanismen, die fast alle Bundesländer in unterschiedlicher Ausprägung haben. Wir haben in meinem Heimatland, Rheinland-Pfalz, damals durch die Veräußerung, das getan, als wir noch Geld dafür bekamen, mit unserer Landesbank eine eigene Investitionsstrukturbank gegründet haben, die exakt EU-konform die Möglichkeiten zur Förderung der kleinen Einheiten, aber auch ländlichen Räumen bis hin zur Refinanzierung auch, weil eine solche staatliche Bank ein anderes Rating hat, Trippele A,

wie die Fachleute sagen, kauft die Konditionen, weil die Konditionen für den Geldeinkauf am günstigsten sind, günstiger als viele andere, als viele Banken dabei, selbst als manchen Sparkassen. Dieses Instrumentarium schafft natürlich auch für die ländlichen Räume ein Stück Zinsvorsprung, ein Stück Attraktivität, die man mit reinbringen kann. Wir verlieren in diesen ländlichen Räumen oft an Einzelhandelssubstanz. Es gibt dort andere Wege, indem man verschiedene Funktionen bündelt. Es gab früher mal vor der Postreform den ehrenamtlichen Posthalter, wo der Gastwirt oder der damals dort existierende kleine Tante-Emma-Laden auch die Funktionen für andere, etwa für die Post, etwa auch für öffentliche Dinge, Anträge abzugeben, wiederzunehmen, Liefermöglichkeiten für Apotheken, es gibt auch ambulante Strukturen. Wir haben etwa in der Eifel Regionen, wo 70 %, sind sehr kleine Gemeinden, überhaupt kein Geschäft, nichts mehr haben. Deshalb muss man neue Ansätze wählen. Das ist aber nur ökonomisch noch darstellbar, wenn man es bündelt, wenn man öffentliche Funktionen und private Funktionen zusammenführt, damit es ein Kommunikationspunkt gibt, damit die Oma, auch wenn sie ein Medikament braucht, da nicht eine Stunde unterwegs ist im Taxi, sondern das in überschaubarer Nähe machen kann. Aber sie kann auch über das Internet schauen. Der Arzt kann schauen über das Internet, das Rezept an die Apotheke geben und die Station des Abholens miteinbringen. Hier gibt es eine Fülle von neuen Ideen und das zu überbringen, ist Aufgabe der Landespolitik, Kommunalpolitik, etwa indem man durch Aktivitäten vor Ort die verschiedenen Ansatzpunkte zusammenführt. Wir haben das damals im Land angefangen mit ‚Region im Dialog‘, dass man zur Veranstaltung eingeladen hat, Teilnahme offen, alle möglichen Akteure dieser Strategie und daraus sich auf Dauer, es ist nicht überall gelungen. Ich freue mich sehr, ich bin jetzt schon lange aus der Landesverantwortung raus, dass es heute immer noch tragende Einheiten gibt, wo man sich in regelmäßigen Abständen alle zwei, drei Monate zusammensetzt und interaktiv Dinge bespricht. Das ist etwa in der Hotellerie, Gastronomie, dass heute das Bewusstsein dafür viel schärfer ist, was man isst, dass man die Produktion aus der Region hat. Da ist vom Tierschutz angefangen, nicht von Dänemark bzw. quer durch Europa, wie Sizilien, die Schweine zu transportieren und dort ein Rippchen zu essen, sondern die regionale Produktion, die regionalen Kreisläufe zu stabilisieren, hier eine Stärkung von eigener Wirtschaftskraft mit darzustellen. Ich glaube, das Entscheidende ist, Herr Hinsken, dass wir die Grundideen zum Leben bringen. Da gibt es keinen anderen Weg. Wir müssen die Menschen mitnehmen, dass sie aktiv in diesem

Bereich zum Multiplikator diese Ansätze werden, sonst werden wir keinen Erfolg haben. Deshalb ist es eigentlich die Grenze zwischen ländlichen und nichtländlichen Räumen, sie vermischen sich zunehmend, sondern es ist eine grundsätzliche Struktur- und Förderaufgabe, Mittelsstands- und Technologieaufgabe, Innovationsprozesse und ich freue mich sehr, dass gerade jetzt auch in den letzten Wochen - wenn solche Wahlen anstehen, ist man viel mehr in der Region drin zu intensiveren Gesprächen - dass viele Hightech-Unternehmen Standorte in ländlichen Räumen haben. Ich sage, für uns ist es eigentlich egal, als Softwarehaus, wo wir sitzen, wenig Kundenverkehr. Die Frage ist: Kriegen wir Leute, die in einem bezahlbaren angenehmen Umfeld sind? Ist eine Nähe zum Flughafen da? Es ist dann wichtig, dass ich für die Kommunikation, die ich dann räumlich doch noch brauche, vernünftig hinkomme. Aber Sie müssen nicht in Mainz im Zentrum oder in Ludwigshafen sitzen, können sehr wohl in der Pfalz sein oder bei uns im Rhein-Hessen Umfeld von Mainz. Insofern vermischt sich das, was wir an Strukturen von früher noch kennen. Es gab mal in der Theorie der regionalen Entwicklung für ländliche Räume die zwei Ansätze, aktive und passive Sanierung. Passive Sanierung war: Nehme die Menschen woanders hin. Wir lassen den Räumen oder der Renaturisierung ihre ursprüngliche Funktion, während aktive Sanierung ist: Ich bringe etwas hin, damit die Räume nach oben kommen. Dieser Gegensatz, ich sage es noch mal, gibt es so nicht mehr. Das fließt ineinander über und Ballungszentren sind froh, wenn sie mit dem umliegenden Raum in eine koordinierte Arbeit hineinkommen, was oft sehr schwer ist, weil die eben nicht Ballungsraum sagen, wenn ich mit denen zusammenarbeite, das haben wir erlebt, hier etwa bei der Abstimmung Berlin, Brandenburg, dann müssen wir das hohe Preisniveau oder Gebühren das Steuerniveau von Berlin oder von der Stadt übernehmen im ländlichen Raum. Umgekehrt weiß aber auch die Stadt, dass sie, wenn sie eine vernünftige Raumplanung haben will oder Entwicklungsstrategie hat, das nicht losgelöst von ihrem Umfeld machen kann. Deshalb die Interaktion. Barrieren des Denkens von gestern überwinden. Dank modernster Technologien, die wir aber innerlich annehmen müssen, bekommen kleinere ländliche Räume gleiche Chancen wie Ballungsräume und wie größere Betriebseinheiten. Das ist auch die Realität im Wirtschaftsgeschehen. Was viele übersehen, im Vordergrund stehen oft große Namen. Ich nehme mal die Automobilindustrie. Ich denke mal an Daimler, BMW, Audi, Volkswagen, aber die haben oft nur eine Fertigungstiefe von um die 20 Prozent. 80 Prozent kommt von anderen, von Zulieferern, oft von kleinen Einheiten in ländlichen

Räumen, aber hochspezialisiert in ihren Komponenten. Wir sind Weltmarktführer im Fahrzeugbau. Wir bauen die teuersten Autos der Welt. Wir haben ein einmaliges Cluster oder Netzwerk von großen bekannten Namen, hochspezialisierten kleinen Mittelständern, sogenannten „Hidden Champions“, die in ihrer Nische Technologieführer sind, Universitäten, Fachhochschulen, manche Länder Berufsakademie oder andere Forschungseinrichtungen in Rufnähe. Die Interaktion der verschiedenen Komponenten führt etwa auch dazu, dass wir etwa auch im Maschinenbau in der Welt führend sind und deshalb ist der ländliche Raum kein Ballast, sondern die Chance im Zusammenklang erfolgreich zu sein und ich bin sehr dankbar, dass viele Kollegen, wie Herr Hinsken beispielhaft wie andere auch, dafür streiten, weil ähnlich wie man sich auf große Namen fixiert, man manchmal im Dialog vergisst, dass Deutschland eben auch aus ländlichen Räumen besteht. Vielleicht diese Anmerkung, Herr Hinsken, zu meinem kleinen Beitrag zu Ihrer wichtigen Tagung.

Der **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst herzlichen Dank. Herr Bundesminister Brüderle, zu Ihnen auch für Ihre Ausführungen. Ich darf bei der Gelegenheit noch vermerken: Drei wichtige Aussagen sind mir jetzt im Gedächtnis geblieben. Einmal, es müssen die Grundideen für das Leben und wiederum zum Leben gebracht werden. Zweite Bemerkung, dass die Barrieren des Denkens von gestern zu überwinden sind. Dritte Bemerkung, der ländliche Raum ist kein Ballast, sondern eine Chance und ein Stück Zukunft. Darauf aufbauend kann jetzt die Diskussion stattfinden, wobei ich zeitlich vorgeben möchte, wir haben jetzt gut 15 Minuten Zeit. Dann muss uns Herr Bundesminister Brüderle wieder verlassen, weil er einen anderen wichtigen Termin, eine Pressekonferenz hat. Ich habe dafür Verständnis. Es ist momentan ein bisschen turbulent bei Ihnen Herr Brüderle. Aber es sei mir schon noch gestattet und erlaubt, dass natürlich zu den Themen Breitbandversorgung, regionale Fördermittelerhöhung und medizinische Versorgung oder regionale Kreisläufe stärken und, und, und, vieles aus dem Auditorium heraus gesagt werden kann, wobei ich bei den regionalen Fördermitteln auch hier vor versammelter Mannschaft mich bedanken möchte bei meinen Kolleginnen und Kollegen seitens der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion. Wir haben gemeinsam hier gestritten, haben gesagt, dass wir eben unbedingt eine Erhöhung der Mittel brauchen und das ist zu guter Letzt geglückt und wir haben dann den Etat des Herrn Ministers Brüderle um

zehn Mio. sogar erhöhen können, anstatt dass eine Senkung vorgenommen worden wäre, wie es ursprünglich geplant war. Also auch hier über parteipolitische Grenzen hinweg ein herzliches Wort des Dankes, insbesondere auch an meinen Kollegen Lämmel, der auf den Gebieten federführend für die CDU/CSU-Fraktion tätig war. Noch eine Bemerkung. Wir hatten, damit Sie voll im Bilde sind, Herr Minister Brüderle, bisher richtungsweisende Referate und zwar mit intensiver, tiefgehender Diskussion, mit tiefgehenden Beiträgen, die den Nagel schon auf den Kopf getroffen haben, wobei ich mir heute Nachmittag gerade von den Podiumsteilnehmern vieles an zusätzlichen Aussagen erwarte, nämlich einmal zur Bevölkerungswirtschaft und -wissenschaft. Was dieses Thema anbelangt, hat uns Prof. Dr. Birg einen richtungsweisenden Vortrag, ein Impulsreferat gehalten. Herr Generaldirektor Ahner hat Europa besser verkauft, als es ist. Spaß beiseite, aber Sie haben sich hervorragend geschlagen Herr Generaldirektor Ahner. Der Parlamentarische Staatssekretär Herr Dr. Müller hat den Finger auf die offene Wunde gelegt und gesagt: Es gilt alles zu machen und zu tun, so möchte ich es kurz auf den Nenner bringen, um die Fläche gegenüber den Ballungsregionen, den Metropolregionen nicht ins Abseits gleiten zu lassen. So ist es ganz kurz. Jetzt möchte ich die Diskussion eröffnen. Nutzen Sie die Möglichkeit. Wer wünscht das Wort? Herr Sammer bitte. Bitte wieder eine bis eineinhalb Minuten.

Kasper Sammer (Geschäftsführer EUREGIO Bayerischer Wald – Böhmerwald):

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Mein Name ist Sammer. Ich komme aus dem Grenzgebiet zwischen Bayern und Tschechien, aus dem südöstlichen Teil der Bundesrepublik. Ich bin ein Praktiker. Ich werde mich sehr kurz fassen, Herr Hinsken, maximal eine Minute, und möchte nur zwei, drei Punkte ansprechen, vor allen Dingen an Sie gerichtet Herr Generaldirektor Ahner. Ich denke, wir sind doch sehr froh und auch dankbar, was bisher die Kommission für uns und auch für die ländlichen Räume getan hat. Das hat uns gut getan und hat uns auch weitergebracht. Ich denke, man sollte schon sagen, was wir in der Zukunft brauchen. Uns ist es klar, Sie können, wenn Sie ohnehin schon mit 270 Regionen kooperieren, nicht noch mehr aufnehmen in der Zukunft. Aber für uns ist es wichtig, in der Zukunft, dass die Länderebenen die Regionen noch viel mehr integrieren, zum einen in die Programmpla-

nungen, zum anderen dann natürlich auch in die Umsetzungsprozesse. Es geht meines Erachtens nicht, ich kenne jetzt nur die Grenzprogramme, dass es Regionen in der Bundesrepublik Deutschland gibt, in denen eigentlich nur mehr staatliche Organe sitzen bei Entscheidungsfindungen und keine Kommunen mehr, keine Landkreise mehr. Das geht meines Erachtens nicht. Hier kann man was machen, auch aus Sicht der Kommission und vor allen Dingen in den Vorgaben der Verordnungen. Ich bitte Sie, Herr Generaldirektor Ahner, dass Sie das in der Zukunft so weit steuern, wie Sie das nur steuern können, dass wirklich die regionalen Komponenten unterhalb der Ebene der einzelnen Landesregierungen noch deutlich mehr Mitspracherecht bekommen, als es bisher der Fall ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank Herr Sammer. Ich fasse gleich einige Wortmeldungen zusammen. Ergänzend. Herr Sammer ist Geschäftsführer der EUREGIO im Bereich, den er vorhin beschrieben hat. Nächste Wortmeldung ganz hinten. Bitte nennen Sie Ihren Namen und wo Sie zuhause sind.

Jost Morgenrot (Bürgermeister Gemeinde Tauche): Meine Name ist Morgenrot, Jost Morgenrot. Ich bin Bürgermeister einer kleinen Gemeinde im Landkreis Sonneberg, das ist im Süden Thüringens in der Nachbarschaft des großen Kreis Coburg. Das ist genau das richtige Podium, um, was vorhin schon ein Diskussionsredner gesagt hat, den Zusammenhang Demografie und Finanzen anzusprechen. Es ist auch nochmal ausgesprochen worden, dass sehr gute Förderprogramme existieren, aber, so habe ich das vorhin verstanden, die meisten Kommunen ihre Eigenmittel nicht mehr bereitstellen können. Das ist ein direkter Zusammenhang. Wir leben noch auf der Sonnenseite am Südhang des Thüringer Waldes und haben trotzdem Einwohnerverluste von ungefähr 30, 35 Personen pro Jahr. Das bedeutet, in zehn Jahren ist ein ganzes Dorf verschwunden. Ich bin seit 15 Jahren Bürgermeister und beobachte das. Wir leisten uns drei Kindergärten. Wir haben also eine sehr gute Infrastruktur. Aber wir können die Fördermittel nicht abrufen und ich habe auch den Eindruck, gerade in aktueller Zeit, dass trotz einer niedrigen Verschuldung von 380 Euro, und da gibt es Kommunen, die noch drunter liegen, bei Berlin müsste man wahrscheinlich noch zwei Nullen hinten dranhängen, dass wir einfach die Mittel nicht mehr einsetzen

können, weil die Finanzierungen durch die fehlenden Eigenmittel nicht da sind. Dafür wäre es schön, wenn man mal einen Hinweis bekäme. Das zweite. Es gibt Förderprogramme, die werden sehr stark nachkontrolliert. Vielleicht sollte man eher vorher besser kontrollieren, wo man die Mittel einsetzt. Es kann nicht sein, dass man bei 35.000 Euro für Abriss und Rekultivierung eine Tiefenprüfung von einem Tag hat.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Morgenrot. Sie waren eine der über 100 anwesenden Bürgermeister. Ich bedanke mich für die Wortmeldung. Jetzt kommt eine Oberbürgermeisterin aus Deggendorf. Die Frau Anna Eder. Sie hat das Wort.

Anna Eder (Oberbürgermeisterin Deggendorf): Dankeschön Herr Hinsken. Meine Frage richtet sich an den Bundesminister. Ich höre es immer mit sehr viel Freude, wenn Förderungen in die Breitbandverkabelung kommen, denn wir wissen alle, dass eine gute Verkehrsinfrastruktur die Entwicklung nach vorne gebracht hat und jetzt ist es die Breitbandverkabelung, die ausgebaut werden muss. Ich frage mich wirklich, warum diese Gelder nicht bei den Kommunen ankommen? Ich verstehe das nicht, tut mir Leid. Bitteschön, wir brauchen da dringend Zuschüsse. Jetzt ist wieder aufgestockt worden und wenn man fragt im bayerischen Wirtschaftsministerium, dann werden noch ein paar Gemeinden mitreingenommen, aber es wird nichts erhöht. Ansonsten möchte ich zu den Förderprogrammen nur sagen, ich bitte wirklich sehr deutlich, dass der Demografiefaktor miteingebaut wird, sowohl in den europäischen Förderprogrammen, wir sind sehr gut gefahren bisher mit denen, aber auch in den Landes- und Bundesförderungen, denn ich gebe Ihnen vollkommen Recht Herr Dr. Birg, man glaubt immer, die Demografie ist noch so weit weg und man ist sich als Politiker nicht dessen bewusst, oder kennt es schon, aber bringt es der Bevölkerung nicht bei, dass wir eigentlich fünf nach zwölf haben und nicht fünf vor zwölf. Ich bitte wirklich darum, dass in sämtliche Programme dieser Demografiefaktor mitaufgenommen wird. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Oberbürgermeisterin Eder. Herr Hinterdobler, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz.

Hauptgeschäftsführer Toni Hinterdobler (Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz): Herr Minister. Wir haben uns sehr gefreut über dieses Bekenntnis zum ländlichen Raum, das Sie uns aus Ihrer pfälzer Erfahrung vermittelt haben. Dazu jetzt zwei Fragen: Wie geht es mit den Strukturfondsverordnungen weiter, wenn wir dann in den Europäischen Rat gehen? Wie sehen Sie denn die Chancen, dass die Bundesregierung sich diese Grundüberlegung, Grundstrategie, die Sie uns geschildert haben, auch für die Verhandlungen im Europäischen Rat zu Eigen macht. Zweitens: Wie sehen Sie die Möglichkeiten der Finanzierung? Wir brauchen einen entsprechenden Rahmen in der europäischen Finanzierung der Fonds. Können Sie sich vorstellen, dass Deutschland da ein bisschen Vorreiter ist in dem Thema Finanzierung und Vorgaben, um hier die nötigen Mittel bereitzustellen?

Der **Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Hinterdobler. Hier habe ich noch eine Wortmeldung. Dann wollte ich zur Beantwortung bitten bzw. zur Meinungsäußerung, Herr Staatssekretär Müller, bevor dann abschließend Herr Bundesminister Brüderle das Wort nimmt. Bitteschön.

Bürgermeister Christian Vedder (Gemeinde Südlohn): Christian Vedder ist mein Name. Ich bin Bürgermeister eine kleinen kreisangehörigen Gemeinde im Westmünsterland, nahe der niederländischen Grenze. Wir sind auch REGIO-Gebiet. Ich möchte zunächst an Dr. Müller anknüpfen. Sie haben gesagt, die Konnexität ist für Sie ein Thema. Sie haben gesagt, sie haben es erkannt. An die Bundesregierung: Erkennen Sie nicht, dass das Konnexitätsprinzip verletzt wird? Viele Kommunen leiden darunter und werden kurzfristig nicht mehr in der Lage sein, alle Pflichtaufgaben zu erledigen, wenn die Konnexitätsprinzipien nicht eingehalten werden. Es ist ein guter Schritt, dass Sie daran arbeiten, dass auch Handlungen kommen. Im Land Nordrhein-Westfalen ist es zurzeit deutlich bedenklicher, nicht nur was Konnexität angeht, sondern auch was Gemeindefinanzierungsrecht angeht. Hier werden uns im ländlichen Raum Zuweisungen in Höhe von 50 % gekürzt und dem bedürftigen Ruhrgebiet zugeschlagen. Ich könnte heute meine freiwilligen Leistungen auf null setzen und könnte das Defizit durch die Schlüsselzuweisungen über das Gemeinde-

finanzierungsrecht 2011 nicht auffangen. Ich wäre also sehr schnell in der Haushaltssicherung und könnte nicht mal die Pflichtaufgaben vollständig wahrnehmen. Das ist natürlich eher eine länderspezifische Sache, aber es sind ja auch Vertreter der Länder da, sodass ich das in diesem Forum noch einmal zum Ausdruck bringen möchte um hier daran zu arbeiten, Stadt und Land gleichermaßen weiterzuentwickeln, auch durch Finanzierungen. Das ist ein wichtiges Anliegen. Fördermittel können wir schlechter in Anspruch nehmen wenn wir in der Haushaltssicherung sind. Wir sind es nicht, wir haben eine Arbeitslosigkeit von 4,4 %. Wir stehen relativ gut da, sind ein ländlicher Raum, haben eine hohe landwirtschaftliche Wertschöpfung. Auch EUREGIO funktioniert, wobei ich zustimmen muss, dass die Förderbedingungen manchmal sehr kompliziert sind; aber grenzüberschreitend läuft da was. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Sie haben zurecht die Möglichkeit beim Schopfe gepackt. Es sind ja sieben Staatsminister bzw. Staatssekretäre aus den Ländern da. Die hören das alles sehr wohl und sind sicherlich gerne bereit, das aufzugreifen. Herr Staatssekretär Dr. Müller und dann abschließend Sie verehrter Herr Bundesminister Brüderle, wobei ich noch Wert darauf lege, dass wir danach in die Mittagspause gehen und im Anschluss wieder pünktlich um 13.15 Uhr beginnen. Also, es wird doppelt schnell gegessen und danach wird auch ein bisschen schneller geredet als dies jetzt der Fall war. Bitte, Herr Müller.

PStS. Dr. Gerd Müller (BMELV): Vielen Dank. ich möchte vorab nach mal sagen, dass das Wirtschaftsministerium und unser Haus hervorragend zusammenarbeiten, wie dies in der Koalition generell der Fall ist. Die Synergieeffekte zwischen den Städten und dem Land, Herr Seidel, stellt niemand in Frage. Es ist doch vollkommend klar, dass wir die Leuchtturmmetropolregionen usw. brauchen. Ich wollte nur bewusst mal einen anderen Ansatz wählen. Wir sind nicht zum klagern hier. Natürlich ist eine periphere Region, in der wir 20 % Arbeitslosigkeit haben anders zu bewerten. Aber das ist nicht das Bild der ländlichen Regionen. Es sind Problembereiche da, ich möchte es gleich konkret machen, die wir mit differenzierten Förderansätzen angehen und nicht mit den allgemeingültigen Gießkannenansätzen. Deshalb habe ich davon gesprochen, dass wir das Förderinstrumentarium qualitativ weiterentwickeln

müssen, ob das die GAK ist oder die anderen Möglichkeiten. Dazu haben wir auch den Fachausschuss, dessen Vorschläge sind sehr hilfreich und wichtig. Zweitens möchte ich Ihnen Herr Bürgermeister sagen, das sage ich auch hier dem Podium und ich denke auch der Wirtschaftsminister denkt so: Gebt den Kommunen eine solide Grundausstattung in der Finanzierung, dort wo sie ihre ureigenen Quellen haben, bei der Gewerbesteuer usw. Alles was dann zusätzlich über Programme kommt, Herr Ahner, das wir aus dem Bundeshaushalt nach Brüssel geben damit Sie es wieder an die Länder und Kommunen verteilen, darum gibt es da wieder Beifall bei den Ländern, jeder Bürgermeister kriegt da einen eigenen Auftritt zu Hause. Wichtiger ist, dass die Substanz in der Grundausstattung der Finanzen zunächst mal passt. Was dann zusätzlich kommt, da können wir dann darüber reden. Ich freue mich auch, dass ich gerade eine Flussbrücke, ein Wiesenmohr und einen Lehrpfad – jetzt könnte ich 30 weitere Dinge aufzählen - einweihen durfte und dafür bedanke ich mich auch sehr herzlich, da es jedes mal auch einen Pressetermin gibt. Dafür sind wir ja als Politiker sehr dankbar. Herr Seidel, Sie haben das sehr richtig dargestellt. Querschnitt, das heißt jetzt ganz konkret, Herr Bundesminister Brüderle, da brauchen wir einen Konsens bei der Bundeswehrreform beispielsweise. Da muss man Strukturpolitik natürlich auch ein Stück einfließen lassen. Das sage ich ganz klar. Ich bleibe mal bei Bayern weil es dann die wenigsten Angriffe gibt und ich mich da auch am besten verteidigen kann. Natürlich kann ich in München einen Standort vernünftiger stilllegen als draußen in den strukturschwachen Räumen. Das werden wir auch umsetzen und so vorgehen. Das betrifft beispielsweise auch den Bundesminister Ramsauer, das ist das Thema, das ich angesprochen habe: Die gleichwertige Entwicklung der Infrastruktur, Bahn. Wir sind gerade dabei, dass Baurecht zu novellieren, das sind die ländlichen Räume, bauen im Außenbereich, Umwidmung, Handwerkerinvestitionen in diesen Gebäuden. Da muss man auch die Förderansätze der Wirtschaftsförderung ein Stück weiterentwickeln. Schlussbemerkung, weil sie zum Thema Breitband gefragt haben und so viele Ländervertreter da sind: Unser Ministerium hat zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister diese Förderung ermöglicht. Es fließen unterschiedliche Mengen. Es gibt Länder, die rufen nicht mal ein Drittel der Mittel ab. Die allerwenigsten rufen mehr als 50 % ab. Auch Bayern ist nicht Spitze und hat einen Förderansatz von 100 000 Euro pro Gemeinde oder Stadt. Andere haben 500 000. Die Breitbandstruktur ist die Zukunftsinvestition schlechthin. Ich sage nochmal im Beisein vom Bundesminister, da gibt es einen kleinen Unterschied zwischen uns,

dass Glasfaser in jedes Haus muss, nicht morgen aber in den nächsten fünf Jahren in der Größenordnung von 50 MBit. Ansonsten sind sie nicht mehr an die Zukunft angeschlossen, ob das Kinder sind, Erwachsene oder die Oma. Wir können keine Streusiedlungen, kein Dorf mit Gewerbegebiet weiterentwickeln, keinen Bauernhof in einen Handwerkerhof umwidmen, wenn ich Glasfaser nicht habe. Da bitte ich um eine breite Unterstützung, auch beim Bundeswirtschaftsminister. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär Dr. Müller. Nun Herr Bundesminister Brüderle, Sie haben das letzte Wort vor dem Mittagessen.

Bundesminister Brüderle: Es ist eigentlich wie im Brennglas deutlich geworden, wo die Probleme liegen. Wir haben zunehmend eine Diskussion über verschiedene Ebenen: die europäische Ebene, die nationale Ebene, die regionale Ebene spricht Föderalismus und die kommunale Ebene. Ich kann das sehr gut verstehen, ich war selbst zwölf Jahre Bürgermeister bevor ich zwölf Jahre Landesminister war. Es ist insofern ganz gut, wenn man in der Bundespolitik ein bisschen die verschiedenen Ebenen über längere Distanzen, auch mal praktisch, erlebt hat und nicht nur vom Lehrbuch her kennt. Es ist auch eine persönliche Grundüberzeugung, dass wir den Freiherrn vom Stein nicht zum zweiten Mal beerdigen, um das zu sagen. Kommunale Selbstverwaltung, wie auch der Föderalismus, hat einen hohen Wert. Sie bringt nämlich eine Elastizität in die Systeme hinein und bringt umgekehrt auch die schwierige Anstrengung mit sich, dass man ein kooperatives Zusammengehen hinbekommt. Ich werde nachher auch ein Beispiel nennen, was die Energiepolitik betrifft, wo wir Sie alle dabei brauchen. Dann haben wir die Veränderung, dass Europa zunehmend an Bedeutung gewinnt, dass wir selbst für eigenes Geld, wenn wir es wollen, Regionalförderung nur mit der Notifizierung - was der Fachbegriff ist – sprich der Genehmigung Europas, durchführen können, damit es keine Wettbewerbsverzerrung gibt. Es gibt Aktionsfelder, darum habe ich die Investitionsstrukturbanken, also regionale Wirtschaftsfördereinrichtungen angesprochen, wo wir noch weitgehende Autonomie haben. Bei anderen, etwa in den Förderprogrammen, haben wir sie nicht. Sie müssen jeweils genehmigt werden. Da muss man auch akzeptieren – einer der Diskutanten sprach ja, dass er an der Grenze zur tschechischen Republik ist, dass die Länder

in Osteuropa sagen, wir wollen natürlich auch aufschließen. Es muss auch unser Interesse sein, dass sie irgendwann aufholen können, sonst würde es dauerhaft nur einen Transfermechanismus geben. Deshalb wird man sagen, dass die Länder, die einen großen Rückstand haben, erwarten, dass sie letztlich unterm Strich mehr Unterstützung erfahren für Europa, als die, die schon einen hohen Stand haben. Dennoch ist es nicht null. Das überragende Thema, insbesondere in Deutschland – nur Italien ist schlechter als wir – ist die Demographie. Wir haben 1,2 Kinder pro Frau. Wir bräuchten 2,2, um den Bestand zu wahren. Das ist natürlich die Folge, dass dann Krankenhäuser und Kindergärten geschlossen werden. Das ist wieder eine Stunde, wo sich interkommunale Zusammenarbeit oder Zusammenarbeit innerhalb eines Landes bewähren muss. Wenn jeder Staat kommunal, wie auch in der Landespolitik nur auf seinen Status quo beharrt, wird es keine Lösung geben. Deshalb braucht man hier das Zusammenwirken und die Fairness und auch die Bewährung kommunaler Selbstverwaltung des Föderalismus in einer schwierigen Situation, als in einer Aufbauphase, wo alle nur Zuwächse haben und das daraus relativ leicht gestaltbar ist.

Ein wichtiger Punkt ist, wie wir von der Gängelung wegkommen können von. Das ist bei den Kontrollen angesprochen worden, kleine Beträge, intensive Kontrolle, wir kennen das auch vom Finanzsektor. Bei den kleinen Volksbanken und Sparkassen haben sie tagelang die BaFin kontrolliert, bis zum Letzten, bei den Großinstituten haben sie nichts festgestellt, bis wir den Crash hatten. So ist manchmal die Realität. Da ist meiner Erachtens die Debatte ganz wichtig, die Herr Hinsken immer anfacht, des Standards, dass man auch den Spielraum erhöht. Wenn eine Kommune bereit ist in einer bescheidenen Variante eine andere Schwerpunktsetzung vorzunehmen, sollte sie das auch Recht dazu haben und nicht einen Einheitsstandard, der für alle Fälle von oben bis unten vorgegeben wird, denn dann ist ein Vorteil dezentraler Entscheidung dabei verloren. Die Standards scheinen ein wesentlicher Punkt zu sein, um das voranbringen zu können.

Jetzt zur Breitbandstrategie, die Vorstellung ist ja, so war auch die Vergabe der Lizenzen, dass es die Auflage ist für die Lizenznehmer, die Schwerpunkte so zu setzen: Vorrang für die ländlichen Räume, dass sie nicht quasi nur die Rosinen haben, sondern auch die schwierigen Bereiche. Ich plädiere sehr dafür, dass man sich eine Technologieoffenheit bewahrt. Denn die Entwicklung geht so rasant voran – man

merkt es selbst beim Handhaben, dass man zunehmend – mir geht es jedenfalls so – die mobile Technik benutzt, nämlich den Laptop oder W-Lan unterwegs und weniger die Lösung mit Stecker, der zuhause in die Wand hineingesteckt wird. Deshalb empfehle ich sehr, sich eine Technologieoffenheit zu bewahren, auch die Satellitentechnik, die ganz andere Möglichkeiten eröffnet. Wenn man starr monistisch in einem Sektor, der rasante technologische Veränderungen mit sich bringt, festhält, kann man den nächsten Fehler machen. Deshalb werde ich keine heute sich ergebende überzeugende, auch Glasfaser, Technologie verabsolutieren. Ein Stück Offenheit ist sehr ratsam beim Sektor, dessen Entwicklung einem selbst schwer fällt, selbst als Technologieminister, noch überall à jour verfolgen zu können, weil es so viele, fast erdrückende Fortschritte gibt. Ende des Jahres haben wir erreicht, dass im Prinzip jeder Haushalt mit einem MBit, was nicht viel ist, erreichbar ist. Unsere bundesweite Breitbandstrategie ist 75 Prozent der Haushalte mit 50 MBit, also High-Speed-Internet, zu erreichen. Ich sage vorher, wir werden dies wahrscheinlich noch beschleunigen müssen, weil andere Länder wie Korea, China oder Japan schon längst auf 100 MBit hochgehen. Am Schluss wird es eine Frage der Qualität dessen sein, was man dabei umsetzen kann. Wir kämpfen für die vernünftige Ausstattung unserer Fonds, haben vielleicht auch das Glück, dass der österreichische Kommissar Herr Hahn, der dafür zuständig ist, in Österreich eine vergleichbare Einstellung und Struktur hat wie wir. Dies wäre, wenn jemand aus einer etwas fernerer Region dafür zuständig wäre, etwas schwerer zu vermitteln. Ich bin noch einmal mit ihm zusammengekommen und nehme den Eindruck mit, dass er eine vergleichbare Grundeinstellung hat. Es gibt ja ein Gesetz, nach dem Koalitionsvertrag, eine Kommission zur Gemeindefinanzreform. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, wenn man die kommunale Selbstverwaltung aufrechterhalten will und die Mischfinanzierung hat auch große Nachteile weil sie die Entscheidung darunter auch ein Stück lenkt. Wenn sie als Bürgermeisterin oder Bürgermeister vor der Alternative stehen, wenn ich die Straße ausbaue habe ich 85 Prozent Zuschuss, beim Kindergarten 50 % bei der Schule 15 wird nicht dass gemacht was objektiv betrachtet am nötigsten ist, sondern zuschussstrategisch das gemacht, wo man am meisten von der übergeordneten Gebietskörperschaft bekommt. Freibier macht durstig. Deshalb bin ich sehr dafür, dass man die Grundausstattung stabil macht. Im Grunde müssten wir die Finanzbeziehungen, weil die Gegensätze nicht nur Couleurfragen sind, so regeln, dass die Entscheidungsautonomie durch eigenständige Quellen erhöht wird. Ich persönlich habe große Sympathien dafür, dass das

örtliche Aufkommen mit örtlicher Entscheidungskompetenz zusammengeführt wird. Manchmal ist die Schweiz was die Strukturen betrifft etwas fortschrittlicher. Ich bin sehr dafür, dass man örtliche Entscheidungen trifft, dass man z.B. die Fragestellung so zuspitzt: Wollt ihr ein neues Badezentrum, die Konsequenz ist dann die Anhebung einer Steuer X oder Y, ja oder nein? Es ist besser die Frage mit der Konsequenz zu verbinden. Sonst ist die Gefahr groß, dass es zu Fehlentscheidungen kommt. Deshalb habe ich für die Schweizer Haltung persönlich viel Sympathie. Ich glaube das waren die wichtigsten Punkte die ich mir notiert habe. Insgesamt müssen wir die Kraft haben, zu zeigen, dass in Zeiten eines rasanten Strukturwandels, dezentrale Entscheidungsstrukturen die Fähigkeit haben zusammenzukommen. Alle politischen Kräfte, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, wollen die Umsteuerung in das Zeitalter der regenerativen Energien. Es gibt unterschiedliche Wege, unterschiedliche Konzepte. Aber ich werbe sehr bei Ihnen dafür, da dass alles nur gehen wird, wenn wir die Kraft haben, über Gemeinde und Landesgrenzen hinweg, einen Netzausbau mit hohem Tempo voranzubringen. Es fehlen heute aktuell in Deutschland bereits 3 600 Kilometer an Stromleitungen. Ich sage das ohne einen Vorwurf an diesen oder jenen, es gibt eine Reihe sehr konkreter Fälle, auch zwischen Ländern, gerade im Norden – Mecklenburg-Vorpommern – hat ein Land bis zur Grenze eines anderen Landes seine Leistungen ausgebaut. Dann geht es nicht weiter, da man offenbar keinen Weg findet für sich hinsichtlich der Ausgleichsmaßnahmen zu einigen. Wenn wir es ernst meinen - und ich meine es ernst - mit dem Umbau des Systems der Strukturen der Energieerzeugung, dann können wir dies nicht in dem bisherigen Tempo tun. Zurzeit dauert es ungefähr acht Jahre bis wir das Baurecht für die Leitungen haben, darauf folgt ein Jahr Bauzeit. Wenn wir nicht mit Tempo die Netze ausbauen wird die Umsteuerung in der Energiepolitik kaum gelingen. Ich habe deshalb Eckpunkte für einen Netzausbaubeschleunigungsgesetz öffentlich vorgelegt. Da müssen wir Verfahrensschritte reduzieren, Bürgerbeteiligung ja. Ich habe eine Netzplattform geschaffen, bei der wir mit den NGO's, also mit Bürgerschutzinitiativen und naturschutzverbänden in Dialog treten. Wir werden die Leitungen bauen können, das zeigten Stuttgart 21 und andere Fälle, wenn wir die Akzeptanz der Bevölkerung haben. Die werden wir nur bekommen, wenn wir gemeinsam dafür eintreten. Wenn wir die Netze nicht schaffen können wird unser Vorhaben nicht gelingen. Dann kann man die Energie aus den Windparks von der Nord- und Ostsee eben nicht nach Berlin bringen. Es muss auch einen europäischen Strommarkt geben. Es macht Sinn,

dass wir vorrangig die Photovoltaik dort installieren, wo mehr Sonne scheint. In Deutschland haben wir, wenn es gut läuft, 800 Sonnenstunden pro Jahr. In Südeuropa haben wir 3.000 Sonnenstunden. Der Wind weht meistens auf See, weniger wo Windschatten ist. Deshalb wäre es sinnvoll, Photovoltaik im Schwerpunkt dort zu haben, wo mehr Sonnenschein ist, und dass wir Windenergie im Schwerpunkt dort haben, wo der Wind stärker weht. Das ist einfach logisch und rational. Wir müssen die Kraft haben, egal wo wir politisch stehen, Subventionstatbestände bei der Photovoltaik – nach anfänglichen heftigen Diskussionen sehen das sogar viele Hersteller ein – abzubauen. Für mich ist der Netzausbau in der Energiepolitik der Schlüssel. Wenn man das nicht hinkriegt kann man das andere weitgehend vergessen. Deshalb fordert die Redlichkeit, deshalb missbrauche ich das jetzt das Forum um an Sie zu appellieren, mitzumachen damit wir es hinkriegen. Denn letzten Endes ist das Land wichtiger als unsere Parteien.

Der Vorsitzende: Ich darf mich auch bei Ihnen, Herr Bundesminister, für die Beantwortung der Fragen herzlich bedanken. Auf das Letzere gemünzt stelle ich aber fest: Strom braucht jeder, ob in Metropolregionen oder auf dem Land. Deshalb ist es wichtig an Strom heranzukommen. Sie haben insofern Recht, dass das Problem nur europaweit gelöst werden kann. Dies rundet den heutigen Vormittag noch ab. Am Nachmittag wird der Journalist Stefan Scheider die Regie übernehmen, um dann das ganze zu einem hervorragenden Ende zu führen, so dass Sie bereichert nach Hause fahren und alles anbringen können, was Ihnen auf den „Nägeln brennt“. Ich wünsche Ihnen einen guten Mittag und denjenigen die gesprochen haben noch mal ein herzliches Wort des Dankes.

1. Panel „Wirtschaft, Arbeitsplätze. Tourismus und Infrastruktur“

Moderator Scheider: Einen wunderschönen guten Mittag und herzlich willkommen zu unserer Diskussion, die jetzt hoffentlich dynamisch, lebendig wird, wo wir Tacheles reden. Wir hatten schon viele Inputs am Vormittag. Was tun wir, meine Damen und Herren? Wir suchen nach einem Navigationssystem, damit die Menschen wieder einen Platz auf dem Lande finden. Wir wollen jetzt in unserer Diskussion das Ziel eingeben in diesem Navigationssystem. Wo müssen wir überhaupt hin? Wir müssen auch definieren, auf welcher Route wir dorthin fahren. Welchen Weg nehmen wir? Zu

allererst müssen wir natürlich mal feststellen: Wo stehen wir? Darüber reden wir mit einem hochkarätigen Podium, das ich Ihnen jetzt kurz vorstellen darf, meine Damen und Herren. Zunächst einmal Doris Barnett. Sie ist regionalpolitische Sprecherin der SPD. Frau Barnett, vielleicht einen Leitsatz, ganz kurz. Nur einen Satz. Wo würden Sie als erstes anpacken, um eine bedrohte Region wiederzubeleben? Einen Satz.

Abge. Doris Barnett (SPD): Wir müssen die Regionen vor allem attraktiver machen für junge Familien.

Moderator Scheider: Schwerpunkt junge Familien, wo man zuallererst anpacken muss. Cornelia Behm von den GRÜNEN. Frau Behm, herzlich willkommen. Wo würden Sie denn zuallererst, bitte in einem Satz kurz, den Hebel ansetzen?

Abg. Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, das ist wichtig, dass die Menschen in den Regionen ihr Potenzial erkennen und damit kleine Kreisläufe wieder schließen.

Moderator Scheider: Dankeschön. Und ebenfalls aus dem Bundestag Andreas Lämmel. Er ist Obman der Unionsfraktion im Wirtschaftsausschuss des Bundestages. Herr Lämmel, herzlich willkommen. Was wäre so Ihr Punkt, wo Sie zuallererst angreifen würden?

Abg. Andreas Lämmel (CDU/CSU): Ich würde mir wahrscheinlich die regionalen Wirtschaftskreisläufe mal genauer angucken und nachschauen, wo ich diese stärken kann.

Moderator Scheider: Thema Wirtschaft. Landrat Bernhard Bramlage aus Leer ist zu uns gekommen. Herr Bramlage, herzlich willkommen. Sie sind sozusagen ein Mann

aus der Praxis, aus der Region. Wo würden Sie sagen, wäre der wichtigste Punkt, um eine Region zu stärken, zu beleben, vielleicht sogar wiederzubeleben?

Landrat Bernhard Bramlage (Leer, Vorsitzender der AG Peripherer Regionen):

Im Ergebnis würde ich mich neben dem generellen durchgängigen Bemühen um eine gute Infrastruktur vor allen Dingen um Aufgabenteilung einerseits in Kooperationen zwischen den öffentlichen Bereichen und der Wirtschaft kümmern und das verbinden mit Familienfreundlichkeit, weil davon der Zuzug junger Familien und damit auch letzten Endes das Fachkräftepotenzial abhängt.

Moderator Scheider: Da stecken schon ein paar Faktoren drin. Toni Hinterdobler ist der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz. Herr Hinterdobler, herzlich willkommen. Bei Ihnen gibt es auch einige Regionen, wo man etwas tun muss. Wo muss man zu allererst ansetzen? In einem Satz bitte.

Hauptgeschäftsführer Toni Hinterdobler (Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz): In einem Satz formuliert, es kam schon, aber noch einmal: Wir brauchen eine flächendeckende Breitbanderschließung für Handwerker, genauso wie für Freiberufler und Industriebetriebe.

Moderator Scheider: Dankeschön Herr Hinterdobler. Dann haben wir Prof. Axel Lorig vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz. Herr Professor, ich grüße Sie sehr herzlich. Wo liegt denn Ihr Ansatzpunkt?

Ministerialrat Prof. Axel Lorig (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz): Für die strukturschwachen ländlichen Räume müssen wir Visionen entwickeln und diese müssen in den Regionen selbst erarbeitet und vorangetrieben werden.

Moderator Scheider: Dankeschön. Dann haben wir den Wirtschaftsminister von Thüringen, Matthias Machnig. Herr Minister, herzlich willkommen bei uns. Wo wäre Ihr Hebel? Wo würden Sie zuerst anpacken?

Staatsminister Matthias Machnig (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Thüringen): Klare regionalpolitische Profile entwickeln und diese regionalpolitischen Profile mit den notwendigen Infrastrukturmaßnahmen unterstützen und auch sagen, was man nicht kann. Wer immer behauptet, er könne alles, der wird eben kein klares Profil herausbilden.

Moderator Scheider: Wir haben den stellvertretenden Ministerpräsident Jürgen Seidel aus Mecklenburg-Vorpommern hier. Herr Seidel, herzlich willkommen. Welchen Knopf würden Sie drücken? An welcher Schraube würden Sie drehen? Zuallererst.

Stellv. Ministerpräsident Jürgen Seidel (MdL, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern): Ich würde mich ein bisschen an meinen Vorgänger anschließen. Ich glaube, man muss die Potenziale, die in den Regionen stecken, mit den Menschen ehrlich besprechen und muss ganz klar sehen, was geht und was nicht geht. Das wird auch heißen, dass vielleicht nicht jede Region so zu entwickeln ist wie das vorhin so hier erzählt wurde. Ich muss mich glaube ich nicht kümmern um eine Region, die um industrielle Ballungsgebiete herum angesiedelt ist, das ist nicht das Thema, sondern die wirklichen ländlichen Regionen, die sind – glaube ich - die Schwierigkeit.

Moderator Scheider: Dankeschön. Und Prof. Dr. Herwig Birg haben wir heute Vormittag schon gehört. Ich würde ihn trotzdem gerne fragen. Wo würde er denn anpacken? Vielleicht sogar mit Blick auf die Demografie.

Prof. Dr. Herwig Birg: Vor dem Tun und Handeln würde ich das Analysieren und Aufklären setzen, wie breit die Aufklärung der Bevölkerung mit enger Kooperation durch die Medien ist. Damit meine ich auch Aufklärung der Medien, damit die Informationen überhaupt richtig weitergegeben werden können. Das ist für mich die Grundlage für alles Handeln, auch in der Politik.

Moderator Scheider: Jawohl. Da sind wir von den Medien dann wieder angesprochen. Jetzt haben wir unser Panel kennengelernt, meine Damen und Herren. Ich darf auch an Sie appellieren, hier mitzumachen. Ich habe mir zwar 500 Fragen für heute aufgeschrieben. Ich hoffe das höchstens fünf davon zum Einsatz kommen. Der Rest kommt von Ihnen. Ich denke, da hat sich auch vielleicht, oder ich hoffe, am Vormittag einiges angestaut, was jetzt rauskommt, raus muss und was wir hier alle zusammen diskutieren wollen. Frau Barnett, jetzt haben wir abgefragt, welcher der wichtigste Hebel ist und da kamen doch relativ unterschiedliche Aspekte. Erschwert das vielleicht sogar die Stärkung des ländlichen Raumes? Oder sehen Sie das als gute Vielfalt?

Abge. Doris Barnett (SPD): Ich sehe das eher so, dass man den Mehrwert des ländlichen Raumes erkennen muss und daraus dann seine Handlungen ableiten muss. Zum Beispiel wenn man sagt, ich erkenne, dass der ländliche Raum Vorteile hat, für junge Familien attraktiv ist, dann heißt das für mich, ich muss darauf achten, dass der ländliche Raum nicht nur ein attraktives Wohnungsangebot hat, sondern auch für junge Familien ein Freizeitangebot, ein Erholungsangebot hat, dass Familien dorthin ziehen und dort auch bleiben und dadurch sich auch Firmen stärker interessieren. Und ich muss mir klarmachen - es wurde vorhin im ersten Teil schon darauf hingewiesen - mit unseren neuen Technologien brauche ich nicht in der Stadt zu sitzen. Ich kann ganz dezentral im ganzen Land sitzen. Warum kann ich denn dann nicht auch Spezialitäten vor Ort ansiedeln bis hin zu neuen Schulen, neuen Schulformen, berufsbildende Schulen, also für Spezialisten. Das kann ich alles machen, aber es muss ineinander greifen. Das, was jetzt hier gesagt wurde, das passt alles zusammen. Wir arbeiten nicht erst seit gestern daran. Wir machen uns schon sehr lange Gedanken darüber und insoweit kann ich jetzt nicht erkennen, dass wir so un-

terschiedlich oder sehr auseinander sind in dem was wir wollen, sondern höchstens von verschiedenen Seiten aus das Problem angehen. Aber das Ziel ist dasselbe.

Moderator Scheider: Genau und das wollen wir mit dieser Podiumsdiskussion meine Damen und Herren, die sich übrigens in zwei Halbzeiten gliedert. Sie haben es im Programm vor sich liegen. Zunächst wollen wir ein bisschen das Koordinatensystem zeichnen oder das Ziel für unser Navigationssystem eingeben und in der zweiten Halbzeit, da geht es dann schon an die eingemachten Themen wie Breitband, wie ärztliche Versorgung, wie Bildung. Jetzt würde mich erst einmal von Ihnen interessieren, und da bitte ich einfach nur zur optischen Kontrolle um kurze Handmeldungen: Wer stammt denn von Ihnen aus einer bedrohten Region? Da müssen wir glaube ich keine Gegenprobe mehr machen. Ich hoffe, dass von allen, die gerade die Hand gehoben haben, dass Sie sich auch zwischendurch immer melden und eventuell eine Frage oder einen Kommentar abliefern. Herr Bramlage, Sie sind Landrat aus dem Landkreis Leer und wenn man sich da im Internet so ein bisschen umschaute, da schreiben Sie: „Es geht uns gut“. Sind Sie so ein Vorzeigelandkreis?

Landrat Bernhard Bramlage (Leer, Vorsitzender der AG Peripherer Regionen): Ich glaube nicht, dass wir ein Vorzeigelandkreis sind, was insgesamt die Wirtschaftskraft angeht, aber ich glaube, wir haben uns insgesamt in den letzten Jahren insofern ganz gut aufgestellt, dass wir inzwischen wissen, was wir tun müssen, dass wir dafür die richtigen Ansätze gefunden haben und dass wir dann auf bescheidenem Niveau glaube ich auch inzwischen nach und nach die Erfolge spüren. Ich glaube, dass sich die eben auch angesprochene gründliche Analyse ausgezahlt hat und dass wir auf der Basis auch solide Instrumente entwickelt haben. Das hört sich jetzt sehr allgemein an. Wenn gewünscht, kann ich das nachher ein wenig konkretisieren. Ich finde es gut, dass dieses Thema heute - das wollte ich nochmal sagen - verknüpft worden ist mit dem Thema „demografischer Wandel“, weil ich glaube, dass das für die peripheren, strukturschwachen ländlichen Regionen eine ganz zentrale Herausforderung werden wird und weil dadurch die ohnehin bestehenden Herausforderungen noch deutlich verstärkt werden. Das war einer der Punkte, die wir schon vor drei oder vier Jahren gesehen haben. Wir haben u. a. damals mit einer Auftaktveranstaltung mit

Herrn Prof. Birg das Thema „Gestaltung des demografischen Wandels“ in Angriff genommen und machen das inzwischen als Querschnittsaufgabe auch hauptamtlich besetzt.

Moderator Scheider: Aber wäre denn z. B. Ihr Erfolgsrezept, das Sie in Ihrem Landkreis betreiben, das Ihren Landkreis oder Ihre Region auch nach oben gebracht hat, übertragbar oder sehen Sie das nur regional bei Ihnen vor Ort in Aktion?

Landrat Bernhard Bramlage (Leer, Vorsitzender der AG Peripherer Regionen):

Ich glaube, dass man individuelle Lösungen suchen muss. Die Situation in einzelnen Regionen ist nicht unbedingt immer vergleichbar, die Ausgangsbasis ist unterschiedlich, die Herausforderung und die Potenziale sind auch unterschiedlich. Aber bestimmte Ansatzpunkte, glaube ich, sind allgemeingültig. Mit denen muss man sich auseinandersetzen. Dazu gehört sicherlich auch das offensive Angehen all der Dinge, die mit dem demografischen Wandel zusammenhängen, aber insbesondere auch die Frage: Wie kann man ohne nur ständig nach Fördermitteln zu rufen, aufgrund eigener Ideen und aus der Region heraus Konzepte entwickeln, wie man die Region besser aufstellt, besser voranbringt, vor allen Dingen, was ich für wichtig halte, Kooperation zusammenbekommt zwischen dem öffentlichen Bereich und der Wirtschaft, vielleicht auch Aufgabenteilungen in einer Region? Wir haben das bei uns gemacht in Gestalt der Wachstumsregion Ems-Achse, wo sich jeder Landkreis innerhalb der Region, die aus mehreren Landkreisen besteht, verantwortlich fühlt und auch Verantwortung übernommen hat für eine bestimmte Branche, in der er selbst am besten aufgestellt ist. Diesen erledigt er für die anderen mit. Das führt natürlich zu einer effektiven Aufgabenwahrnehmung. Man kann da auch mehr Einsatz einbringen, auch mal etwas mehr Geld einsetzen. Das führt auch zu einem Wir-Gefühl und auch zu einer gemeinsamen Konzeption und ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind und diese Ansage ist auch in der Wirtschaft angekommen. Aber das ist nur ein Beispiel.

Moderator Scheider: Das ist jetzt so ein Dreiklang, den ich da heraushöre. Zum einen ist es natürlich das Geld, das entscheidet, zum anderen aber auch die Kommunikation und die Ideen, die vielleicht in einer Region entstehen sollten, die man vielleicht hat. Prof. Lorig hat vorhin ein Zehn-Thesen-Papier verteilt, das Sie vielleicht schon kurz überflogen haben. Da ist von Wirtschaft, Herr Professor, relativ wenig drin. Es sind zehn Thesen zur Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland, aber beginnend mit These Nr. 1 „Veränderung beginnt im Kopf“. Heißt das, Herr Prof. Lorig, es ist gar nicht so sehr eine Geldfrage oder eine Frage der Fördertöpfe, in welchen Topf man da hineingreift? Beginnt das im Kopf?

Ministerialrat Prof. Axel Lorig (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz): Ich würde mal anders anfangen. Ich zitiere mal an dieser Stelle Gerlind Weber, eine Professorin aus Wien. Die hat folgendes gesagt: „Ich hätte, um diese Prozesse in strukturschwachen Räumen überhaupt analysieren zu können, lieber eine aussichtslose Situation. Da kann man harte Entscheidungen treffen.“ Bei einer heiklen Situation, wie wir sie heute diskutiert haben, da glauben immer noch viele an eine Chance der Besserung. Um überhaupt in die Diskussion hereinzukommen, da sind wir natürlich einig, geht es zunächst mal um Wirtschaft, Arbeitsplätze für Frauen, die niemals in den ländlichen Raum mehr gehen, wenn sie nicht auch einen Arbeitsplatz dort haben, und natürlich ein familiengerechtes Umfeld. Aber das ist vielleicht ein Prozess, um im Grunde genommen Firmen zu halten, um Gründungsprozesse zu begleiten. Den halte ich für unerlässlich. Um überhaupt aber im ländlichen Raum dem Leerfallen von Gebäuden entgegenwirken zu können, dem Wegfallen der gesamten Daseinsvorsorge und all diesen Facetten, muss die Veränderung im Kopf beginnen. In den strukturschwachen ländlichen Räumen da ist es schon fünf nach zwölf. Da geht es z. B. durchaus um, Herr Ahner, da muss ich an dieser Stelle mal etwas akzentuiert den Begriff Landwirtschaft nehmen, das ist auch Wirtschaft und Forstwirtschaft, das ist auch Wirtschaft, auch wenn es vielleicht nicht so viel Bruttosozialprodukt erzeugt. Aber es sind nicht verlagerbare Arbeitsplätze. Das heißt, wir müssen an diesen Facetten eine neue Besinnung festmachen für den ländlichen Raum. Was können wir denn wirklich dort halten? Was müssen wir dort auch retten und worauf bauen wir auf?

Moderator Scheider: Meine Damen und Herren, gibt es an dieser Stelle Fragen von Ihnen? Ja, da hinten bitte. Wenn Sie einfach ans Mikrofon gehen, es einschalten und sich ganz kurz vorstellen bitte.

Manfred Dietrich: Mein Name ist Manfred Dietrich. Ich bin in so einer Beispielregion Demografie in Bayern, Landkreis Tirschenreuth, Oberpfalz. Was ich merke, ist immer wieder so dieser Zwischenton. Wir haben es gerade vom Herrn Professor gehört - vielleicht habe ich es auch falsch verstanden - zwischen dem Thema ländlicher Raum und Landwirtschaft und ich glaube damit schießen wir zu kurz, auch in Verbindung mit der Forstwirtschaft. Auch da schießen wir zu kurz. Der ländliche Raum ist eine Mischform zwischen Landwirtschaft, Tourismus, Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe. Das macht das Ganze so spannend, weil es so vielfältig ist. Ein Ballungsraum hat meiner Meinung nach viel weniger Schnittstellen als der ländliche Raum und ich denke, wir sollten uns einfach mal dem Thema besinnen. Meine Überschrift für den ländlichen Raum lautet: Produktivität halten und ausbauen. Es kann auch sein, dass das ein Rückbau ist. Aber es geht um das Thema: Wie schaffe ich es, strukturschwächere ländliche Räume in die Zukunft zu führen und zu begleiten? Und ich habe immer wieder die Sorge - ob das jetzt ein Zukunftsrat ist oder oder wie sie alle heißen - dass dieser ländliche Raum im Prinzip so eine Art, Figur darstellt, die den ländlichen Raum an sich nur in Ausnahmefällen wirklich repräsentiert. Deswegen, Herr Professor, große Frage, Wirtschaft, wie sie sagen, das Denken fängt im Kopf an, ländlicher Raum, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe. Gerade das Dienstleistungsgewerbe ist ein Thema für die Frauen. Wir haben eine ganze Menge an Potenzial hier, gerade in den Ballungszentren und Callcentern, wie sie alle heißen. Ist es nicht vernünftig, Infrastruktur zu schaffen, die dem ländlichen Raum, nach dem Motto „Es ist eigentlich egal, wo ich arbeite“, eben genau diese Chance zu geben? Dankeschön.

Ministerialrat Prof. Axel Lorig (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz): Da sind wir natürlich nicht auseinander. Ich habe in Bayern vor wenigen Tagen auf der Bühne des Herrn Magil gestanden und

mit 330 Leuten über Prozesse dieser Art diskutiert. Bayern ist eben nicht der klassische Raum, den ich jetzt hier als strukturschwach in Deutschland sehen muss. Da ist noch vieles völlig problemlos zu lösen, genauso wie Sie es gesagt haben. Ich habe voller Begeisterung in Bayern kennengelernt, wie man alte, leerfallende Scheunen mit Gewerbebetrieben gefüllt hat, parallel dazu die Bauleitplanung, alles das hinbekommen hat, und von daher sind das natürlich Prozesse, die alle Hand in Hand bedient werden müssen. Ich könnte jetzt eine lange Liste machen und die ist heute Morgen aber schon gehalten worden. Wenn man alles zusammenfasst, was heute Morgen gesagt wurde, hinter dem ich hier stehe, von Wirtschaft bis zur sozialen Situation, zu Schulen, dualen Schulsystemen, auch im ländlichen Raum, Verknüpfen der Facharbeiterarbeitsplätze mit Fachhochschulen im ländlichen Raum, Modelle, die Baden-Württemberg vorlebt. Alles dies kann man natürlich als Modelle nehmen. Aber sie greifen dann nicht, wenn sie in den peripheren, und das steht heute als Thema, besonders strukturschwachen Räumen gehen, wo man im Grunde genommen dann die Häuser jetzt für einen Euro bekommt, um sie abschließend abzureißen. Ich zitiere ein Dorf aus dem Saarland. Das können Sie nachlesen bei Dieter Brill, der ein Buch drüber geschrieben hat. Deutsche Eiche, made in China. Ein Dorf mit 806 Häusern, davon 50 im Moment leer stehend. 350 potenziell leerstehend. Das heißt, sie haben in Kürze 400 Häuser die leer stehen. Da können sie mal überlegen, zu welcher Bank sie gehen, um da noch eine Hypothek aufzunehmen, die ihnen dann zwischen diesen Ruinen noch einen Euro gibt. Das sind die Probleme, über die wir jetzt hier reden für meine Begriffe, die auf uns zukommen und wo man jetzt schon eine Doppelstrategie braucht, wie heute Morgen schon hinreichend von mehreren gesagt wurde. Herr Ahner hat es gesagt, Herr Birg hat es gesagt. Wir müssen entgegenwirken und anpassen. Die meisten denken immer nur über entgegenwirken. Wir müssen aber auch anpassen.

Moderator Scheider: Dankeschön. Und eine Wortmeldung von Ihnen. Wenn Sie sich auch kurz vorstellen bitte.

Landrat Jürgen Schulz (Lüchow-Dannenberg, Nordostniedersachsen): Mein Name ist Jürgen Schulz. Ich bin Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg in

Nordostniedersachsen. Viele kennen uns möglicherweise nicht. Ich sage mal ein Stichwort: Standorterkundung Gorleben. Das kennen die meisten. Hier fallen so Stichworte wie: Veränderung beginnt im Kopf, eigene Kreativität usw. Dem stellen wir uns gerne und ich möchte jetzt nicht viele Beispiele aufzählen, welche wir auch in unserem Landkreis dazu leben, aber ich habe den Eindruck, dass wir davon ausgehen, dass bei den harten Standortfaktoren alle mittlerweile die gleichen Ausgangssituationen haben. Dazu möchte ich ein Beispiel über die kleine Kreisstadt Lüchow erzählen, möglicherweise die kleinste in Deutschland, aber das mag jetzt mal dahinstehen. Lüchow hat 75 km bis zum nächsten Autobahnanschluss. Lüchow ist die möglicherweise einzige Kreisstadt in Deutschland, die mit der Eisenbahn überhaupt nichts am Hut hat. Wir haben noch eine Eisenbahn, die führt in den Landkreis Lüchow-Dannenberg und zwar von Lüneburg nach Dannenberg, um einmal im Jahr die Castor-Behälter zu transportieren. Ich will jetzt nicht diese Gorleben-Diskussion hier führen. Nur ich denke mal, wenn wir denn davon reden, brauchen doch annähernd gleiche Lebensverhältnisse, hieß es vorhin, auch annähernd gleiche Infrastrukturen. Ich würde gerne den Bund einfordern wollen, dass er nicht nur privatisiert, z. B. die Bahnlinien, und sich anschließend ereifert, warum denn da keine Eisenbahn mehr fährt. Ich finde, dass wir hier unser aller Selbstverpflichtung brauchen, dass wir mindestens annähernd gleiche Voraussetzungen schaffen, gerade bei der Bahn-Infrastruktur. Die Eisenbahn sollte auch mal wieder dort fahren, wo die Menschen allein das nicht finanzieren könnten, also eine öffentliche Last, sozusagen, unser Republik. Da wäre ich sehr dankbar.

Moderator Scheider: Da Sie sagen, der Bund ist gefordert, richte ich die Antwort gleich an den Bundestag. Herr Lämmel, wollen Sie antworten?

Abg. Andreas Lämmel (CDU/CSU): Ich denke, der Herr Landrat hat da natürlich völlig Recht. Das Thema Infrastruktur ist uns auch sehr wichtig. Auch das kennen wir in Ostdeutschland sehr gut. Ich wollte nochmal darauf zu sprechen kommen, wie man jetzt so eine Entwicklung anpackt. Es gab mal die Förderung der regionalen Entwicklungskonzepte. Die regionalen Entwicklungskonzepte waren so aufgebaut, dass sich die Politik, die Verwaltung, die Gesellschaft, die Wirtschaft in einer be-

stimmten Region - ob das nun ein Landkreis ist oder ob das zwei oder drei Landkreise sind mag erst einmal dahingestellt sein - zusammensetzt und genau darüber nachdenkt: Was können wir hier bei uns machen? Wenn man sich darüber klar ist, muss man sich fragen: welche Voraussetzungen braucht man dazu? Wenn man sich auch darüber klar ist, welche Voraussetzungen man braucht, dann ist die Frage: Wie finanziert man das? Dann kommt man natürlich genau zu solchen Fragen. Das sehe ich genauso wie Sie, dass man dann natürlich die weiteren Partner, ob das nun der Bund oder die Europäische Union ist, mit ins Boot holen muss. Aber in den letzten Jahren - so ist meine Einschätzung - sind die regionalen Entwicklungskonzepte eben nicht in der Konsequenz weiter befördert worden, wie man sich das vorgestellt hatte und ich denke, man sollte das wieder verstärkt in den Blickpunkt nehmen, auch wenn es darum geht, europäische Förderung zu platzieren. Man muss vor Ort über diesen Prozess, die Ziele, Alleinstellungsmerkmale oder über die besonderen Stärken der Region diskutieren um sich dann die Partner zu suchen, die an diesem Werk mitarbeiten. Ich denke schon, dass es große Defizite in der Infrastruktur in Deutschland gibt. Das muss man berücksichtigen auch in den Plänen, die dadurch auf Bundesebene gemacht werden. Aber es gibt auch viele Dinge, die man regional organisieren kann, wenn man sich entsprechende Finanzquellen erschließen kann.

Moderator Scheider: Ich habe gerade gesehen, wie Herr Machnig heftig den Kopf geschüttelt hat und noch immer schüttelt.

Staatsminister Matthias Machnig (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Thüringen): Ich finde, wir müssen mal über die Wirklichkeiten reden. Die echte Wirklichkeit will ich mal wie folgt beschreiben: Aufgrund von unterschiedlichen Entwicklungen werden wir in den nächsten Jahren einen verstärkten Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte haben. Zweitens, wir werden weniger europäische Mittel haben. Ab 2014, ich bin ostdeutscher Minister, werden wir vielleicht nur noch 70 bis 80 Prozent der Mittel haben von der europäischen Ebene. Drittens, Demografie ist ein realer Faktor. An der Stelle will ich nur einen Satz sagen. Wir müssen aber auch aufpassen, dass wir das Demografiethema nicht zu keinem Ohnmachtsthema machen. Ein Ohnmachtsthema ist es dann, wenn ich jeden Tag erkläre, dass

wir in einer bestimmten Region aussterben. Dann entwickle ich keine Investitionsdynamik mehr. Das ist ein großes Problem. Jetzt will ich zwei, drei Punkte sagen, die mir wichtig sind. Erstens, wir brauchen mehr interregionale Kooperation. Das ist ein ganz entscheidender Punkt und wir müssen uns in den Regionen, die auch vor Strukturveränderungen stehen, auf eines konzentrieren: Auch in den Regionen, auch im ländlichen Raum gibt es Oberzentren. Wir müssen eine Konzentration und Entwicklung von Oberzentren entwickeln, auch im ländlichen Raum. Dazu brauchen wir eine interregionale Kooperation. Vielleicht kann ich mein Argument noch ausführen. Das zweite ist, wenn wir über Infrastrukturen reden, dann müssen wir auch darüber reden, dass wir die erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Ich will das Thema Breitband mal ansprechen. Ich warte immer darauf - ich habe das mehrfach gefordert - dass der Bund endlich mal die Länder einlädt, um mit ihnen darüber zu reden: Wie machen wir einen koordinierten Ausbau der Breitbandinfrastruktur zwischen Bund und Ländern? Ich halte das für eine zentrale Frage, weil, ich will es mal so sagen, jeder für sich alleine wurschtelt und wir ein koordiniertes Vorgehen bei diesem Thema brauchen. Dazu gehört dann, drittens, auch die Finanzierungsfragen zu klären. Ich sage mal, was ich in meinem Land mache. Wir haben die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz überzeichnet. Wir öffnen jetzt die EFRE und die GA-Mittel zur Finanzierung auch im Breitbandbereich. Ich habe nur ein Problem. Es gibt unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten. Ich kriege über die GAK 90 Prozent, über die GA und anderes weniger und die Kommunen sind häufig nicht in der Lage, die Kofinanzierung zu machen. Wir müssen mit dem Bund und den Ländern darüber reden, wie wir eine solche Kraftanstrengung zum Ausbau des Breitbandes so organisieren, dass die Kommunen überhaupt in die Lage versetzt werden, das zu tun. Dazu gehört dann auch ein Telekommunikationsgesetz, das nicht so sehr auf Wettbewerb setzt, obwohl Sie für Wettbewerb sind, sondern denjenigen, die auch in Infrastrukturen investieren können überhaupt die Chance gibt dabei genügend Geld zu verdienen, sodass sie überhaupt in den Ausbau der Breitbandinfrastruktur investieren können. Das Dritte ist, weil heute Morgen das Stichwort „erneuerbare Energien“ fiel: Wir brauchen endlich eine koordinierte Strategie, auch bei der Landesentwicklungsplanung, die den erneuerbaren Energien endlich Vorrang einräumt. Es ist doch absurd, dass wir 16 mal unterschiedliche Landesentwicklungspläne in den jeweiligen Ländern machen, statt - jetzt mit der Energiewende wird das vielleicht leichter - klare Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien festzulegen. Die

Kommunen verdienen heute 6,8 Mrd. Euro an den erneuerbaren Energien, 6,8 Mrd. Euro Einnahmen bundesweit und das ist gerade für ländlich strukturschwache Gebiete ein großes Thema. Darüber können sich dann auch neue, wovon ich vorhin gesprochen habe, Profile in den Regionen entwickeln. Mir geht es um eines: Wir brauchen mehr Mut zur Zusammenarbeit in den Regionen, aber auch zwischen Bund und Region. Das halte ich für die Schlüsselfrage, wenn wir bei dem schwierigen Thema vorankommen wollen.

Moderator Scheider: Besser vernetzen, besser zusammenschließen. Das war ein großer Katalog. Dankeschön Herr Machnig. Über Breitband und all die anderen Dinge, erneuerbare Energien, sprechen wir dann in der zweiten Halbzeit. Frau Behm, Sie hatten noch einen Kommentar.

Abge. Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte gerne nochmal auf Herrn Schulz aus Lüchow reagieren. Das ist lange Zeit - ich bin aus dem Land Brandenburg - die Vision von der Jobmaschine Straßenbau gepredigt worden. Wenn ich nur eine Straße, eine überregionale Straße habe, dann wird die Wirtschaft schon kommen. Das ist leider eine Illusion geblieben, aber ich glaube, da verhält es sich mit der Bahn ganz anders. Aus Brandenburg weiß ich, wie schmerzlich das ist, wenn Regionen die Flächenbahn vermissen, wenn die Bahn immer weiter zurückgefahren wird, das heißt, wenn sie in der Fläche nicht mehr vertreten ist. Es ist nicht nur so, dass mit der Bahn, im Gegensatz zum Auto über die Bundesstraßen und Autobahn, eben auch die Alten, die ganz Alten und auch die Jungen, die Kinder fahren können. Die können eben in die nächstgrößere Stadt fahren zur Schule, zur Weiterbildung, zum Einkauf, aber auch die Erwachsenen zum Job. Die Bahn hat über Jahre die Bahnhöfe katastrophal verfallen lassen. Jetzt verkauft sie im großen Stil die verfallenden Bahnhöfe und baut dafür irgendwelche Luxusbahnhöfe aus, wie jetzt die Diskussion um Stuttgart 21 auf die Spitze getrieben hat. Ich denke, da müssen wir eine Veränderung herbeiführen. Es gibt sehr positive Beispiele, im Übrigen auch im Land Brandenburg, wo die Kommunen den Bahnhof, den regionalen Bahnhof gekauft haben, und ihn zu einem Multifunktionszentrum ausgebaut haben. Da sind Geschäfte drin, da ist Service drin. Das ist ein Anlaufpunkt für Einheimische und für Touristen.

Wenn man solche Entwicklungen von Bundesseite, von Seiten der EU, von Seiten der Länder unterstützt, dann hat man für die strukturschwachen ländlichen Regionen durchaus etwas getan. Vielleicht noch zu der Breitbandgeschichte, die uns seit langem beschäftigt und die Europäische Union hat da sehr große Ziele vorgegeben, die ich auch richtig finde. Ich glaube nicht, dass das, was wir heute Vormittag vom Staatssekretär Müller gehört haben, so schnell in fünf Jahren umsetzbar ist. Uns muss es wirklich darum gehen, dass nicht nur 75, dass nicht nur 98 % der Kommunen angeschlossen sind, sondern dass wirklich jeder einen ausreichenden Breitbandanschluss hat. Aber was bemerken wir? Vielfach werden die Mittel, die der Bund über die verschiedenen Programme und auch die EU für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen, nicht abgerufen. Da sollten – glaube ich - die Länder und die Länderministerien mal überprüfen, wie zielführend denn ihre Förderrichtlinien sind. Denn wenn der Bürgermeister erst einen einstellen muss, der ihm den Förderantrag stellt, selbst wenn er die Eigenmittel, die er braucht, hat, dann schafft er das nicht und dann bleiben die Ortsteile eben nicht erschlossen. Ich glaube, da muss man sich auf allen Ebenen nochmal die Karten legen und muss das wirklich auch benutzerfreundlicher gestalten.

Moderator Scheider: Meine Damen und Herren, nutzen Sie diesen Moment. Wir haben ein Aufgabenheft zu füllen, um die ländlichen Problemregionen, die ländliche Region generell zu stärken. Nutzen Sie es. Stehen Sie auf und stellen Sie Ihre Forderungen. Da hinten der Herr z. B. Wenn Sie das nächste Mikrofon suchen und sich bitte ganz kurz vorstellen.

Stellv. Samtgemeindebürgermeister Claus-Dieter Reese (Gemeinde Bodenteich): Mein Name ist Claus-Dieter Reese. Ich bin stellvertretender Samtgemeindebürgermeister in Bodenteich, im Nachbarlandkreis von Herrn Schulz, Lüchow-Dannenberg, Landkreis Uelzen. Auch wir sind ein schwach strukturierter Landkreis und haben ähnliche Probleme und hinzu kommt dass Lüchow-Dannenberg, Uelzen, die angrenzende Altmark auch schwach strukturiert sind. Wir müssen aufpassen, dass man die einzelne, es wurde hier ausgeführt...die Förderpolitik bleibt den Ländern überlassen. Wenn wir aber insgesamt ein wirtschaftsschwaches Gebiet haben,

angrenzend an Sachsen-Anhalt, die Altmark ist auch wirtschaftsschwach, wenn man aber kein umfassendes Konzept hat, wenn also Niedersachsen dies fördert, Sachsen-Anhalt das, aber wir sind ein sehr schwaches Gebiet. Wir müssen es regional im ganzen Komplex im Zusammenhang angehen. Ich möchte Frau Behm widersprechen. Ein kleiner schnuckliger Bahnhof bringt in unserer Region überhaupt nichts. Wir sind der ärmste und unterste Landkreis der Metropolregion Hamburg. Wenn wir eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur haben, wir haben bis zur Kreisstadt eine funktionierende Eisenbahnverbindung, dann machen sie es dann in der Tat schlechter. Aber Eisenbahn alleine bringt das nicht. Die kleinen mittelständischen Unternehmen, die wir haben, sagen: Wir kriegen gar keine qualifizierten Arbeitsplätze, weil die nicht bereit sind, aus den Ballungsgebieten zu uns zu pendeln, wenn nicht eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur da ist. Wir könnten die verlängerte Werkbank der Metropolregion werden für kleine Zulieferbetriebe, wenn wir eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur hätten. Unsere Metallbaubetriebe, unsere Bauwirtschaft sagt, weil sie im Windschatten von Zulieferern entweder aus Hamburg oder Hannover liegen, müssen sie Aufschläge für die Materialanlieferung bezahlen, weil wir keine vernünftige Verkehrsinfrastruktur haben. Der kleine schnuckelige Bahnhof bringt uns gar nichts. Wir brauchen eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur und da denke ich A14, A39, ein Verkehrsprojekt der Deutschen Einheit. Sie sind aber zu langsam, die vernünftige Infrastruktur umzusetzen. Wenn wir das nicht schaffen und wir bemerken, im Landkreis Lüchow-Dannenberg, in der Altmark, im Landkreis Uelzen eine schleichende Enteignung von uns als Hauseigentümer, weil wir nicht mal mehr ein Drittel dessen kriegen, was unser Haus mal gekostet hat, weil wir keine vernünftigen qualifizierten Arbeitsplätze anbieten können.

Moderator Scheider: Erlauben Sie mir noch eine naive Nachfrage. Wenn Sie ganz kurz am Mikrofon stehenbleiben. Es gibt Beispiele für erfolgreiche Regionen. Schnuppert man da nicht mal in der anderen Region und schaut, was machen die anders oder haben die andere Voraussetzungen oder was ist deren Erfolgsrezept. Tauscht man sich da aus?

Claus-Dieter Reese (Stellv. Samtgemeindebürgermeister Bodenteich): Wir sind nicht so schlecht. Wir haben eine der leistungsfähigsten landwirtschaftlichen Unternehmen bei uns. Wir sind leistungsstark in der Landwirtschaft, auch in der nachgelagerten Veredelung. Da haben wir auch ein Cluster gebildet, aber das reicht alleine nicht aus. Das muss man sagen. Aber Sie haben das Stichwort angesprochen. Ich glaube, auf dem Gebiet der nachwachsenden Rohstoffe kommt der Landwirtschaft eine höhere Bedeutung zu. Wir saßen schon zusammen mit dem Fraktionsvorsitz im Landkreis, weil wir gesagt haben, wenn wir die Energiewende wollen, müssen wir natürlich dann auch wissen, dass wir das schnell umsetzen können. Aber die Instrumentarien dazu bereitzustellen, Landschaftsrahmenpläne, das dauert. Wenn wir das schnell umsetzen wollen, müssten wir auch da angreifen, sodass wir es schneller umsetzen können. An die Grünen nochmal, wenn wir die Energiewende umsetzen wollen, dann müssen wir auch die Unterstützung der Grünen vor Ort haben, damit wir endlich auch Windkraftanlagen vor Ort bauen können, damit wir Biogasanlagen bauen können. Gerade Ihren Fraktionen, werfen uns dann immer die Beine zwischen die Knüppel, dass wir es nicht umsetzen können. Und wie wollen Sie dann die Energiewende umsetzen?

Moderator Scheider: Das Farbenspiel hat schon wieder begonnen. Herr Hinterdobler wollte vorhin noch etwas sagen und dann Herr Seidel.

Hauptgeschäftsführer Toni Hinterdobler (Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz): Ich wollte gerne, Herr Minister Machnig, in Ihre Argumentationskette einen Einschub machen. Sie haben von den öffentlichen Haushalten gesprochen, die immer knapper ausgestattet sind. Ich glaube, wir müssen vor diesem Szenario nicht nur über das „Wie“ der Förderung des ländlichen Raumes, sondern insbesondere über das „Warum“ der Förderung des ländlichen Raumes sprechen. Wir müssen der Politik eine klare Botschaft geben. Warum lohnt es, den ländlichen Raum zu fördern? Das Szenario, vor dem wir stehen, ist nicht einfach. Die Politik muss entscheiden, konzentriere ich mich auf die Megacitys, so wie das andere Staaten in dieser Welt tun oder habe ich ein Leitbild von einem Deutschland, dass von ländlichen Räumen und den großen Zentren lebt? Die Antwort muss sein, dass es lohnt, in die ländlichen

Räume zu investieren. Dafür möchte ich jetzt einmal drei Punkte nennen. Aber jeder von uns ist aufgerufen, das zu ergänzen. Die deutsche Volkswirtschaft lebt davon, dass wir sehr feingliedrige Wertschöpfungsketten haben. Das heißt, die vielen Zulieferer, die gerade im ländlichen Raum sitzen, sind Garant dafür, dass wir diese Präzision, diese Innovation haben, dass wir das Verbesserungspotenzial der industriellen Produktion haben, dass wir den Forschern den Input geben, was der Markt wirklich braucht, wo man jetzt neue Akzente setzen muss, wo man hin muss. Wir haben die vielen Handwerker, die installieren, warten, zum Laufen bringen, dem Kunden das Ding so konfigurieren, damit er damit auch arbeiten kann. Das alles hat einen gigantischen Nährboden im ländlichen Raum und die Mittelständler, die Handwerker, die Freiberufler und die vielen findigen Köpfe sitzen zum großen Teil im ländlichen Raum und nutzen dieses Potenzial. Da bin ich beim zweiten Thema. Fachkräftepotenzial. Wir haben hervorragende Fachkräfte, die in einem zumeist vernünftigen sozialen Klima großwerden, die motiviert sind zu arbeiten, weil sie eine Nähe zu kleingewerblichen Strukturen, eine Nähe zur Landwirtschaft haben. Dort weiß man, was Arbeit bedeutet. Dort weiß man, was Leistung bedeutet. Dort gibt es Familien, die funktionieren und im ländlichen Raum, behaupte ich, fällt es leichter, Kinder großzuziehen, als das in Ballungszentren mit den knappen Möglichkeiten ist. Wenn ich es recht weiß, Prof. Dr. Birg, bitte korrigieren Sie mich, Ihr Mitarbeiter hat es letztes Mal bei der Veranstaltung in Deckendorf, wo der Landrat Bernreiter ein Regionalprojekt auf den Weg gebracht hat, deutlich gemacht: Die Geburtenrate der Frauen im geburtsfähigen Alter in ländlichen Räumen ist höher als in den Ballungszentren. Das heißt, es ist tatsächlich einfacher, hier Kinder zu bekommen und großzuziehen. Das können Sie so und anders verstehen, natürlich. Die frische Luft kommt dazu, das ist schon klar. Vielleicht noch ein drittes Thema. Eine Botschaft an die Politik. Warum ist es sinnvoll, die ländlichen Räume, ihre Potenziale zu nutzen, die da drin sind? Die Ballungszentren stoßen an Grenzen. Wir haben erhebliche soziale Probleme. Herr Ahner muss sich auch darum kümmern, leider Gottes sage ich jetzt, weil das zu Lasten unserer Fonds geht. Die Ballungszentren haben topografische Grenzen und wir haben das sehr deutlich gesehen an der Landkarte von Prof. Birg, die letzte. Da waren die Zentren eigentlich, die Stadt Berlin, die Stadt München, in den helleren Farben und der Speckgürtel war dunkel. Daran kann man ermessen, dass die Grenzen schon erreicht sind und dass die Ballungszentren platzen und expandieren müssen. Jetzt ist die Frage: Wollen wir eine ungeordnete Expansion in den Speckgürteln mit

mäßigen Lebensqualitäten oder wollen wir Potenziale in anderen Regionen, in den ländlichen Räumen nutzen und fördern, damit wir dann aufgrund dieser starken Basis in den ländlichen Räumen den Austausch zwischen Stadt und Land Hand in Hand fördern können?

Moderator Scheider: Wir haben jetzt einige Wortmeldungen hintereinander. Vielleicht zuerst Herr Seidel. Bitte.

Stellv. Ministerpräsident Jürgen Seidel (MdL, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern): Ich wollte nur nochmal darauf hinweisen, dass doch jetzt hier schon deutlich geworden ist, dass wir ganz unterschiedliche ländliche Räume in Deutschland haben. Es ist doch nicht eine homogene Veranstaltung, über die wir hier reden, sondern wir haben das, was um die eigentlichen Ballungszentren herumläuft, sagen wir mal, 30, 40, 50 Kilometer, ich sage es nochmal, da ist für mich die Welt in Ordnung. Da kann man darüber reden, ob man doch ein chinesisches Bad mehr oder weniger braucht oder was weiß ich. Aber das ist glaube ich nicht das Thema. Wir haben dann die ländlichen Räume, die an Entwicklungsachsen liegen. Auch dort muss man sagen, nach entsprechender Infrastrukturentwicklung gibt es Chancen, die muss man nutzen, die kann man ausbauen. Dann haben wir aber auch ländliche Räume, und wir haben im Osten unseres Landes so etwas, wo sie weder das eine noch das andere haben. Da müssen Sie sich mal vorstellen, da ist keine Post mehr, da ist kein Laden mehr, da ist kein Bahnhof, da ist keine funktionsfähige Straße sage ich mal so, keine größere Straße zumindest. Da ist es echt schwierig, dafür zu sorgen, dass Menschen Einkommenschancen haben. Heute Vormittag ist zurecht festgestellt worden, wenn die Einkommenschancen nicht da sind, wie soll denn ein junges Paar da leben, selbst wenn da schönere Luft ist. Da müssen wir uns schon Gedanken machen. Ich muss aber auch sagen, auch dort ändern sich Dinge manchmal sehr stark. Wir haben z. B. mit dem EU-Beitritt Polens jetzt plötzlich eine andere Situation, schon seit ein paar Jahren, als wir sie vorher hatten. Plötzlich sind die Gemeinden, die so im Einzugsbereich von Stettin liegen, viel spannender als vorher. Es kommen übrigens auch Polen, die jetzt in solchen Gemeinden wohnen, weil die Wohnungen in Stettin zum Teil teurer sind als jetzt viel-

leicht eine einfache Plattenwohnung auf so einem Dorf. Ich will sagen, da gibt es Chancen, aber ich glaube, das Instrumentarium muss eigentlich jedes Mal etwas anders aussehen. Was sicherlich stimmt, das ist die interkommunale Zusammenarbeit, die regionale Zusammenarbeit. Das stimmt immer. Infrastrukturentwicklung stimmt immer, aber welche Infrastruktur, was man tun muss, das wird man in der jeweiligen Region wirklich konkret ermitteln müssen. Deswegen bin ich dafür, ein differenzierten Blick zu haben.

Moderator Scheider: Herr Seidel. Müssen wir jedes Dorf retten? Jedes?

Stellv. Ministerpräsident Jürgen Seidel (MdL, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern): Das ist am Ende auch ein Ergebnis - manchmal kann es brutal werden - einer Betrachtung. Man muss sich fragen, das stimmt, ob jede Gemeinde auf Dauer wirklich eine Zukunft haben wird. Das ist aber genau der Punkt, vor dem Herr Birg zu Recht heute Vormittag gesprochen hat. Das mag nun kein Politiker aussprechen. Insofern kann ich nur sagen, die Frage muss man im Moment noch ein bisschen offen halten.

Moderator Scheider: Wir haben verstanden. Ganz kurz Frau Barnett und dann haben wir zwei Wortmeldungen hier im Süd- und Nordflügel.

Abge. Doris Barnett (SPD): Weil vorhin so viel darauf hingewiesen worden ist an die Anbindung zur Infrastruktur, Bahninfrastruktur, möchte ich darauf hinweisen, dass vom Bund den Ländern Mittel zur Verfügung gestellt werden, eben um die Infrastruktur hier voranzutreiben und da darf ich jetzt auch mal für Rheinland-Pfalz sagen: Rheinland-Pfalz hat es geschafft, den sogenannten Rheinland-Pfalz-Tag zu installieren und sie kommen von fast jedem kleinen Dorf, haben sie ein Anschlussrecht, also im halb Stunden- oder Stundentakt, auf die Hauptstrecken und kommen da voran. Sie können sich gar nicht vorstellen, was das bedeutet, wie viele Autos jetzt stehen bleiben, wie groß jetzt der Zuwachs an Bahnkunden ist. Das merken wir dramatisch.

Wir können die S-Bahn ausbauen, das ist natürlich gut in der Rheinebene, ist eine feine Sache. Aber wir machen es auch in der Hinterpfalz, wobei ich sagen will: Da gehen wir auch deswegen dran in Rheinland-Pfalz, weil wir auch erkannt haben, dass wir selbst im prosperierenden Westen Regionen haben, die strukturschwach sind. Auch da müssen wir ran. Vielleicht noch eine politische Sache. Wir haben Ihnen unseren Antrag verteilt, die Investitionszulage läuft demnächst aus. Das war Geld, das praktisch nur in den Osten geflossen ist. Da müssen wir uns hier im Bund überlegen: Sollen wir das Geld jetzt einfach einsparen oder wäre jetzt nicht die Chance gegeben, hier das alles nochmal neu zu überlegen und tatsächlich sich Pläne zusammen mit den Ländern zu machen? Wie kriegen wir das Geld jetzt sinnvoll wieder in die Regionen, um das ein oder andere zu finanzieren, was wir bisher zurückstellen mussten?

Moderator Scheider: Dankeschön. Dann haben wir eine Wortmeldung dort hinten, von der Dame. Wer Sie sind und woher kommen Sie?

Karola Hunstock (Vorsitzende Verwaltungsgemeinschaft Mihla, Westthüringen): Mein Name ist Hunstock. Ich komme von der Verwaltungsgemeinschaft Mihla in Westthüringen. Ich möchte nochmal auf den Herrn Machnig zurückkommen zum Thema Breitband, weil heute schon einige Sätze gefallen sind, die ich einfach so nicht stehenlassen kann. Zunächst einmal Frau Behm, wir sind als Bürgermeister oder Verwaltungsgemeinschaften nicht zu dumm, Fördermittelanträge auszufüllen, auch nicht für Breitband. Das kriegen wir schon hin. Aber wenn heute schon mehrmals gesagt worden ist, dass so und so viel Prozent der Fördermittel nicht abgerufen werden, dann liegt es zum Großteil auch daran, dass die Richtlinien einfach an der Lebensrealität total vorbeigehen. Sowohl der Wirtschaftsminister als auch der Herr Staatssekretär Müller haben heute gesagt, dass wir mindestens, um einigermaßen zukunftsfähig zu sein, 50 MBit brauchen. In unseren Richtlinien stehen aber zwei MBit drin. Es regt mich schon auf einzig und allein, dass wir uns als Gemeinde mit der Breitbandförderung überhaupt auseinandersetzen müssen. Das ist eigentlich Daseinsvorsorge und es ist Aufgabe des Bundes bzw. der Länder, die großen Netzbetreiber mit entsprechenden Maßnahmen dazu zu zwingen, dass sie auch diesen

Ausbau durchführen und nicht solche Schlupflöcher offen lässt wie diese Pseudotechnologie mit LTE. LTE ist kein echtes Breitband. Es gibt, denke ich mal, in unseren Landesverwaltungen Leute, die über diese Fördermittelvergaben entscheiden, die rein nach verwaltungstechnischen Dingen vorgehen und überprüfen, ob das mit der Richtlinie konform ist, die sich aber zu wenig mit der technischen Seite auskennen. Wenn LTE kein Breitband ist, und das ist es nicht, es ist einfach eine Mobilfunkfrequenz, die hierfür freigegeben worden ist, und die die theoretische Möglichkeit bietet, dass der Endkunde zwei MBit Übertragungsrate empfangen kann. Die theoretische Möglichkeit besteht vielleicht Donnerstag Nacht, früh um zwei Uhr, wenn Sie der einzige sind, der gerade ins Internet will. Aber Samstag Nachmittag, wenn es regnet und noch 15 andere wollen ins Internet, dann geht es nicht, weil es ein Shared-Value-Angebot ist. Das heißt, diese zwei MBit Bandbreite teilen sich die Anzahl der Leute, die gerade ins Internet gehen wollen auf und dann kommt bei Ihnen am Ende nichts mehr an. Zu unserer Verwaltungsgemeinschaft gehören einige Gemeinden, die tatsächlich diese weißen Flecken sind und wir kämpfen seit über zwei Jahren um eine Förderung für den Breitbandausbau. Ich rede hier ganz konkret über 75.000 Euro, die wir einfach nicht kriegen können. Dann hatten wir endlich die Zusage, dass wir es machen können. In der Zwischenzeit war die Firma, die das Angebot gemacht hat, pleite gegangen. Da ging es wieder nicht und jetzt kommt natürlich noch diese Verordnung die sagt: Da wo LTE verfügbar ist, da seid ihr nicht mehr förderfähig, weil ihr zwei MB kriegen könnt, aber wir haben gerade gehört, dass wir mindestens 50 brauchen. Mit welchem Recht kriegen wir gesagt, ihr beantragt hier ein vierspurige Schnellstraße. Die kriegt ihr nicht. Ihr habt jemanden, der baut euch ein Radweg. Das muss euch reichen. So geht es einfach nicht.

Moderator Scheider: Das Thema Breitband haben wir zwar für die zweite Halbzeit vorgesehen, aber das war so dynamisch vorgetragen jetzt, dass ich gerne jetzt ihr Statement kurz einschieben möchte. Wir haben heute Vormittag schon gehört, Breitband gehört inzwischen zur Infrastruktur wie Flüsse, Straßen, zum alltäglichen Leben.

Ministerialrat Prof. Dr. Axel Lorig (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz): Breitbandversorgung ist mit Wasserversorgung.

Moderator Scheider: Genau. Wollen Sie vielleicht noch ein Antwort?

Ministerialrat Prof. Dr. Axel Lorig (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz): Ich wollte jetzt nicht zu der Breitbandversorgung, ich wollte aber zur Investitionszulage etwas sagen. Wir brauchen dringend eine Möglichkeit, um auf die ganzen leerfallenden Dörfer reagieren zu können. Wir brauchen für die Kernzentren dieser Dörfer einen Förderansatz. Darüber muss man nachdenken, sonst wird man die Dörfer nur noch abreißen können.

Moderator Scheider: Gut. Dann ganz kurz noch zum Thema Breitband .

Staatsminister Matthias Machnig (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Thüringen): Ich bin für den Beitrag sehr dankbar, weil wir in der Tat haben eine ganz schwierige Situation haben. Ich würde mal sagen, die Zahlen aus Thüringen, ich habe sie im Kopf: Bis zu einem MBit 93 % Abdeckung, der Rest soll über LTE gemacht werden. Bis 15 MBit liegen wir in Thüringen bei unter 40 %. Jetzt will ich nicht darüber reden, ob ich 50 MB brauche für jede Anwendung. Darüber kann man lange streiten. Wir brauchen auf jeden Fall mehr als zwei MB. Jetzt sage ich das Dritte, eine Debatte darüber zu führen, dass wir flächendeckend Glasfaser haben, geht an den Realitäten vorbei. Das wird es in Deutschland nicht geben in den nächsten Jahren. Das muss man so nüchtern sagen. Aber was wir brauchen, jetzt komme ich nochmal zu meinem Punkt: Wir brauchen eine Abstimmung zwischen Bund und Ländern, wie wir auf dem Themenfeld vorgehen. Zweitens, wir brauchen auch rechtliche Rahmenbedingungen, etwa für die Deutsche Telekom, um mal einen zu sagen, damit die überhaupt Deckungsbeiträge erwirtschaften können in den nächsten Jahren, um in die Infrastrukturen zu investieren. Das können die unter den obwaltenden Bedingungen des Telekommunikationsgesetzes nur zu einem gewissen Punkt. Drittens, wir brauchen eine Förderung, wir brauchen eine Öffnung der Förderung. Nicht

nur die Gemeinschaftsaufgabe, sondern EFRE GA, da brauchen wir aber mit dem Bund eine gemeinsame Lösung, dass ich dann auch gleiche Fördersätze zahlen kann. Bei dem einen kriege ich 90 %, bei dem anderen weniger. Viertens. Ich weiß, LTE ist nicht die Zaubерlösung, aber wir brauchen auch LTE-Infrastrukturen in den nächsten Jahren, damit es überhaupt eine Basisversorgung sozusagen wirklich gibt. Was mich wirklich nervt in der Diskussion, das will ich auch so deutlich sagen, die Bandbreiten werden nach oben geschraubt von Woche zu Woche. Manche reden schon über 100 MB. Wir brauchen eine Basisversorgung und zwar flächendeckend, das sage ich auch mit großem Nachdruck, die zumindest in der Größenordnung 10 bis 15 MB liegt, damit Unternehmen auch im ländlichen Raum überhaupt aktionsfähig sind und wir in der Lage sind, auch andere Möglichkeiten im Gesundheitssektor usw. für diesen Bereich zu entwickeln. Das wäre die Voraussetzung. Ich finde, dazu brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung. Ich will es nochmal sagen. Der Bund muss endlich mal auf die Länder zukommen, um über diese Fragen auch wirklich koordiniert zu reden.

Moderator Scheider: Herr Machnig, im Grunde ist es eine Kraftanstrengung von allen, von den Bürgern, von der Politik, von der Wirtschaft. Ganz kurz noch Herr Lämmel.

Abg. Andreas Lämmel (CDU/CSU): Bei allem Respekt zu dem gesagten hier, auch Frau Bürgermeisterin. Wenn Sie sagen, LTE ist Pseudointernet. Ich glaube, da ist das technische Verständnis vielleicht nicht überall so vorhanden. Wir müssen aber was klarstellen. Wir sind in Deutschland in einer einmaligen Lage, durch die Versteigerung der Frequenzen im 800 Megahertzbereich, das Thema LTE, flächendeckend die weißen Flecken zu versorgen. Das ist ein riesen Fortschritt gegenüber dem, was in anderen Ländern gemacht worden ist. Das muss man nochmal ganz klar sagen. Hier haben der Bund und die Länder hervorragend zusammengearbeitet, denn die Rundfunkhoheit liegt bei den Ländern und hier hat man sich relativ schnell geeinigt, sozusagen diese Frequenzen bereitzustellen. Nun wollen wir doch mal diese Konferenz in einem halben Jahr wiederholen. Im Moment arbeiten alle Mobilfunkanbieter mit Hochdruck daran, diese LTE-Technik flächendeckend auf die weißen Flecken zu

bringen. Das ist nämlich die Voraussetzung, die damals in die Lizenzen geschrieben wurde. Erst weiße Flecken und dann später, wenn die weißen Flecken abgedeckt sind, dann in die Städte. Nun kann man darüber diskutieren, ob das nun „Shared Medium“ ist oder ob das nun gleichwertig ist dem Glasfaseranschluss. Das werden wir sehen, wie die Technik läuft und wir werden uns mit Ihnen unterhalten. Wenn die 5.000 Masten, die im Moment in Vorbereitung sind, angestellt sind, wenn also die Technik funktioniert, werden wir darüber reden können, wie viel Breitband wirklich beim Nutzer ankommen. Punkt eins.

Moderator Scheider: Herr Lämmel, und wir reden ohnehin im zweiten Panel auch noch mehr und noch viel tiefergehend darüber. Bitte kommen langsam zum Ende

Abg. Andreas Lämmel (CDU/CSU): Ich wollte bloß sagen, der Herr Machnig schiebt das alles durch die Bundesebene. Es gibt natürlich viele Dinge, die man berücksichtigen muss. Wir brauchen eine Technologieoffenheit. Es gibt Satellitentechnik, es gibt Lösungen, die heutzutage schon gemacht werden, wo sich Siedlungen selbst helfen, wo sich Unternehmen selbst helfen. Man muss schon mal alle Modelle, die da sind, sich angucken, Best-Practise-Beispiele entsprechend publizieren, damit wir gemeinsam, und jetzt sage ich es nochmal, die Länder, die Gemeinden, der Bund, die private Wirtschaft, die es letztendlich leisten muss, damit wir gemeinsam in wirklich absehbarer Zeit diese Breitbandversorgung in Deutschland hinkriegen. Ich glaube, da helfen Schuldzuweisungen überhaupt nicht, sondern hier hilft es nur, gemeinsam anzupacken.

Karola Hunstock (Vorsitzende Verwaltungsgemeinschaft Mihla, Westthüringen): Nur ganz kurz einen Satz zum technischen Verständnis Herr Lämmel. Bevor ich VG-Vorsitzende wurde, habe ich einen ordentlichen Beruf gelernt. Ich bin Diplomingenieur für Mikrowellentechnik. Danke.

Abg. Andreas Lämmel (CDU/CSU): Das ist zwar sehr ehrenwert. Ich bin genauso Diplomingenieur, also nichts anderes als Sie, ein ehrenwerter Beruf. Das hat aber nichts damit zu tun, dass ich trotzdem davon überzeugt bin, dass die LTE-Technik in Deutschland bei der Breitband-Versorgung großen Fortschritt bringen wird.

Moderator Scheider: Leute, Ihr sollt nicht streiten, sondern zusammen am Tau in eine Richtung ziehen. Wir hatten eine Wortmeldung dort hinten. Bitte der Herr.

Landrat Peer Giesecke (Landkreis Teltow-Fläming, Brandenburg): Peer Giesecke, Landrat Landkreis Teltow-Fläming, Brandenburg. Im Süden an Berlin angrenzend, der Norden strukturstark, der Süden weniger als 20 Einwohner pro km². Ich denke, dass ich da auch mitreden kann. Es tut mir Leid, aber ich muss nochmal etwas zum Breitband sagen.

Moderator Scheider: Können wir das vielleicht auf später verschieben, ins zweite Panel.

Peer Giesecke (Landrat Teltow-Fläming, Brandenburg): Nun habe ich mal das Wort. Lassen Sie mal. Es sind nur zwei Sätze. Ich mache das kurz.

Moderator Scheider: Haben Sie vielleicht noch ein anderes Statement?

Peer Giesecke (Landrat Teltow-Fläming, Brandenburg): Ich will nämlich noch ein ganz wichtigen Aspekt sagen, der überhaupt noch nicht gefallen ist. Das ist nämlich die Bindefrist von Fördermitteln. Ich kann im Moment nur jedem abraten, Fördermittel für Breitband zu beantragen. Wir machen das auch nicht und zwar, weil dann nämlich eine Entscheidung gefallen ist, außer, große Ausnahme, Leerrohrförderung. Kann ich nur unterstreichen. Wer dafür Fördermittel kriegt, sofort machen. Wir wuss-

ten vor fünf Jahren noch nicht, welche Technologien heute aktuell sind. Wie wollen wir wissen was in fünf Jahren ist? Sie kriegen aber, wenn Sie Fördermittel beantragen, um augenscheinlich ein Übergangsmedium zu schaffen, wenn ich höre Glasfaser in den nächsten fünf Jahren, dann brauchen wir dafür eine Übergangslösung. Wenn wir uns die fördern lassen, dann fällt Glasfaser für uns aus. Es ist dann jetzt eine endgültige Entscheidung, also zu sehen, entweder Leerrohrförderung, dass man dann die Leerrohre ausschreibt und dann jemanden findet, der bereit ist, da Glasfaser reinzulegen. Auf keinen Fall irgendwelche Zwischenlösungen mit Fördermitteln. Da braucht man sich natürlich, auch wenn das so ist und so bleibt, dass so langfristige Fördermittelbindung dranbleiben, nicht zu wundern, dass die Fördermittel nicht abfließen.

Moderator Scheider: Da werden wir im zweiten Panel eine Antwort drauf geben. Jetzt nochmal zurück zu unserer Grundstruktur. Hier steht im Programm drin, das Panel „Wirtschaft, Arbeitsplätze, Tourismus und Infrastruktur“ und wir haben etwas über Fördermittel gehört. Wir haben über Breitband auch schon ein bisschen was gehört. Wir haben auch gehört, dass es den Ballungszentren mit Speckgürtel an sich ganz gut geht, aber was machen wir mit den übrigen Regionen, denen es relativ schlecht geht? Die Frage ist im Grunde: Wer soll da zuerst hin? Die Fima oder die Bürger? Wie beleben wir so eine Region? Was wäre denn der erste Schritt? Wer möchte denn darauf antworten? Herr Lorig.

Ministerialrat Prof. Dr. Axel Lorig (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz): Ich will schon nochmal die zehn Thesen, die hier ein System beinhalten, Ihnen darstellen, mit ganz wenigen Worten. Wir setzen zunächst viel zu viel auf Aktionismus und versuchen mit wenigen Aktionen, die natürlich durch Prozesse angeregt werden, die über Leader und alle Prozesse kommen. Wir versuchen innovative Sachen zu machen, vielfältig, aber meines Erachtens brauchen wir zuerst mal ein Programm. Programm heißt, wir brauchen eine sorgfältige Bestandsanalyse in den Bereichen um die es geht. Da sage ich auch mal ganz platt, wir werden auch keine Gemeinde plattmachen oder verlassen, denn die Menschen, die dort leben, die werden das selbst entscheiden. Wir haben immerhin

noch Eigentum und Rechte und die Politik wird, außer in Notfällen, keine Regionen räumen. Das heißt also, wir werden im Grunde genommen die Innovationen, die in diesen Regionen geboren werden, unterstützen wollen und auch müssen. Das bedeutet, dass wir für diese Regionen Fahnenträger brauchen, die mit den Ideen vorangehen, die das auch authentisch vorleben. Das sind natürlich vielfach die Bürgermeister, die dort sind. Das sind die Gemeinderäte. Das sind die anderen Aktiven. Wir sollten dabei auch sehen, dass diese Räume sich immer über die Prozesse, die dort abgelaufen sind, stabilisiert haben, ob das die Heimatpflege, ob das Musik ist, ob das die Kinderausbildung ist, die immer anders abgelaufen ist. Da ist diese asiatische Sichtweise, dass man in vielen kleinen Orten vieles bewegen kann und auch sehr viel Kreativität miteinbringt. Das bedeutet aber, dass man dort überall begreifen muss, dass dieser Wandel vollzogen werden muss, dass man im Grunde genommen etwas tun muss, dass man handeln muss. Ich wehre ich mich dagegen, dass man versucht, das gesundzubeten. Man muss in diesen Regionen begreifen, dass man handeln muss und man muss daher auch die politischen Programme so stricken, dass sie diese Prozesse begleiten. Wir brauchen also keine Aktionen, die einfach...und ich bin ein Verfechter des Breitbands. Wir haben aus Rheinland-Pfalz seinerzeit den Brief an Herr Seehofer geschrieben, er möge die Breitbandförderung auflegen. Ich habe den selbst mitverfasst. Von daher weiß ich, was wir eingefordert haben. Aber Breitband ist nicht alles. Wir müssen alle diese Facetten begleiten, denn wenn Sie auch nur eine der Facetten nicht richtig behandeln und das ist ein sehr breites Feld, was wir heute gesehen haben, dann ist das so ähnlich wie ein Gendefekt für diesen Raum und Sie müssen im Grunde genommen das ganzheitlich angehen. In diesem ganzheitlichen Prozess sind Wirtschaft und Familie für mich die zwei Existenzprobleme, die Sie lösen müssen. Wenn Sie keine Familien im ländlichen Raum haben, dann brauchen Sie sich nicht mehr drum zu kümmern. Dann tritt alles genauso ein, wie es heute schon dargestellt worden ist. Das setzt sich dann nur noch in einer Abwärtsspirale fort. Sie brauchen für diesen Prozess eine kritische Masse. Diese kritische Masse - ob das jetzt die Dörfer im ländlichen Raum sind, die sie herauspräparieren, über die Sie die Zentren legen, ob Sie das System der zentralen Orte weiterentwickeln, das ist letztlich egal - muss so groß sein. Sie brauchen diese kritische Masse vor Ort. Ob Sie das dann so nennen, dass es kommunale Zusammenarbeit ist, damit noch eine Fußballmannschaft besteht, oder ob die Aktionen im Ort sind, das ist ziemlich egal. Sie brauchen dazu auch eine kritische Masse an In-

strumenten. Die Instrumente, die Sie über die GAK, über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, betreuen, sind genau die Instrumente, die greifen, ergänzt um LEADER. Das muss alles gebündelt werden mit EFRE und DSF. Sie müssen im Grunde genommen aus einer Hand für diesen Raum handeln können. Vielen Dank.

Moderator Scheider: Frau Behm, wollen Sie noch antworten an der Stelle?

Abge. Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir reden hier über strukturschwache ländliche Räume und ich stehe, wie Sie wahrscheinlich alle immer noch, unter dem Eindruck der Vorträge am Vormittag und dieser Karten, die uns gezeigt wurden von Herrn Prof. Birg und auch Herr Ahner hat sie verbal gemalt, diese Karten, auf denen deutlich zu erkennen war, dass in der Zukunft die Schere zwischen schrumpfenden und wachsenden Regionen immer weiter aufgeht. Ich glaube, wir brauchen tatsächlich diese Stabilisierungspolitik, um diese Schere eben nicht weiter aufgehen zu lassen. Wo setzt man da an, in strukturschwachen ländlichen Regionen? An den Landnutzern, an den hauptsächlichen Landnutzern. Das heißt bei denen, die das Land bewirtschaften, also Agrarprodukte herstellen oder die Wald haben und den Wald verarbeiten oder die Flächen haben, um da Windkraftanlagen draufzusetzen. Dann sage ich Ihnen, Herr Reese war es glaube ich, es sind nicht nur die Grünen, die vor Ort Windkraftanlagen verhindern oder PV-Anlagen auf Ackerflächen. Das geht bunt durch die Republik und ich glaube, bei diesen Planungen muss man die Leute mitnehmen und ihnen erklären, wie notwendig das ist und dann muss man es so landschaftsverträglich wie möglich machen. Aber was wir fördern, was wir unterstützen müssen, ist die Verarbeitung dieser Produkte, dieser Agrarprodukte, dieses Holzes, die hochwertige Verarbeitung, um die Wertschöpfung in der Region zu lassen und da kann dann auch die Infrastruktur im ländlichen Raum durchaus sein für den Bau von Windkraftanlagen, von PV-Anlagen. Was wir unterstützen müssen, ist die Vermarktung von Regionalprodukten. Wir brauchen wirklich ein ehrliches Siegel mit gesetzlich festgeschriebenen Kriterien für Regionalprodukte, um sie wirklich hochpreisig vermarkten zu können, wenn sie dann im ländlichen Raum verarbeitet worden sind. Prämienprodukte, die kann man dann auch überregional sehr gut ver-

markten. Um das alles hinzukriegen, hat die Politik eine Menge Aufgaben. Das heißt, gerade für kleine und mittelständische Unternehmen förderliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen. Das heißt, sie müssen einfacher an Kredite herankommen. Sie müssen eine Gründungsunterstützung bekommen und es muss auch möglich sein, mal zu scheitern und wieder neu anzufangen. Forschung und Entwicklung muss unterstützt werden. Alle diese Dinge können wir tun, wenn wir unsere Förderlandschaft optimieren, wenn wir wirklich, wie es Herr Ahner heute Vormittag gesagt hat, nicht mehr sektoral fördern, sondern wenn wir die unterschiedlichen Förderinstrumente ineinandergreifen lassen. Aber, wie gesagt, Ausgangspunkt ist immer das regionale Potenzial vor Ort.

Moderator Scheider: Herr Prof. Birg war mehrfach angesprochen in den letzten Minuten. Hier kommt seine Antwort.

Prof. Dr. Herwig Birg: Ich stelle mir immer gerne den Kongress in 20 Jahren vor oder noch lieber in 40 Jahren, was dann das Thema sein wird. Sicher ist, dass in 20 und 40 Jahren die Bevölkerungsschrumpfung weitergegangen sein wird. Das ist deshalb sicher, weil die Frauen gar nicht geboren worden sind, die mehr Kinder haben sollten, könnten oder müssten, damit das alles nicht passiert, was hier besprochen wird. Das ist mal sicher. Es wurde schon daran erinnert, dass die Geburtenrate nicht überall gleich hoch ist. In den ländlichen Gebieten ist sie höher als in den Ballungsräumen. Aber, das war früher doch etwas anders. Früher war sie etwa doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Heute ist das ziemlich nivelliert. In den ländlichen Gebieten ist die Geburtenrate, wenn es hochkommt, 1,6 Kinder pro Frau, aber im Bundesdurchschnitt 1,4. Das ist nicht soviel mehr. Man muss sich also fragen, wenn man längerfristig denkt - ich bin zwar schon sehr alt, aber denke trotzdem ein bisschen weiter, weil ich sehe, dass es noch Kinder und Enkel gibt und an deren Lebenssituation manchmal zu denken, ist doch eigentlich angebracht - ob neben den vielen furchtbar wichtigen Detailaufgaben, die heute besprochen worden sind, und die sicher, wie das der deutschen Gründlichkeit entspricht, exzellent gelöst werden in Zukunft, ob da nicht auch ein paar Gedanken daran verschwendet werden sollen, wie wir diesen jahrzehntelangen Abwärtstrend dann mal stoppen wollen. Also die

Frage aufwerfen: Wie kriegen wir die Geburtenrate wieder auf ein bestandserhaltendes Niveau? Das ist eine schwierige Aufgabe, nicht in wenigen Jahrzehnten zu lösen. Es reicht nicht, dass jetzt die Eltern, die Kinder haben könnten, mehr Kinder haben, sondern deren Kinder müssten ihrerseits dann auch wieder mehr Kinder haben. Das ist also eine Aufgabe über Generationen hinweg. Die stellt sich niemand in diesem Land. Merkwürdigerweise ist das aber in Frankreich z. B. ganz anders. In Frankreich weiß man schon genau, wann die Bevölkerungszahl Frankreichs, die jetzt noch 20 Mio. niedriger ist als in Deutschland, dann höher ist als in Deutschland. Man rechnet mit diesem Datum und plant auf dieses Datum hin und nimmt das als gesichert an. Also, die Frage, wie wir wieder zu stabileren Verhältnissen kommen, die bewegt mich. Da habe ich nur eine Aussage dazu zu machen. Wenn wir das überhaupt mal wieder schaffen würden, dann geht die Trendwende von den ländlichen Regionen aus und nicht von den Ballungsräumen und Städten, wenn überhaupt, dann von den ländlichen Regionen. Und umso wichtiger ist es, dass die Menschen, die dort Verantwortung tragen, sich dessen bewusst sind. Wenn Sie das aufgeben und sagen, wir sind zufrieden, wenn wir jetzt unsere Infrastruktur hinkriegen und noch ein paar Familien anlocken können, indem wir Baugrundstücke kostenlos vergeben und Kindergärten gebührenfrei einrichten, wird das nicht klappen.

Moderator Scheider: Das ist doch ein Lichtblick am Horizont. Die Rettung der Alterspyramide geht möglicherweise vom ländlichen Raum aus. Eine allerletzte Wortmeldung für dieses Diskussionspanel von dem Herrn bitte.

Dennis Gutgesell (Beigeordneter und Stellvertreter des Landrates, Uecker-Randow): Dennis Gutgesell ist meine Name. Ich bin Beigeordneter und stellvertretender Landrat im Landkreis Uecker-Randow im äußersten Nordosten von Mecklenburg-Vorpommern, komme also aus einer dieser sehr schwierigen Regionen, möchte aber dazu auch sagen, dass wir keine Region sind, die einfach nur die Hände in den Schoß legt und abwartet, dass wir irgendwann abgewickelt werden, sondern da gibt es schon einige Bewegung. Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit unserem Nachbarlandkreis Ostvorpommern eine regionale Entwicklungs- und Stabilisierungsinitiative, Stettiner Haff, aufgelegt, wo wir in moderierten Prozessen mit

Bürgern, mit Unternehmen, mit Interessierten daran gearbeitet haben: Was können wir in Zukunft tun? Wie kommen wir sozusagen aus unserer Situation heraus? Wir haben uns drei Schwerpunkte ausgesucht. Einmal das Thema wirtschaftliche Entwicklung, dann das Thema Bildung in der Region und das dritte Thema Daseinsvorsorge, was sich wiederum in Mobilität, Ärzteversorgung usw. auffächert. Da ist also sehr viel in Bewegung, auch wenn die Ausgangslage natürlich schwierig ist. Wenn Sie uns wirklich helfen wollen, dann denke ich, muss man solche Prozesse weiter befördern, muss sie auch mit Expertisen unterstützen und muss nebenher flankierend uns von den sozialen Lasten ein Stück weit befreien, denn wir sind eine Region. Der Landkreis hat derzeit noch 0,9 % des Haushaltes im freiwilligen Bereich. Der Rest ist staatliche Aufgabe und selbst die schaffen wir nicht mehr mit unseren Finanzen. Das heißt, wir machen jedes Jahr strukturelle Defizite. Die Kassenkredite häufen sich und so kann es einfach nicht weiter gehen. Wir erwirtschaften unsere Eigenanteile an den sozialen Lasten einfach nicht mehr. Das heißt, die Steuerkraft ist zu gering in der Region. Auch bei den Kommunen, also bei den Gemeinden, sieht es nicht besser aus. Wir haben nur noch einen kleinen Teil, die einen ausgeglichenen Haushalt darstellen können. Das heißt, hier brauchen wir unbedingt Abhilfe. Was mich ein Stück weit auch ärgert, ist, wenn wir uns die Karten anschauen, dann zeichnet man Deutschland immer sehr scharf an den Grenzen, obwohl wir nun schon eine ganze Weile in Europa leben. Polen gehört zur EU. Jetzt kommt ab Mai die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Minister Seidel hat es gesagt, mittlerweile wohnen 1 200 polnische Bürger im Landkreis Uecker-Randow und historisch gesehen gehörten wir immer zum Umland von Stettin. Ich denke, dass wird es auch in Zukunft sein. Stettin und das Umland haben etwa zehn mal so viele Einwohner wie unser Landkreis und wenn nur geringe Anteil bei uns siedeln, dann gibt es da schon eine ganz vernünftige Entwicklung. Der Anfang ist gemacht. Ich denke, auch da gehören die Studien an dieser Stelle überarbeitet, sodass man auch mal die Grenzregion genauer betrachtet. Jetzt möchte ich gerne auf Prof. Birg zurückkommen, denn die Frage bewegt mich als junger Kommunalpolitiker auch sehr. Wie soll das eigentlich alles weitergehen? Denn immer nur Pflaster kleben und anpassen auf das was da kommt, ist das eine, das muss man sicherlich auch tun, aber auf der anderen Seite ist doch die Frage: Wie steuert man um, ohne Unsummen Geld in die Hand nehmen zu müssen? Denn die hat keiner. Der Kostendruck bei den öffentlichen Kassen ist sehr groß. Ich frage mich einfach, wenn also der Fehler gemacht ist, dass man sagt, Rente bekommt man

dann, wenn man ein Leben lang gut eingezahlt hat, aber die Kinder spielen keine Rolle: Warum korrigiert man das nicht? Meine Frage an die Bundestagsabgeordneten: Warum koppelt man nicht die Rente ganz einfach an die Kinderzahlen, wenn ich eben zwei Kinder habe, habe ich einen Faktor mal eins. Wenn ich nur ein Kind habe, ist eben der Faktor 0,75 und bei keinem Kind 0,5. Nach oben kann man das auch nochmal staffeln. Damit einfach jedem Bürger deutlich wird, ich muss nicht nur arbeiten und einzahlen in die Kasse, sondern ich muss auch Kinder haben, damit das System in Zukunft noch funktioniert. Ich finde, da muss man nicht mehr Geld in die Hand nehmen. Man muss nur den Mut haben, das zu tun. Wenn wir das nicht tun, dann sehe ich unsere sozialen Systeme wirklich in 20, 30 Jahren in einer völligen Schiefelage. Ich glaube nicht, dass diese halten werden. Danke.

Moderator Scheider: Vielen herzlichen Dank. Sie haben uns sehr eindrucksvoll geschildert, dass man als Kommunalpolitiker sehr viele Steuerräder zu bedienen hat und wir versuchen hier mit diesem allerersten Kongress mal da eine Richtung zu finden. Frau Barnett, aber Sie sind angesprochen.

Abge. Doris Barnett (SPD): Als Bundestagsabgeordnete, -abgeordneter muss man sehr viele Dinge immer gleichzeitig im Auge behalten. Da unterscheidet sich nichts, außer bei den Nullen. Also hinter der Zahl meine ich. Das ist der einzige Unterschied. Aber was Sie gesagt haben bezüglich der Kinder und der Rentenversicherung. Da haben wir in den letzten Jahren doch schon etliches unternommen, dass nämlich eben Kinder entsprechend in der Altersvorsorge der Frau zumindest wesentlich stärker zu Buche schlägt als das bisher der Fall ist, sodass die Steuerfinanzierdaten tatsächlich einen anderen Faktor bekommen. Das kann man weiter ausbauen, wenn man will, wenn es Konsens gibt. Das muss man halt auch Geld dafür in die Hand nehmen. Es hängt letztendlich immer nur am Geld, nicht unbedingt am Willen, sondern am Geld, dass man eben nur einmal ausgeben kann. Da gebe ich Ihnen mit Sicherheit Recht. Nochmal zu den ländlichen Räumen. Wir dürfen eines nicht vergessen. Auch wenn wir jetzt über die ländlichen Räume reden. Deutschland ist ein Industrieland. Ich möchte es als Industrieland behalten und ich will, dass unsere ländlichen Räume dazu beitragen, dass wir ein starkes Industrieland bleiben. Dort

sind die Zulieferer, dort sind die Ideen, die innovativen kleinen Firmen und wir haben alles zu unternehmen, um dies weiter voranzubringen. Ich behaupte einfach mal, wenn wir Deutschland nicht als Zugmaschine bestehen lassen, dann hat auch Europa Probleme. Die anderen Regionen in Europa, gucken Sie sich mal Frankreich an oder selbst England, die sich selbst deindustrialisiert haben. Da können Sie noch so viel regionale Programme auflegen. Die kommen da nicht allzu schnell weiter und deswegen auch die Forderung hier jetzt von mir. Bei den ländlichen Räumen dürfen wir nicht nur an die scheckige Kuh denken und die Hühner, die frei rumrennen und die gute Luft, die wir haben, sondern wir müssen auch daran denken, dass in den ländlichen Räumen was erzeugt werden kann, was genutzt werden kann, z. B. wenn ich an erneuerbare Energien, an nachwachsende Rohstoffe denke, dann darf ich auch mal an Biotechnologie denken und auch daran denken, was da möglich ist und nicht von vornherein immer sagen, ‚Nein, kommt nicht in Frage‘, sondern dann müssen wir auch mal offen, also ganz ehrlich über Potenziale reden und nicht nur uns da gegenseitig versichern, ‚Jaja, reden wir mal darüber‘. Wir müssen es dann auch gefälligst machen.

Moderator Scheider: Auch Sie haben gezeigt, es gibt viele Ebenen im Gesamtblick darauf und natürlich auch viele konkrete Aspekte, die wir jetzt in der zweiten Halbzeit diskutieren wollen. Ich darf mich erst einmal sehr herzlich bei unserem Panel Nummer 1 bedanken, bei den Damen und Herren. Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben. Ich hoffe, Sie bleiben noch ein bisschen sitzen und lauschen noch ein wenig, denn, meine Damen und Herren, wir gehen jetzt wirklich in die Region raus und schauen uns mal um, wie es da aussieht und diskutieren und reden darüber mit unserem zweiten Panel, das ich jetzt auf die Bühne bitten darf.

2. Panel „ Daseinsvorsorge im ländlichen Bereich“ (ärztliche Versorgung, Breitbandversorgung, Bildung etc.)

Moderator Scheider: Dankeschön, Frau Barnett. Auch Sie haben gezeigt, es gibt viele Ebenen im Gesamtblick darauf und natürlich auch viele konkrete Aspekte, die

wir jetzt in der zweiten Halbzeit diskutieren wollen. Ich darf mich erst einmal sehr herzlich bei unserem Panel Nr.1 bedanken – bei den Damen und Herren: Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben. Ich hoffe Sie bleiben noch ein bisschen sitzen und lauschen noch ein wenig, denn, meine Damen und Herren, wir gehen jetzt wirklich in die Region hinaus und schauen uns mal um, wie es da aussieht, diskutieren und reden darüber mit unserem zweiten Panel, das ich jetzt auf die Bühne bitten darf. Zum einen haben wir Claudia Bögel aus dem Bundestag von der FDP. Sie ist regionalpolitische Sprecherin. Wir haben Ulla Lötzer von der LINKEN, stellvertretende Fraktionschefin. Albert Rupprecht, er ist bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion. Und ich begrüße sehr herzlich den Generalsekretär des deutschen Bauernverbandes Dr. Helmut Born, den Staatsminister Dr. Marcel Huber, den Vorstandsvorsitzenden der kassenärztlichen Vereinigung Dr. Andreas Köhler, den Landrat Dr. Tassilo Lenk aus dem Vogtlandkreis und den Staatssekretär Dr. Michael Schneider aus Sachsen-Anhalt.

Meine Damen und Herren, ein sehr herzliches Willkommen hier in unserer zweiten Halbzeit. Auch an Sie die Frage: Wir stehen jetzt in der ländlichen Region, wir stehen jetzt wirklich draußen in den Landkreisen in den Dörfern, die möglicherweise bedroht sind, eines Tages zu Geisterdörfern zu werden. Was ist denn der Mangel Nummer 1, den Sie dort beobachten? Vielleicht Frau Bögel, dass Sie gleich anfangen!

Abge. Claudia Bögel (FDP): Der Mangel Nummer 1 ist in meinen Augen auf jeden Fall die Infrastruktur. Man sieht es in den ländlichen Regionen oberhalb meines Wahlkreises. Ich denke an das Ostfriesland. Als dort die A31 noch nicht den Lückenschluss hatte, war sie entsprechend unterbelegt mit Unternehmen, die sich dort nicht ansiedelten, weil auch die Infrastruktur nicht vorhanden war. Und wenn ich von Infrastruktur spreche, spreche ich nicht nur vom Straßenbau, so wie er jetzt dort mit der A31 stattgefunden hat. Die Unternehmen haben sich dort zusammengeschlossen und jedes Unternehmen hat seinen Zoll dafür gezahlt, dass die A31 geschlossen wurde und dass nun auch die LKWs und der Transport der Güter dort stattfinden kann. Ich spreche nicht nur von den Straßen, sondern auch von der Infrastruktur der schnellen Netze. Das heißt, wir dürfen nicht nur an Straßenbau denken, wir müssen auch an das Internet denken, wir müssen an die Stromnetze denken und dergleichen

mehr – wir müssen dafür sorgen, dass dort tatsächlich Infrastruktur in die ländlichen Räume kommt. Auch bei den neuen Bundesländern fehlt es häufig noch – da müssen wir dringend dafür sorgen.

Moderator Scheider: Sie knüpfen im Grunde wunderbar an die erste Runde an. Da fielen diese Stichworte auch schon. Da wollen wir jetzt auch anpacken und anknüpfen. Frau Lötzer, was ist denn in einem Satz für Sie der Mangel Nummer 1?

Abge. Ulla Lötzer (DIE LINKE.): Dann knüpfe ich da an und ergänze in Richtung öffentlicher Infrastruktur. Wir brauchen eine gute öffentliche Infrastruktur von der Bildung über die ärztliche Versorgung, die das Leben in den ländlichen Kommunen von jung bis alt lebenswert macht. Dazu brauchen wir, das hat die ganze Diskussion sehr stark gezeigt, regionalspezifische Konzepte unter Einbeziehung der Akteure vor Ort in Regionalentwicklungen, weil kein strukturschwaches Gebiet wie das andere ist. Das wurde in der ganzen Diskussion sehr deutlich.

Moderator Scheider: Also Sie meinen es gibt gar nicht diesen Masterplan, diese Erfolgsformel?

Abge. Ulla Lötzer (DIE LINKE): Es gibt nicht den Masterplan, sondern der Masterplan ist vielleicht starke lokale Akteure einzubeziehen, die aus der Region heraus Entwicklungskonzepte entwickeln, um dort Zusammenarbeit, interkommunale Zusammenarbeit, intraregionale Zusammenarbeit zu fördern. Daraus entstehen die Konzepte für die Entwicklung vor Ort.

Moderator Scheider: Albert Rupprecht begrüße ich auch sehr herzlich bei uns. Was ist für Sie so der Mangel Nummer 1, wo Sie sofort sagen würden: Da muss man doch sofort was tun?

Abg. Albert Rupprecht (CDU/CSU): Kinder, Kinder, Kinder.

Moderator Scheider: Verstehe.

Abg. Albert Rupprecht (CDU/CSU): Ich glaube, dass man in den meisten ländlichen Regionen in den letzten 20 bis 30 Jahren trotzdem die Kraft entwickelt hat, Perspektiven für den Raum zu erarbeiten, eine Vielzahl an Instrumenten, Möglichkeiten. Aber die wirklich dramatische Änderung, die historisch bedeutende Änderung, ist auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Und das heißt, dass für die nächsten 20 bis 30 Jahre sozusagen die Solidarität zwischen Zentren und ländlichen Regionen neu ausverhandelt werden muss, verursacht durch die demografische Entwicklung. Ich verdeutliche es nur an einem Anwendungsbereich: Arbeitsplätze. Wir haben in vielen ländlichen Regionen im letzten Jahrzehnt erlebt, dass zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden waren. Wir haben aber einen dramatischen Wandel in diesem Bereich. Wir werden in Zukunft mehr Ausbildungsplätze als Ausbildungswillige haben. Das heißt, die jungen Menschen, die Kinder, die Jugendlichen können durchaus in diesen Regionen wohnen bleiben, wenn sie denn wollen. Und die Frage ist, ob die ländlichen Räume bei diesem Wettbewerb um Jugendliche, um Kinder, um Ausbildungswillige, dort punkten. Das heißt, dass das Ausbildungsangebot, die Qualifizierung noch stärker in die ländlichen Räume wandern muss, damit die Jugendlichen dort ausgebildet werden, weil wenn sie dort ausgebildet werden, bleiben sie auch meistens dort.

Moderator Scheider: Herr Dr. Helmut Born vom deutschen Bauernverband - wir haben heute schon viel über Landwirtschaft gehört. Siedeln Sie auch den allerersten und allergrößten Mangel an in dem Bereich an?

Generalsekretär Dr. Helmut Born: Den allergrößten, da will ich mich mal nicht festlegen. Wir haben im Moment ein Problem nicht genehmigter Bauvorhaben. Für einige Regionen ist das heftig, bb das die nachwachsenden Rohstoffe, Biogasanlagen,

die Tierhaltung oder die Stelle angeht. Wir haben ja heute morgen – ich habe nur den letzten Teil mitverfolgen können – erlebt, diese altehrwürdige Land- und Forstwirtschaft mit dem ganzen Cluster, was da drum herum hängt wie die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche. Diese Branche ist wieder da. Sie entwickelt sich positiv – auch von den Arbeitnehmerzahlen her. Und das ist für den ländlichen Raum ein Signal. Wer verfolgt, wie heftig gestritten wird über die Kraftstoffproduktion, über die Landwirtschaft, über das Für und Wider der Größe von Biogasanlagen, der erlebt, dass da eine Branche ist, sowohl bei Nahrungsmitteln - das ist und bleibt unser Haupttätigkeitsfeld - aber auch bei nachwachsenden Rohstoffen und Energie, bei der wir einen guten Teil der positiven Entwicklung in den ländlichen Raum bringen können. Ich frag mich, wenn jetzt Atommeiler abgeschaltet werden, wer denn dann? Wenn nicht die fossile Seite ziehen kann, weil die Klimagase uns daran hindern, dann bleibt der Wind, dann bleibt die Fotovoltaik, dann bleibt Wasser und die Biomasse. Und gerade bei letzterem sind wir heftig dabei, so dass die Stimmungslage in unserem Bereich gegenwärtig aus tiefen Strukturwandelprozessen heraus sehr positiv ist. Und wenn wir am Ende, Herr Rupprecht, dann das Thema Kinder klären müssen aus dieser positiven Stimmungslage heraus für den ländlichen Raum, ist die Land- und Forstwirtschaft nach wie vor ein wesentlicher Bereich, dass da vielleicht ein Schub kommen kann, um den Dreh in den ländlichen Raum hinzubekommen.

Moderator Scheider: Da werden wir auch gleich nochmal vertiefend darüber reden. Marcel Huber, Ihr Mangel Nummer 1? Sie sitzen natürlich in einem Ballungsraum und haben die Mängel vermutlich nicht so vor Augen?

MdL Dr. Macel Huber: Ich habe die große Freude in München arbeiten zu dürfen, was sicherlich ein schöner Ballungsraum ist, aber wohnen tue ich wirklich auf dem Lande – unweit der österreichischen Grenze. Ich weiß, was ein ländlicher Raum ist. Aus diesem Grund kann ich mit dieser Frage schlecht umgehen, weil wir heute über ein multifaktorielles Geschehen sprechen, das man keinesfalls eindimensional auf einen Hauptmangel reduzieren kann. Ganz im Gegenteil. Die Frage ist ja eigentlich ganz einfach: Wann wollen Menschen im ländlichem Raum wohnen bleiben und ziehen nicht weg? Wenn sie die Ausbildung gemacht haben, an der Uni waren, was

kann sie dazu veranlassen, dort wieder zurückzugehen wo sie herkommen? Und die Antwort lautet: Wenn die Bedingungen stimmen, dass es interessant ist für sie dort eine Familie zu gründen. Und da muss leider nicht nur ein Faktor erfüllt sein, sondern da müssen ganz viele Faktoren erfüllt sein. Ich habe vorhin schon ein bisschen gelauscht in dem ersten Panel: der Arbeitsplatz ist entscheidend. Die gute Luft und die schöne Aussicht reicht nicht, wenn ich dort keine adäquaten hochwertigen Arbeitsplätze finde und andersrum, wenn ich eine Firma habe, die sagt, sie wolle dort hingehen und dann dort keine hochqualifizierten Leute bekommt, dann hilft das dieser Firma auch nicht. Das heißt, wir müssen sowohl Anreize setzen, um entsprechende hochwertige Arbeitsplätze in den ländlichen Raum zu bringen. Das ist entscheidend, um Leute in den ländlichen Raum zu bringen. Da gibt es in Bayern schöne Beispiele dafür. Und wir müssen uns darum kümmern, dass die weichen Standortfaktoren stimmen, denn nur dann sind entsprechende hochwertige Arbeitskräfte auch bereit, dort zu wohnen. Und, weil ich gerade so viel von Landwirtschaft gehört habe - zu diesem Metier habe ich ein besonders intensives Verhältnis: Das ist eine der Entwicklungsmöglichkeiten. Aber es gibt gerade in Bayern auch sehr viele Beispiele, wo es im ländlichen Raum Industrie gibt. Feinchemie zum Beispiel. Das Chemiedreieck in Altötting, Burghausen, Mühldorf, das soviel gar nicht kennen, hat 25 000 Arbeitskräfte im chemischen Bereich. Das ist ungefähr so groß wie Leverkusen. Das ist ländlicher Raum! Das Letzte ist die Ermöglichung der Globalisierung in der digitalen Welt, dass ich weder Straße noch Schiene brauche, sondern bloß eine ordentliche Datenanbindung und ich kann im letzten Kuhdorf draußen eine Weltfirma betreiben, wenn ich über die Datenautobahn entsprechend angehängt bin und das ist ein Potential, das der ländliche Raum bietet.

Moderator Scheider: Dann Dr. Andreas Köhler von der kassenärztlichen Bundesvereinigung. Können Sie auch einen wichtigsten Mangel entdecken? Vielleicht sogar aus Ihrem Fachgebiet?

Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler: Ich würde gerne außerhalb meines Fachgebietes sagen, dass es für mich ein ganz entscheidender Mangel ist, dass wir den demografischen Wandel nicht als Chance verstehen. In meinem Fachgebiet –

ich bitte jetzt um Verzeihung, wenn ich provoziere – ist es noch nicht erkannt, dass eine funktionierende wohnortnahe ambulante ärztliche Versorgung einen entscheidenden wirtschaftspolitischen Standortfaktor darstellt. Denn wenn Sie ‚Kinder Kinder‘ sagen, dann sag ich Ihnen heute ‚Ärzte Ärzte‘ die man auf dem Lande dazu bringen muss, die Kindervorsorgeuntersuchung durchzuführen.

Moderator Scheider: Da werden wir auch gleich vertiefend darüber sprechen. Dann haben wir den Landrat Dr. Tassilo Lenk aus dem Vogtlandkreis.

Landrat Dr. Tassilo Lenk: Ich komme aus Sachsen aus dem Vier Länder Rahmen mit Thüringen, Sachsen, Bayern und Tschechien. Was ist das Wichtigste aus meiner – aus ostdeutscher Sicht – überhaupt in Deutschland? Wirtschaft, Arbeitsmarkt, qualifizierte Arbeitskräfte. Wo Arbeit ist, ist sozialer Friede und wo sozialer Friede ist, werden auch Kinder gemacht. Ich glaube, dass wir uns auf nicht nur die Folgen der Demografie einzustellen haben - wir gehen immer diesen hinterher und passen an - sondern wir müssen uns viel intensiver damit beschäftigen, was essentiell getan werden, um sie abzumildern. Da gibt es sicherlich 25 verschiedene wichtige Themen: Der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt ist eines. Der kleine Mittelstand, die qualifizierten Arbeitsplätze. Diese 70 % Wirtschaftsstrukturen in Deutschland sind in den ländlichen Räumen, sind nicht die global Player, sind die selbstfinanzierenden in die Risiken hineingehenden Familienbetriebe. Die sind draußen, die brauchen Förderung, die brauchen Innovation, die brauchen weiter Begleitung, Arbeitsplatzsicherung, Arbeitsplatzschaffung. Ich will das jetzt kurz machen, weil sich das Wichtigste anbahnt. Natürlich ist die medizinische Versorgung ein KO-Kriterium der Zukunft: der Arzt in der Fläche oder wir alle aus der Fläche hinaus. Wenn Sie weit reisen müssen, um eine Grundversorgung zu bekommen, ziehen Sie dort hin, wo die Grundversorgung wie Kindergärten und Grundschulen existiert. Wir haben in Ostdeutschland 95 % Versorgungsgrad in Hort und Kindergärten im Bildungsgang 1. Die kleinen Kinder kann man nicht transportieren. Mittelschüler und größere Schulstrukturen, kann man mit Wegstrecken überbrücken. Eine zentrale hochqualifizierte Schule des größeren Bildungsweges darf etwas weiter sein aber KiTa und Grundschule müssen unmittelbar in der Nähe sein. Dort bleiben die Familien dann stehen. Die medizinische Ver-

sorgung wird noch einmal diskutiert. Für mich ist entscheidend wichtig, dass wir ressortübergreifend (habe ich schon gesagt über Gebietskörperschaftlichkeit der Bürgermeister - ein selbstgewählter, natürlich für den Ort zuständiger Verantwortlicher über die Landkreise, Landräte hinweg, über Länder hinweg, nach Bayern zum Beispiel) gemeinsam Konzepte entwickeln. Wir haben ein Schienenpersonennahverkehrssystem mit 17 Landkreisen, mit 62 Unternehmen, 43 Millionen Kilometer in Bayern, Tschechien, Sachsen und damals über eine EU-Außengrenze hinweg organisiert in der Fläche von 2,6 Mio Menschen. Das letzte ist mein Spezialthema. Die schnelle Internetversorgung auf dem Lande. Uns zwar zeitig genug. Wir haben das in den Mittelpunkt der Strategie gestellt. Dann kommt aber ein Weltmarktführer, der in einer kleinen Gemeinde zu Hause war und hat gesagt: Wie geht das jetzt in der Fläche bei Euch weiter? Dann kam einer, der gesagt hat: Ich bin Weltmarktführer – ich komme zu Euch in den kleinen ländlichen Raum – was tust du mit deinen Bürgermeistern zusammen, um diese Internetversorgung hinzubekommen? Ich kann das Ergebnis mitteilen: Wir sind jetzt in diesem Jahr 2011/2012 bald fertig durchinvestiert und haben einen Versorgungsgrad von über 90 % mit mehr als 16 Megabit in der Fläche und von über 80 % mit mehr als 25 Megabit flächenhafter Erschließung des gesamten Kreises. Und wir haben 35 % mit mehr als 50 Megabit. Ich kann Ihnen da noch im Detail etwas dazu sagen, wie wir es gemacht haben. Aber grundsätzlich ist das natürlich Voraussetzung für die Zukunft für Familien, für die Ärzte, für die Wirtschaft, für alles das, was Leben der Zukunft bedeutet.

Moderator Scheider: Das klingt auch einleuchtend. Michael Schneider vertritt das Land Sachsen-Anhalt beim Bund. Wie sieht es bei Ihnen aus – haben Sie einen wesentlichen Mangel entdeckt?

Staatssekretär Dr. Michael Schneider: Ich hab den bisherigen Teil der Veranstaltung nicht miterleben können, weil ich heute morgen in Magdeburg war, wo wir gerade Koalitionsverhandlungen führen - wir hatten vor zwei Wochen Wahlen. Natürlich spielt bei unseren Koalitionsverhandlungen das Thema Daseinsvorsorge im ländlichen Raum auch eine wichtige Rolle und genau darüber - über Breitband - haben wir heute morgen verhandelt. Dazu will ich jetzt aber gar nichts sagen. Mich beschäf-

tigt ein ganz anderes Thema. Die Politik versucht auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Mitteln, die sie an der Hand hat aktuelle Probleme der Daseinsvorsorge zu bewältigen oder die Probleme zu mildern. Dabei tickt aber gleichzeitig eine demografische Zeitbombe, die uns in den nächsten 10 bis 20 Jahren im ländlichen Raum Probleme beschert. Im Vergleich zu denen sind die heutigen Probleme noch relativ gering. Ich habe aktuelle Zahlen dabei. Vielleicht komme ich in der nächsten Stunde dazu daraus etwas zu schöpfen und Ihnen daraus zu berichten. Ganz vereinfacht gesagt sieht die Situation so aus: Wir haben insbesondere in den ostdeutschen ländlichen Räumen in den letzten Jahren gemessen am Bruttoinlandsprodukt gute Fortschritte gemacht, auch dank der europäischen Förderung. Durch die demografische Entwicklung, die im Gange ist und die sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren beschleunigt – insbesondere in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands - wird das erreichte BIP-Niveau wahrscheinlich wieder sinken, weil die Produktivität in Folge des Mangels an erwerbsfähiger Bevölkerung zurückgehen wird. Und die Probleme, die wir heute schon bei der Bewältigung der Daseinsvorsorge haben werden in den nächsten Jahrzehnten größer werden, weil in diesen Räumen noch weniger erwirtschaftet wird als heute. Und das ist eigentlich das Thema, was mich zur Zeit am meisten beschäftigt.

Moderator Scheider: Wir haben wieder große Stichworte, die wirklich auch den kleinen Raum vor Ort in den Regionen betreffen: die ärztliche Versorgung, die Breitbandgeschichte, Bildung und natürlich auch die ganze Infrastruktur, die mit dazu gehört. Wenn es Wortmeldungen und am liebsten sogar richtig schöne dynamische Forderungen an unser Podium gibt, dann gerne. Bitte zum Beispiel von Ihnen.

Landrat Gerhard Killian: Mein Name ist Gerhard Killian, ich bin Landrat des Landkreises Helmstadt und Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des deutschen Landkreistages und mit der Funktion auch Mitglied des Präsidiums der deutschen Krankenhausgesellschaft. Deshalb möchte ich gleich noch auf Dr. Köhler eingehen. Zunächst mein Glückwunsch zur Wiederwahl, Herr Dr. Köhler. Ich höre es gerne, dass Sie sich dafür einsetzen wollen, die Ärzteversorgung im ländlichen Raum zu verbessern. Da ziehen wir gemeinsam an einem Strang. Der deutsche Landkreistag

steht mit Ihnen seit einiger Zeit in einer Arbeitsgruppe seit einiger Zeit in Verhandlung und ich hoffe das entwickeln wir über das, was wir bisher erreicht haben, konstruktiv weiter. Aber die jetzige Ärzteversorgung, das was Sie beklagen, der Mangel den wir im strukturschwachen Raum zunehmend feststellen... ich unterscheide zwischen dem ländlichen und dem strukturschwachen Raum, ich vertrete einen Landkreis, der im Umfeld von zwei Oberzentren, wenn ich Magdeburg mitnehme sind es drei Oberzentren, an der Hauptverkehrsachse A2 liegt, also nicht unbedingt im ländlichen Raum, sondern im Verflechtungsgebiet von Oberzentren und trotzdem kennen wir auch schon Ärztemangel. Die heutige Situation ist doch von der kassenärztlichen Vereinigung herbeigeführt worden. Ich habe das mal ausgerechnet: Wenn ich in meinem Landkreis genauso viele Augenärzte pro Einwohner haben wollte, wie die Stadt Braunschweig, müsste ich vier Arztsitze mehr haben. Wer hat die Arztsitze so verteilt? Da arbeiten wir an einem Verteilungssystem. Wir müssen zu einem anderen Verteilungssystem kommen und da wollte ich Herr Dr. Köhler die Frage stellen, ob er bereit ist da – wie es gefordert wird, auch von den Bundesländern zur Zeit geprüft wird – in ein kleinräumigeres System einzusteigen und insbesondere - Sie sind die Institution, die verantwortlich ist – darauf hinzuwirken, dass die Schieflage, die Bal- lung von Ärzten in den Städten zu Gunsten des ländlichen oder strukturschwachen Raumes verteilt wird. Hinsichtlich der Zuständigkeiten der Bundesländer habe ich eine zweite Bitte an die Bundesregierung. Die Bundesländer reklamieren im gemein- samen Bundesausschuss, in den Ausschüssen mitvertreten zu sein und bei der Ver- teilung oder der Planung der Ärzteversorgung mitwirken zu dürfen. Das wird bisher vom Bund abgelehnt. Da hätte ich vielleicht auch gerne ein Statement von den Ver- tretern auf der Bundesebene, wie sie dazu stehen und ob sie bereit sind, diese Posi- tion zu überdenken. Und ein letztes noch: Ich hatte gerade vor einigen Tagen eine Beschwerde einer Bürgerin auf dem Tisch über den ärztlichen Notfalldienst .Nicht den Notarzt im Sinne des Rettungsdienstes, für den sind wir zuständig, da sorgen wir auch dafür, dass innerhalb einer viertel Stunde in 95% der Fälle der Notarzt am Ort ist, aber dort wo die kassenärztliche Vereinigung zuständig ist, hat man mir geschrie- ben, dauert es fünf Stunden bis der Arzt kommt, weil man mehr und mehr an die Sit- ze der Krankenhäuser konzentriert. Noch geht das, weil es überhaupt noch Kranken- häuser im ländlichen Raum gibt, aber das werden immer weniger. Da kämpfen wir auch beim deutschen Landkreistag darum, dass das nicht so ist. Auch da muss man sich über die Strukturen Gedanken machen, ob man nur an die Freizeit der niederge-

lassenen Ärzte denken darf oder ob man an die Patienten denken muss, die je älter sie werden - Stichwort demografischer Wandel - ortsnahe die ärztliche Versorgung brauchen.

Moderator Scheider: Herr Dr. Köhler, das waren ganz schön viele Aspekte.

Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler: Ich möchte vorwegschicken, dass wir ein doppeltes Problem mit der Demografie haben. Das eine ist, dass immer mehr Menschen immer älter werden, aber wir leben im Jahrtausend der chronischen Erkrankungen. Was wir heute wissen ist, dass trotz Bevölkerungsrückgang durch die Mobilitätsverdichtung die Nachfrage nach medizinischen Leistungen sogar noch steigen wird. Ein Paradoxon, das man aber sehr gut erklären kann. Und wir haben eine hoffnungslose Überalterung der niedergelassenen Ärzte. Das Durchschnittsalter der niedergelassenen Ärzte liegt bundesweit bei 51,6 Jahren. In der Regel geht mit sechzig Komma irgendwas ein Arzt aus der ambulanten Versorgung heraus. Warum ist das so? Da muss man dann sagen: Da sind nicht die Kassenärztlichen Vereinigungen schuld. Wir sind immer an allem schuld aber ausnahmsweise an der Stelle nicht. Das ist der seehoferschen Bedarfsplanung geschuldet, die in den Jahren 1992-94 eingeführt wurde. Damals wurde dicht gemacht. Aber man hat lange diskutiert und zwei Jahre lang gab es die Möglichkeit sich noch niederzulassen. Sie lassen sich im Durchschnitt mit 36 Jahren nieder und deswegen können Sie sich ausrechnen, dass ich einen Ersatzbedarf von sage und schreibe 42 000 Ärzten bundesweit im Jahr 2015 habe. Das ist unser zentrales Problem. Und wir unternehmen derzeit alles, dass Problem halbwegs in Griff zu bekommen. Ein ganz wichtiger Punkt ist für mich an der Stelle dann auch: Wie kann ich Lebensältere motivieren noch in der Versorgung zu bleiben? In dem ich sie vom Notdienst befreie. Was passiert dann? Ich muss meine Notdienstkreise größer ziehen. Lange Rede kurzer Sinn: Wir haben ein eklatantes Problem; wir werden den ärztlichen Nachwuchs nicht in die Fläche bekommen. Das zweite, was wir sehen ist: Wie kriege ich einen Niederlassungswilligen, mit jungen schulpflichtigen Kindern und einem berufstätigen Partner in den ländlichen Raum?. Wir haben kein Problem Versorgung in Fürstentum Bruck sicherzustellen; das ist der Landkreis mit der besten Versorgung in Deutschland. Aber im gleichen Bun-

desland liegt auch der Landkreis mit der schlechtesten Versorgung, Cham. Unter dem Aspekt muss man wirklich den kleinen Raum betrachten und dazu haben wir ja schon seit Jahren die kleinräumige Versorgungsanalyse betrachtet. Wissen Sie, Sie müssen auf den kleinen Raum heute Versorgung definieren. Und es ist einfach eine Tatsache – selbst zwischen Bremen und Bremerhaven ist zum Beispiel die Prävalenz, die Auftretenshäufigkeit der Demenz, statistisch signifikant unterschiedlich. Ich brauche zwei Neurologen auf 10.000 Einwohner mehr in Bremerhaven als in Bremen. Nun erklären die mir immer, das hat was mit dem sozialen Gefüge dort zu tun. Das mag ja richtig sein, aber wenn wir nicht im kleinen Raum Versorgung planen, werden die Menschen dort wegziehen, weil wir die niedergelassenen Ärzte nicht bekommen. Was Sie beschreiben – Demografie – haben wir schon letztes Jahr eingeführt. Wir haben den Faktor 4,2 zu den jetzigen Verhältniszahlen, was die Augenärzte angeht, so dass wir heute durchaus mehr Niederlassungsmöglichkeiten haben. Nur eines können wir nicht: Ärzte backen. Es bringt auch nichts, wenn wir die Öffnung machen und ich kriege keine Augenärzte.

Moderator Scheider: Herr Dr. Lenk, als Landrat, ich habe mich mal auf Ihrer Internetseite umgesehen und habe bei den Stellenangeboten in den Krankenhäusern festgestellt, dass da wirklich eine ellenlange Liste mit Fachärzten ist, die per sofort oder per laufend gesucht werden. Wie ist bei Ihnen die Situation vor Ort? Kriegen Sie Leute?

Landrat Dr. Tassilo Lenk: So wie Dr. Köhler die Situation für die ländlichen Räume beschrieben hat. Natürlich ist das ein großes Problem. Ich finde auch, dass die Raumplanung in ein indikationsbezogenes Einwohnensystem hinein muss. Wie viele Hausärzte brauche ich? Nicht an einer Zentrale 80, sondern bezogen auf 1400/1500 Menschen einen an dieser Stelle wo er hingehört, in die Fläche der verschiedenen Orte. Ich kann jetzt gar nicht so fachlich bei Ihnen mitsprechen, aber wir müssen in den ambulanten Akutversorgungsstrukturen medizinische Versorgungszentren (MVZ) anbieten können, um eine regionale Komplexität von Versorgungsstruktur künftig hinzubekommen. Dort sind die Krankenhäuser wichtig auch sog. MVZs. Dort findet man nicht immer Gegenliebe bei den niedergelassenen Ärzten. Dort finden Sie in der

Regel die angestellte junge Mutti, die sagt: Unter der Bedingung, dass mir das familiengerecht so zuwächst, dass ich noch Telearbeit habe, kann von zu Hause aus vieles über Telearbeit laufen. Hierzu nur in einem Nebensatz: Wir haben was die Internetversorgung betrifft ja auch sog. Telearbeitsplätze eingerichtet. Ich habe 1500 Bedienstete in der Landkreisverwaltung, 100 Leute arbeiten zu Hause, sind telearbeitsmäßig überhaupt nicht mehr in dem Zentrum, sondern zu Hause, machen viel Familienpolitik, kümmern sich um die Kinder, gehen abends dann nicht an die Fernseher, sondern an den Computer. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sieht... für 14 Jährige Kinder 32 000 Worte... dann arbeiten sie in diesen 14 Jahren in dieser Zeit sinnvoll zurück zur medizinischen Versorgung solcher Strukturen. Wir müssten primär mehr Hausärzte ausbilden. Wir sollten den Numerus Clausus bedenken. Nur ein 1,1er ist offensichtlich ein guter Arzt. Es hat sich herausgestellt, dass oft 1,1er Abiturienten gerade schlechte Studierenden sind und Pragmatiker mit 1,4 oder 1,5 die aus der Region kommen und die in die Regionen wieder zurück wollen, keinen Zugang haben. Aber die wollen dann wieder ins Vogtland kommen. Die kann ich aber nicht zum Studium bringen, weil sie einen 1,1 Numerus Clausus brauchen. Arztentlastende Tätigkeiten sind notwendig wie die Gemeindeschwestern - nicht jeder Arzt muss immer alles tun - Entbürokratisierung, Familienpolitik, Freizeit, das alles was wir besprochen haben. Und dann bleibt es dennoch richtig schwer in den ländlichen Raum diese Manifestation zu bekommen. Wir müssen versuchen, diese einzelnen Punkte wirklich aufzugreifen.

Moderator Scheider: Frau Bögel, jetzt hat Dr. Köhler gerade provozierend gefragt: „Wie kriegen wir denn einen Arzt mit seiner Familie aufs Land?“ Da sag ich zum Beispiel ganz naiv: „Wir zahlen ihm mehr. Mehr Geld oder ist das zu naiv?“ Nein, Herr Dr. Köhler schüttelt schon den Kopf.

Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler: Die Universität Leipzig hat niederlassungswillige Ärzte gefragt: Was müssen wir dir zahlen, wenn du dich in einem Ballungsgebiet niederlässt und was müssen wir dir zahlen, wenn du aufs Land gehst? Ein Niederlassungswilliger, der bereit ist aufs Land zu gehen verlangt 8 840 Euro im Monat mehr. Das kann kein System im Monat leisten. Man hat dann nachgefragt:

Was wäre, wenn wir deiner Frau oder deinem Partner eine Berufstätigkeit anbieten und wenn wir uns darum kümmern, dass das schulische Angebot organisiert wird?. Dann waren es plötzlich bloß noch 3 200 Euro. Da sind nämlich auch im Ranking die Faktoren nicht mehr das Einkommen, sondern das Schulangebot. Ich kann Ihnen das Ranking genau sagen, da wir uns ja intensiv im Rahmen der jetzt anstehenden Gesetzgebung befassen. Wichtigster Punkt ist das Schulangebot, dann kommt die Berufstätigkeit des Partners, dann erst die angemessene Vergütung, Freizeitmöglichkeiten, organisierter Notfalldienst und dann die kulturelle Angebote. In dem Alter in dem Ärzte die Niederlassungsentscheidung treffen, sind sie in der Regel verheiratet und haben kleine Kinder. Ich will dazusagen, Länder, Kommunen und Städte müssen bei der Versorgungsplanung beteiligt werden. Das ist ein Punkt, den wir gerade im Moment heftig diskutieren. Auch die Gesundheitsministerkonferenz wird sich damit nächste Woche beschäftigen. Es geht um nichts anderes als um die Beteiligung ihrer Struktur an der Versorgungsplanung. Das können sie nur mit regionalspezifischen Gremien machen. Da ist das Bundesgesundheitsministerium im Moment heftig dagegen.

Moderator Scheider: Bei der Gesundheitsministerkonferenz sitzen aber wieder nicht alle an einem Tisch. Frau Bögel, was muss man denn machen? Wie verbessern wir die ärztliche Situation auf dem Land? Mit Geld, haben wir gerade gehört, geht es nicht – mit was dann?

Abge. Claudia Bögel (FDP): Herr Köhler hat es ja auch schon angedeutet und ich hätte es jetzt auch gesagt. Also ich denke, da muss letztendlich ein Gesamtpaket geschnürt werden für die Leute, die entscheidungswillig sind aufs Land zu ziehen und dort die ärztliche Versorgung sicherzustellen. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen aber das Bildungsangebot muss erst einmal da sein. Dass dann so ein Familienvater auch gewiss sein kann, dass seine Kinder dort vernünftig ausgebildet werden können. Und ich bin keine Bildungspolitikerin, ich komme aus dem Wirtschaftsausschuss, bin dort auch für den Mittelstand zuständig. Deswegen hat der Herr dort drüben mir aus der Seele gesprochen, dass wir dafür sorgen müssen, dass die mittelständischen Betriebe dort gesichert sein müssen. Es muss auch entspre-

chend der Arbeitsplatz für die Frau vorhanden sein, denn eine Frau zieht nicht immer nur mit, eine Frau hat ja genauso gut den Arbeitsplatz den sie vorher hatte, im ländlichen Raum wiederzufinden. Ich bin keine Bildungspolitikerin, aber ich sehe auch in dem demografischen Wandel eine bedeutende Chance für die Bildungspolitik. Warum bauen wir die ländlichen Schulen ab? Nutzen wir doch die Chance, verkleinern die Klassen, das kostet nicht mehr und nicht weniger als jetzt. Ob ich einen Lehrer vor eine Klasse stelle die 15 Schüler hat oder einen Lehrer vor eine Klasse stelle die 25 Schüler hat. Das kostet das Land nichts mehr. Aber das Kind kann viel gezielter und viel besser unterrichtet werden als in großen Klassen. Und ich denke da läuft irgendwo immer noch etwas verkehrt in den Ländern, wenn wir sagen, wir müssen möglichst 18 oder 20 Schüler in der Klasse haben, damit das sich auch finanziell lohnt. Für einen Arzt, der sich auf dem Lande niederlassen möchte ist erst einmal das Einkommen sicher zu stellen, zweitens ist die Bildung für die Kinder sicherzustellen und drittens ist der Arbeitsplatz für die Frau des Arztes sicherzustellen. Habe ich eine vernünftige Infrastruktur - so komme ich nochmal zu dem Anfang, den ich eben schon gesagt habe, ob das vom Breitbandausbau oder von dem Straßenbau aus her stehen muss - dann habe ich die Unternehmen, die auch weiterhin andere Arbeitsplätze dort vor Ort sichern.

Moderator Scheider: Nur mal die Frage in die Runde: Gibt es zufällig einen Landarzt unter Ihnen, der heute frei hat und hierher gekommen ist, um sich das mal anzuhören? Okay gibt es nicht. Vermutlich, weil es keine Landärzte mehr gibt. Frau Lötzer, ich höre da so ein bisschen raus gerade, dass der Arzt erst aufs Land kommt, wenn das Bett gemacht ist. Kann man das so brutal verstehen?

Abge. Ulla Lötzer (DIE LINKE): Ich würde sagen, man braucht auf jeden Fall ergänzende Mittel und kann nicht nur davon ausgehen, dass man das Bett für den Landarzt macht. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich da so schnell genügend Landärzte finden, wie man sie braucht. Ich glaube man braucht auf jeden Fall ergänzende Geschichten. Das Gemeindegewermodell beispielsweise wird ja in verschiedenen Ländern gerade praktiziert und Erfahrung damit gesammelt. Es braucht nicht für alles Ärzte. Und ich glaube, man muss es auch noch soweit ergänzen, dass man

zum Beispiel sagt, es gibt Ärzte, die sind auch an verschiedenen Orten tätig. Es gibt sozusagen Dienstleistungszentren in solchen Regionen, wo an bestimmten Tagen dort eine bestimmte ärztliche Kompetenz bereit gehalten wird. Ich glaube nicht, dass man alles darauf konzentrieren kann, die Landarztpraxis so wie man sie mal gekannt hat zu erhalten. Das reicht nicht, so sehr man diese Schritte unternehmen muss.

Moderator Scheider: Herr Rupprecht, Sie wollen direkt antworten?

Abg. Albert Rupprecht (CDU/CSU): Ich glaube, dass die Diskussion an einem Punkt ganz schön hakt. Wir tun so, als wäre es eine Tragödie, wenn ein Arzt in eine ländliche Region muss. Wir diskutieren den ganzen Tag welche Stärken und welche Fähigkeiten ein ländlicher Raum hat, aber Ärzte wollen garantiert nicht in ländliche Regionen. Mein Dorfarzt in der Heimatgemeinde an der tschechischen Grenze in Nordostbayern kommt aus dem Münchner Raum. Er hat sich vor 25 Jahren samt Familie entschieden, dass er im nordostbayerischen Raum, in dieser dörflichen Region leben möchte, weil er genau das dort findet, was er sucht. Möglichkeiten für die Pferde, eingebunden sein ins Vereinsleben, Sozialleben - er ist Gemeinderat - usw. Natürlich braucht das auch Attraktivität, natürlich geht es auch um Geld aber ich glaube, dass wir durchaus auch Argumente für ländliche Regionen haben. Wenn wir eine Diskussion führen, die darüber geht, dass dort keiner hin will, dann geht wirklich keiner hin. Das gilt übrigens nicht nur für Ärzte, sondern das gilt genauso auch für andere Berufsgruppen. Und der zweite Punkt ist eine noch grundsätzlichere Anmerkung: Wenn wir folgendes nicht abstellen und in Griff kriegen, dass wir mit Milliardenbeträgen in Deutschland Medizinstudenten ausbilden, die aber nach dem Medizinstudium in der Schweiz und in England sitzen statt in Deutschland zu bleiben, dann werden wir das alles nicht in Griff kriegen. Es kann einfach keine Dauerlösung sein, dass unsere jungen gut ausgebildeten und teuer ausgebildeten Absolventen Deutschland verlassen und wir aus Tschechien und aus Russland Ärzte holen. Es muss jedem bewusst sein, dass mehr Geld in das Gesundheitssystem hineinfließen muss. Es muss jeder bereit sein, vom eigenen Einkommen dem Gesundheitssystem mehr zu Verfügung zu stellen, wenn wir diese Grundfragen auch in Griff kriegen wollen.

Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler: Das höre ich immer gerne, wenn es Geld geben soll. Aber ich will Ihnen eine Hoffnung wirklich nehmen. Wenn Sie glauben, dass wir in fünf oder zehn Jahren noch in jedem Ort einen Hausarzt haben, ist das falsch. Das wird nicht mehr möglich sein. Was wir daher brauchen ist die Filialisierung unserer Struktur. Wir haben mit dem Land Thüringen unter Berücksichtigung von Bevölkerungsprognosen genau verortet, wo wir Versorgung brauchen und dort werden wir entsprechende Kooperationsstrukturen aufbauen müssen. Dann wird es so sein, dass im Dorf A nur Montag und Dienstag der Hausarzt da ist, Donnerstag und Freitag im Dorf B und der Frauenarzt nur einmal in der Woche dort sein wird. Wir können nur noch eines machen, nämlich ein flächendeckend gleichförmiges Versorgungsangebot leisten. Und da sind Sie als Länder und Kommunen sehr gefragt. Wo organisieren wir dann das Zentrum und wie machen wir die Filialisierung? Das wird nur dann gehen, wenn wir das gemeinsam planen und versorgen. Das wird die einzige Möglichkeit sein, eine Zweiklassenmedizin zu verhindern, die wir so in Deutschland bisher noch nicht hatten, nämlich dass Sie in Abhängigkeit von Ihrem Wohnort gar nicht mehr den Zugang zu einer gesetzlichen Krankenversicherung bekommen, weil der Arzt Ihnen fehlt. Deswegen werden wir in diese Struktur gehen müssen. Ich persönlich glaube nicht, dass wir mit Faktoren wie der Landarztquote ausreichend Ärzte in die Fläche bekommen. Sie haben das Beispiel gebracht: Der Arzt hat sich vor 25 Jahren niedergelassen. Der wird bald seine Praxis abgeben wollen. Jetzt wird es entscheidend sein, ob sie einen jungen Arzt finden, der dort hingehet. Wir sagen immer, wir sind froh, wenn einer dort die Praxisvertretung macht. Im günstigsten Fall findet er dann seinen Partner und dann bleibt er auch dort. Aber erst einmal müssen Sie heute mit jungen Medizinstudenten sprechen und sagen: Geh mal in den Bayerischen Wald und lass dich dort nieder! Das sind zwei Hemmschuhe. Sich niederlassen ist nicht gut und in Bayerischen Wald zu gehen ist auch nicht gut. Deswegen brauchen wir diese Filialisierung.

Moderator Scheider: Gibt es Wortmeldungen? Hier zu meiner Rechten.

Der **Vorsitzende**: Herr Präsident Köhler, und wie soll man dann mit den Menschen im Bayerischen Wald umgehen? Wie soll ich als Politiker denen klarmachen, dass zu uns niemand kommt, dass dieser Bereich abgeschrieben ist und bei der ärztlichen Versorgung nicht mehr berücksichtigt werden muss? Gerade von Ihnen als Präsident würde ich mir erwarten, dass Sie klare deutliche Wege aufzeigen, die gegangen werden sollten, um zu guter Letzt die ärztliche Versorgung auch auf dem flachen Lande zu gewährleisten. Das sind auch Menschen. Und zwar Menschen erster und nicht zweiter Klasse.

Moderator Scheider: Und die können nicht alle nach Tschechien zur ärztlichen Behandlung und das sollen sie auch nicht.

Generalsekretär Dr. Helmut Born: Herr Köhler und Herr Hinsken haben mich da ein bisschen provoziert. Ich habe vor sechs Jahren den Umzug des deutschen Bauernverbandes von Bonn nach Berlin organisiert und wir hatten viele junge Familien, die umziehen sollten. Als es um die Standortsuche für deren Zuhause hier ging, Herr Köhler, habe ich schnell festgestellt, dass die gesagt haben: In dieser Stadt wollen wir nicht wohnen, weil die schulische Versorgung innerhalb der Stadt nicht dem entspricht, wie wir es uns vorstellen. Genau das hat ein Zug von jungen Menschen aus der Stadt und in den ländlichen Raum hinein ausgelöst. Ich behaupte, die schulische Erstausbildung bis zu den Jahrgangsklassen zehn oder zwölf Jahren ist im ländlichen Raum wesentlich besser als in den Kernstädten. Da ist Berlin keine Ausnahme. Die ganze Frage ist nur, wie transportieren wir das? Wie transportieren wir das so, dass eine junge Arztfamilie das auch so wahrnimmt? Da sind wir wahrscheinlich alle miteinander ein wenig gefangen von Argumentationen, wie Sie sie führen. Ich werbe schon dafür, mit etwas mehr Stolz darauf hinzuweisen, dass die infrastrukturelle Situation in ländlichen Räumen nicht so miserabel ist, im Vergleich zu den sozialen Brennpunkten, die wir teilweise in den großen Städten haben.

Moderator Scheider: Dann gibt's hier eine Wortmeldung von dem Herrn. Wenn Sie sich bitte kurz vorstellen bei uns?

Landrat Bernahrd Bramlage: Bramlage, Landrat im Landkreis Leer. Wir beschäftigen uns seit mehreren Jahren intensiv mit den Auswirkungen des demografischen Wandels und haben in dem Zusammenhang dann eine Befragung unter anderem sämtlicher niedergelassener Ärzte im Landkreis gemacht im Hinblick auf die Frage: Inwieweit ist die innere Nachfolge gesichert? Da ging es natürlich vor allen Dingen um die diejenige Gruppe, bei denen das Thema ansteht oder demnächst anstehen wird. Das Ergebnis war, dass bei über 70% des maßgeblichen Personenkreises die Nachfolge nicht gesichert ist. Den Rest kann man sich ausmalen, was das für die künftige ärztliche Versorgung zu bedeuten hat. Trotzdem haben wir dann gesagt, damit werden wir uns nicht abfinden und sind dann auch mangels anderer sinnvoller Vorschläge gescheitert – nämlich den Vorschlag, Ärzte zu werben und sie auf die Fläche zu holen. Da haben wir einschlägige Erfahrungen bei den Krankenhäusern, wie schwierig das werden kann, wenn sie dann noch die Ehefrau mitunterbringen müssen und gleichzeitig das ganze andere Programm von der Schule bis zum Kulturangebot und dem Einfamilienhaus. Das müssen Sie alles auch regeln. Da haben Sie dann so von der Partnervermittlungsagentur bis zum Maklerbüro sämtliche Funktionen, die Sie wahrnehmen müssen. Wir sind hingegangen und haben jetzt ein Stipendium aufgelegt für Studenten mit der Priorität für Studenten aus der Region mit dem Hintergedanken oder zunächst zu den Konditionen, die ersten beiden Studienjahre 400 Euro pro Monat in dem dritten Studienjahr 600 Euro pro Monat. Anschließend mit der Verpflichtung, dass sie sich dann im Landkreis niederlassen müssen. Wir haben nicht mehr festgelegt, in welchem Ort, weil das zu weit geht. Wir vergeben jetzt probeweise, weil wir gesagt haben: Nichts tun ist schlecht, fangen wir mal mit etwas an. Wir machen es jetzt drei Jahre lang mit drei Stipendien. Wir haben für das erste Stipendium inzwischen 35 Bewerbungen. Das macht deutlich, dass es zumindest den Versuch lohnt. Dahinter steckt der Gedanke: Was macht das für einen Sinn, wenn der nach drei Jahren geht. Dahinter steckt natürlich der Gedanke: Wenn der sich erst einmal niederlässt, eine Praxis einräumt, sich Praxisräume beschafft und aus der Region kommt, dann sieht er seine berufliche Perspektive vielleicht doch dort, wo er mal geboren und aufgewachsen ist. Wir versuchen das, wir warten ab, was daraus wird, aber die erste Resonanz hat uns sehr überrascht, dass wir für die ersten drei Stipendien über 35 Bewerbungen haben.

Moderator Scheider: Funktioniert natürlich möglicherweise bei Studenten, aber dann bei ganzen Familien vermutlich nicht mehr, Frau Bögel.

Abge. Claudia Bögel (FDP): Man sieht, wenn die Voraussetzungen geschaffen werden, dann ist auch der Anreiz da, aufs Land zu gehen und sich dort entsprechend niederzulassen. Ich denke auch, wie Herr Rupprecht eben schon sagte, dass das durchaus auch reizvoll sein kann, zumal vor dem Hintergrund, dass mittlerweile 70 % der Absolventen im Medizinbereich Frauen sind. Wenn ich Familie und Beruf unter ein Dach bringen will und entsprechend alles arrangieren möchte, dann wäre es doch für mich als Mutter sehr reizvoll aufs Land zu gehen, wo die Strukturen noch sehr sozial sind und wo ich meine Nachbarn und auch die Grundschullehrerin noch kenne. Das bietet den Reiz, mich dann dort anzusiedeln wo ich auch meine Familie um mich haben kann. Wir müssen allerdings wiederum bedenken, dass natürlich nicht nur für die Frau der adäquate Arbeitsplatz da sein muss, sondern für den Mann.

Moderator Scheider: Und dann noch eine Wortmeldung von dem Herrn.

Bürgermeister Kay Gericke (Biederitz): Mein Name ist Kay Gericke. Ich bin Bürgermeister der Gemeinde Biederitz aus Sachsen-Anhalt. Ich habe aus den Gesprächen gehört, wenn die Dörfer eine vernünftige Infrastruktur haben, dann kommen die Ärzte schon von ganz alleine. Ich glaube das ist völlig verkehrt. Ich komme aus dem Speckgürtel von Magdeburg und wir haben eine sehr gute Infrastruktur. Es ist alles vorhanden. Wir haben drei Ärzte, davon ist einer schon in Rente und der zweite wird bald in Rente gehen und einer hat einen Nachfolger gefunden. Wenn man sich mit den Ärzten unterhält, ist es einfach so, dass die Verdienstmöglichkeiten für Hausärzte in der Bundesrepublik Deutschland miserabel sind. Da wo man Geld verdienen kann, da gehen auch Leute hin und ich glaube darüber sollte man nachdenken. Das ist ganz klar das Problem der Bundesregierung.

Moderator Scheider: Und noch von der Dame eine Wortmeldung.

Bürgermeisterin Karen Hansen (Nordsee-Treene): Mein Name ist Karen Hansen. Ich bin Bürgermeisterin einer sehr kleinen Gemeinde an der Nordseeküste und Amtsvorsteherin vom Amt Nordsee-Treene aus dem Kreis Nordfriesland. Mich berühren heute zwei Punkte. Der einzige Punkt, den ich hier im demografischen Wandel sehe, ist der, dass wir in unseren Köpfen das Patriarchat langsam herauskriegen müssen. Immer wird davon gesprochen, die Frau des Landarzt muss auch eine Stellung haben. Irgendwo wird sich schon noch eine Putzstelle finden. Oder gerade eben auch die anderen Punkte, da hieß es, die Dienstleistungsbereiche für die Ehefrau, die mitzieht. Warum ist es im skandinavischen Raum ganz anders? Weil das dort schon ein bisschen länger anders gehandhabt wird. Und das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der andere Aspekt ist das Breitband. Da kam gerade eben der Kommentar: Breitband in die Fläche in Deutschland ist in den nächsten Jahren nicht möglich. Da möchte ich ganz extrem dagegen arbeiten und sagen, da müssen wir daran arbeiten. Vor hundert Jahren gab es Wasser aus der Pumpe vom Brunnen, Petroleum beim Tante Emma Laden. Heute gib es LTE. Aber in zwei bis fünf Jahren, was ist da los? Wir können doch nicht mehr mit der Petroleumkanne zum Laden gehen. Also mich regt das so ein bisschen auf, das merken Sie vielleicht, aber ich denke, das einzige, was etwas für uns und für die Zukunft bringt ist, die Arbeitsbedingungen und die Lebensbedingungen auf dem Land, in unserem ländlichen Raum zu verbessern. Breitband, die Datenautobahn ist ein ganz wichtiger Aspekt, die brauchen wir unbedingt. Nur so haben wir die Möglichkeit die Autobahn direkt vor die Haustüre zu bekommen und am Wochenende im Naturschutzgebiet zu wohnen, was ja eigentlich jeder will.

Moderator Scheider: Sie merken auch, wir treffen uns hier zum ersten mal seit vielen Jahren, es ist ein richtig breiter Strauß, den man plötzlich vor sich liegen hat und man muss wirklich an vielen Stellen im Grunde fast gleichzeitig angreifen.

Bürgermeisterin Karen Hansen (Nordsee-Treene): Das ist ganz wichtig und vor allen Dingen, Sie haben die Breitbandversorgung unter dem Thema „Daseinsvorsor-

ge“ aufgeführt. Es ist offiziell keine Daseinsvorsorge. Deswegen haben wir Schwierigkeiten bei uns im Kreis Ostfriesland das auf die Beine zu stellen, dass wir als Gemeinde uns dort direkt beteiligen dürfen. Diese 80 Mio. Euro, die wir in die Hand nehmen wollen für Glasfasern in jedes Haus, die wollen wir gerne in die Hand nehmen, aber wir brauchen Unterstützung.

Moderator Scheider: Herr Minister Huber, wir sollten mal so langsam eine kleine Prioritätenliste erstellen. Was ist denn vorrangiger: Ist es Breitband oder landärztliche Versorgung oder geht alles Hand in Hand? Wo sehen Sie denn den Weg, den wir gehen sollten, um die Region zu stärken?

Staatsminister Dr. Marcel Huber: Ich bin der Ansicht, dass wir die Dinge parallel machen müssen. Es ist so ähnlich wie bei diesem Justus von Liebig's Fass-Modell, wenn man eine der Fasstauben zu kurz hat, zum Beispiel Topbedingungen für vieles aber keine Schule am Ort, dann wird es einfach nicht ausreichen, um die Leute dorthin zu bringen. Das heißt, wir müssen an verschiedenen Stellschrauben gleichzeitig drehen und die ärztliche Versorgung ist mit Sicherheit genauso wichtig, wie das Breitband als Daseinsvorsorge. Was mich ein bisschen wundert, ist allerdings die Diskussion über das Thema Breitband, die ich vorhin schon im letzten Panel gehört habe. Denn es wird ja von vollkommen unterschiedlichen Dingen gesprochen. Für eine Firma, die darauf angewiesen ist, große Datenmengen zu transferieren - sei es jetzt ein Planungsbüro oder Werbeagentur - für die ist 1 oder 2 Megabit viel zu wenig. Der braucht 50 oder der braucht mindestens 15 oder 20 damit der seine Arbeit machen kann. Der Haushalt, der Mails checken möchte reicht ein oder zwei auch. Der andere sagt, ich kann das nicht haben, dass ich bloß zu Hause erreichbar bin. Ich bin sicher von Ihnen sind viele mit Smartphones oder TabletPCs ausgestattet, ja Sie sind es gewöhnt hier online ständig Ihre Mails nachzuschauen und brauchen deswegen UMTS oder Vergleichbares. Das heißt, die Anforderungen, die hier gestellt werden, sind sehr unterschiedlich. Und wenn ich jetzt sage, ich will zu Hause überall diese hohen Raten, dann muss man realistisch sein. Bayern ist ein relativ großes Land und wenn wir es jetzt fertig kriegen wollen, bayernweit Glasfaserkabel in jedes Gehöft im schönen Bayerischen Wald zu verlegen, dann werden wir das in kurzer Zeit nicht

schaffen. Das wird schlicht und ergreifend nicht möglich sein. Wenn man eine Grundversorgung die für Firmen, die darauf angewiesen sind, nicht erreicht, dann könnte eine Funktechnologie als Brückentechnologie dienen. Allerdings besteht natürlich die Gefahr, wie ich von einem Herrn heute beim letzten Panel gehört habe, dass wenn wir Förderanreize setzen, diese Grundversorgung mit einer Übergangstechnologie hinzukriegen und es plötzlich dann später Geld für den Ausbau von Glasfaser gibt, dann sind es möglicherweise die, die sich als erste damit auf den Weg gemacht haben etwas zu investieren, die Gelackmeierten. Die sagen, sie haben jetzt Geld in ein Provisorium geschustert und jetzt gibt es plötzlich Geld für was Richtiges. Aus diesem Grund müssen wir jetzt sehr gut überlegen, wie wir das jetzt gemeinsam hinkriegen. Aber ich glaube, wir müssen an beidem arbeiten. Ein letzter ganz kurzer Satz noch zum Thema Ärzte. Wir haben sowohl einen Ärztemangel in der Stadt als auch auf dem Land, was Allgemeinmediziner angeht. Wir müssen uns bemühen, dass wir hier Fachärzte für Allgemeinmedizin intensiv bewerben und, dass wir dann versuchen müssen, Anreize zu setzen, dass die Leute dann auch ins Land gehen, dazu ist eine ganze Palette von Anreizmechanismen notwendig. Ein Stipendium ist etwas, auch Verträge mit Landkreisen, es gibt inzwischen ganz interessante Möglichkeiten, dass der Arzt irgendeine Hilfe bekommt, wenn er sich denn verpflichtet eine bestimmte Zeit zu machen. Auch Räume zur Verfügung zu stellen ist etwas, was man auch was Städtebauförderung angeht als Kommune unbedingt überlegen muss. Hier ist eine breite Palette von Anreizmöglichkeiten zu erwägen, wenn wir insgesamt genügend an Allgemeinmedizinern bekommen und allein daran hängt es.

Moderator Scheider: Ich will aber nochmal aufs Breitband zurückkommen. Herr Schneider aus Sachsen-Anhalt, wie wird das bei Ihnen gehandhabt? Wir haben auf der einen Seite die Forderung nach kompletter flächendeckender Versorgung, dass nicht ein Haus auf der Landkarte unversorgt bleibt. Auf der anderen Seite hören wir, dass auch eine gewisse technische Investitionsunsicherheit vorhanden ist. Das sind zwei Dinge, die kriegt man gar nicht auf einen Nenner. Haben Sie das geschafft in Ihrem Land?

Staatssekretär Dr. Michael Schneider: Wir haben die Probleme, die alle anderen auch haben. Die dünn besiedelten Räume mit der Abkoppelung vom Breitband auf der einen Seite, und die fehlenden Mittel, um diese Lücken in schneller Zeit zu schließen auf der anderen Seite. Ich würde aber gerne die Aufmerksamkeit heute auf ein Problem bzw. auf eine Herausforderung lenken, die für die nächsten Jahre ergänzend dazukommt. Wenn wir heute schon darüber klagen, dass es schwer ist durch Finanzierung in der gesamten Breite die Daseinsvorsorge abzusichern, ob das nun Ärztemangel ist oder Breitbandversorgung oder Infrastruktur, wird das in Zukunft noch viel schwieriger werden, weil die schwachen Räume aufgrund des Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten immer weniger eigene Einnahmen erzielen werden. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen: In den ostdeutschen Regionen sinkt die Gesamtbevölkerung bis 2020 um 10 %. Das bedeutet gleichzeitig Alterung. In Ostdeutschland werden wir einen Anteil der alten Bevölkerung im Jahr 2020 um etwas 27,6 % haben, im Jahre 2030 um 34,9 %. Mit all den Folgen über die Sie ja hier schon den ganzen Tag gesprochen haben. Nun aber die Auswirkung der demografischen Entwicklung für die erwerbsfähige Bevölkerung. Also diejenigen, die das Einkommen erwirtschaften. Da wird der Anteil bis 2020 in Ostdeutschland um 8 % - 10 % an der Bevölkerung zurückgehen. Also 8 – 10 % weniger Menschen, die etwas durch ihre tägliche Arbeit erwirtschaften. Das ist übrigens in Europa der stärkste Rückgang überhaupt. Es gibt nur noch zwei Regionen, in denen es ähnlich aussieht. Das ist in Finnland und in Tschechien. 8-10 % bis 2020. Bis 2030 sind es schon 17-19 % der erwerbsfähigen Bevölkerung, die in Ostdeutschland weniger vorhanden sein wird als heute. Das ist aber nicht nur ein ostdeutsches Phänomen. Ich nenne Ihnen mal einige westdeutsche Regionen wie ...

Moderator Scheider: Ich muss kurz an der Stelle einhaken, weil zu viele Zahlen die dann im Raum stehen, die kann man sich fast nicht mehr verinnerlichen.

Staatssekretär Dr. Michael Schneider: Es kommt jetzt noch auf die Schlussfolgerung an. Ich will jetzt nicht ein ostdeutsches Sonderproblem wieder konstruieren. Das betrifft auch Westdeutschland. Nämlich wir müssen durch eine heute schon praktizierte gezielte Innovations- und Investitionspolitik in den ländlichen Räumen dafür

Sorge tragen, dass sie diese ländlichen Räume zusätzlich zu all den hier beschriebenen Problemen in den nächsten beiden Jahrzehnten nicht noch stärker transferabhängig wird.

Moderator Scheider: Herr Rupprecht, wo steuern wir denn hin? Was machen wir denn jetzt?

Abg. Albert Rupprecht (CDU/CSU): Also beim Breitband ist die Frage zu beantworten, ob es eine Universaldienstverpflichtung in Zukunft gibt oder nicht. Ähnlich ist es bei den Postanbietern, wo Anbieter verpflichtet werden in bestimmtem Ausmaß ländliche Regionen abzusichern und dort Dienstleistungen anzubieten. Wir haben jetzt nach Jahren der Diskussion in der Unionsfraktion hier in Berlin festgestellt, dass der Markt das definitiv nicht regeln wird und deswegen beraten wir im Augenblick ganz präzise einen Vorschlag, und ich hoffe dass wir den in wenigen Tagen verabschieden werden. Ich zitiere kurz den wichtigsten Satz: Zum 1. Januar 2012 wird eine Universaldienstverpflichtung eingeführt, die auf einer Bandbreitenvorgabe von 16 Mbit pro Sekunde beruht. Das ist eine wesentliche Verschärfung dessen, was im Kabinett beschlossen worden ist. Im Augenblick ist das der Stand, den ich kenne, und ich gehe davon aus, dass das in den nächsten Wochen in der Unionsfraktion auch so beschlossen werden wird.

Moderator Scheider: Gibt es Fragen, Wortmeldungen? Da hinten bitte. Der Herr, wenn Sie sich kurz vorstellen am Mikrophon.

Bürgermeister Gerd Pillau (Hermsdorf): Mein Name ist Pillau, ich bin Bürgermeister der Stadt Hermsdorf am Hermsdorfer Kreuz. Meine Frage an Dr. Köhler: Wir sind eine Stadt, die durch die ehemaligen keramischen Werke Hermsdorf auch eine ganze Menge Arbeitsplätze hat. Wir haben ungefähr 5000 Arbeitsplätze für noch 4500 Menschen im arbeitsfähigen Alter zwischen 18 und 60 Jahren. Deshalb sind wir auch eine große Einpendlerregion. Wir haben täglich bis zu 1.500 Einpendler die zu uns

zum Arbeiten kommen. Wir hatten mal eine Poliklinik mit 7.000 Beschäftigten und mit 25 Ärzten. Inzwischen ist es leider so, dass die Stellen der Ärzte, die altersbedingt in Rente gehen, nicht wieder besetzt werden. Das hat uns beim Hautarzt und beim Augenarzt ganz besonders hart getroffen und wir hatten sogar in unserer Poliklinik mal eine Röntgenstation, die auch nicht weiter betrieben werden durfte. Da Sie ja die Statistik fürs Land Thüringen mitgemacht haben oder gesehen haben: Ich war in Weimar bei der kassenärztlichen Vereinigung und wenn ich dort die Zahlen gesagt bekomme, etwa dass ich für einen Augenarzt 30.000 Einwohner brauche, wir haben aber nur 9 000, der Augenarzt aber für die Region da ist von 30.000 Einwohnern. Ich war bei der Augenärztin. Die hat also 30.000 Karteikarten von Patienten. Dass der Hautarzt für 40 000 Einwohner sein soll usw. Es ist der falsche Weg, wenn man das ganz einfach nur an Einwohnerzahlen fest macht. Wieder das Zauberwörtchen Demographie: Die Stadt Hermsdorf hatte 1989 einen Altersdurchschnitt von 29,5 Jahren. Da waren unsere Frauen noch etwas fruchtbarer. Wir hatten 2,4 Kinder pro Familie. Jetzt nach 20 Jahren sind wir im Durchschnitt 47 Jahre alt. Die ältere Bevölkerung geht öfter zum Arzt als ein 30jähriger. Also müssen wir doch auch auf die Altersstruktur ein bisschen Rücksicht nehmen. Soll das bei diesen Zahlen bleiben oder sollen unsere Patienten, Rentner, Senioren nach Gera, nach Jena, oder in die größeren Städte fahren, um zum Arzt zu gehen? Denn dort werden sie kaum noch angenommen. Die sind alle restlos ausgebucht.

Moderator Scheider: Dr. Köhler, geht eine kurze Antwort?

Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler: Diese Verhältniszahlen stammen aus dem Jahr 1991 und sind per Gesetz festgelegt. Aktuell bekommen wir ein Versorgungsgesetz, das genau diese Verhältniszahlen aktualisiert, am Krankheitszustand der Wohnbevölkerung ausrichtet. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2012 in Kraft treten, so dass kurzfristig dieser Zustand – den Sie völlig zutreffend beschreiben - durch Gesetzgebung aufgehoben wird.

Moderator Scheider: Wir gehen so langsam in die Schlussrunde. Wir haben jetzt noch zehn Minuten bevor Herr Hinsken nochmal den großen Schlusstrich zieht und wollen versuchen von alledem, was wir hier erfahren haben – vor allem auch den Schlag- und Stichworten – das Essentielle herauszufinden. Das Thema Bildung zum Beispiel, Frau Lötzer. Das tauchte zwar immer wieder zwischen den einzelnen Argumenten auf aber darüber haben wir noch gar nicht gesprochen. Können wir das überhaupt leisten, in Regionen die möglicherweise auszubluten drohen, dort noch große Schulen und Kindergärten hinzustellen?

Abge. Ulla Lötzer (DIE LINKE): Ich halte es für ganz zentral Bildung zumindest im Bereich Kindergärten, im Bereich der Grundschulen tatsächlich wohnortnah in den ländlichen Räumen zu erhalten. Es gibt ja jetzt mehrere Versuche auch in verschiedenen Kommunen zu sagen: Wir schließen uns organisatorisch zwar in unterschiedlichen Kommunen zu einer Grundschule zusammen, behalten aber beispielsweise die Standorte bei, so dass die Schule für die Kinder noch wohnortnah vorhanden ist. Das ist ein Modell, was man weiter verfolgen kann und auch sollte. Das zweite ist, dass man wahrscheinlich auch zum jahrgangsübergreifenden Prinzip wieder zurück muss, wenn man Schulen wohnortnah halten will. Und das Dritte ist auch die Frage der Weiterbildung. Also auch in der Frage Realschule, Gymnasien, etc. muss man sich natürlich Überlegungen machen. In NRW gibt es zumindest jetzt den Ansatz wieder Gemeinschaftsschulen stärker zu fördern im Zusammenwirken mit Kommunen, um auch möglichst wohnortnah noch Schulzentren zu erhalten. Das ist ja auch nicht nur eine Frage, wo ich meine Bildung herkriege, sondern ist ja auch eine Frage, wie ich soziales Leben organisiere. Junge Leute wollen nicht oder können auch nicht stundenlang reisen und fahren, um zur Schule zu kommen. Dann wird es schwierig werden mit den Schulabschlüssen und dem Schulangebot. Es entwickeln sich auch Freundschaften, soziale Beziehungen, dort muss das auch verbunden werden mit Kultur und Freizeitangeboten, die man in diesen Zentren zusammen entwickelt. Ich glaube das sind schon verschiedene Ansätze die versprechen das Bildungsproblem zu lösen.

Moderator Scheider: Hier war noch eine Wortmeldung.

Stv. Hauptgeschäftsführer Thomas Koller (Handwerkskammer Oberfranken):

Thomas Koller, Handwerkskammer Oberfranken. Ich bin ganz froh, dass wir jetzt den Themenkomplex Bildung anreißen. Die allgemeine Bildung ist hier deutlich angesprochen worden. Genauso wichtig ist für den ländlichen Raum insbesondere die gewerblich technische Qualifizierung. Herr Lenk, Sie haben es gesagt, Arbeitsplätze sind der Fokus Nummer eins, den wir brauchen, um hier voranzukommen. Ansiedlungen von Fremden im ländlichen Raum, die wird es geben, aber nicht mehr so in der Fülle wie es die in der Vergangenheit gegeben hat. Entscheidend wird sein, wie ich mich aus der Region heraus entwickeln kann. Die Basis dazu ist, dass die Leute etwas Gescheites gelernt haben müssen. Dazu ist natürlich gerade die gewerblich-technische Qualifizierung die Basis Nummer eins, um hieraus überhaupt wachsen zu können. Deswegen ist dies mindestens genauso wichtig, nicht nur im allgemeinen Bereich, sondern auch hinsichtlich einer gewerblich-technische Qualifizierung. Und hier haben wir in Deutschland ein System, was es weltweit sonst nicht gibt. Die duale Qualifizierung, die mit der Betonung auf der beruflichen Bildung beim Betrieb angesetzt, muss weiter forciert werden und ich bitte hier vielleicht auch Herrn Huber aus bayerischer Sicht darzustellen, wie man das Gleichgewicht zwischen allgemeiner Bildung und gewerblich-technischer Bildung herausstellt. Wir brauchen zwar mehr Akademiker. Mindestens genauso wichtig ist es aber, dass wir noch mehr Techniker und Meister brauchen.

Moderator Scheider: Sie waren direkt angesprochen.

MdL Dr. Marcel Huber: Sie sprechen ein zentrales Thema an, das allerdings nicht bloß zwischen Akademiker und Techniker resultiert, sondern das ist die Arrosion, die die Bevölkerung inzwischen technischen Berufen gegenüber hat, egal auf welchem Niveau. Wir haben genauso einen Ingenieursmangel, wie wir einen Facharbeitermangel im technischen Beruf haben. Das heißt, wir müssen in der Gesamtgesellschaft die Tatsache wieder stärker in den Mittelpunkt rücken, dass es Deutschland wieder so gut geht, weil wir ein Produktionsstandort sind, der davon abhängt, dass hier Menschen sind, die sich tatsächlich um die Technik, um die Herstellung dieser

Dinge kümmern. Das heißt wir müssen in allen Bereichen daran arbeiten hier junge Menschen wieder für technische Berufe zu begeistern, damit sie diesen Beruf wählen. Das andere was Sie angesprochen haben, ist natürlich, dass wir hier eine Tendenz haben, dass die Menschen versuchen, Ihre Kinder möglichst schnell akademisch ausbilden zu lassen. Dass immer noch – zumindest in Bayern – ein Drittel der jungen Menschen einen Weg über die duale Ausbildung in anständigen Berufen machen ist den meisten zu wenig bewusst und die Hauptschule hat so ein bisschen ein anrüchiges Image. Aus diesem Grund müssen wir dem wirklich entgegenhalten und unsere Weiterentwicklung zur Mittelschule in Bayern ist ein Weg, der dazu dient, diesen Weg als attraktiven Weg in einen attraktiven Beruf wieder stärker wahrzunehmen. Wir sind also auf dem Weg dazu, zu zeigen, dass gerade jetzt, wo wir uns auf den Facharbeitermangel zu bewegen, es umso interessanter für junge Menschen sein kann, sich auf den Weg in eine Fachausbildung, eine berufliche Ausbildung, Handwerk oder Industrie, zu machen, weil dort solche jungen Leute händeringend gesucht werden. Und dazu gehört es, diesen Weg in die die duale Ausbildung zum Beispiel über die Mittelschule zu machen. Damit gehen wir übers Land und versuchen dafür zu werben.

Moderator Scheider: Dann haben wir zwei Wortmeldungen. Einmal von dem Herrn hier.

Gunnar John (BMF): John, Bundesministerium der Finanzen, aber es ist eine eher private Frage an Herrn Rupprecht. Herr Rupprecht, Sie hatten ja von Ihrem Antrag berichtet, es war ja heute morgen auch schon Thema von dem, was Herr Dr. Müller gesagt hat. Ich hab mal eine Nachfrage, wie denn diese Versorgung von 16 Mbits definiert ist. Und ich will eine Sache, die ich auch schon im Ausschuss erzählt hatte, vielleicht nochmal dem gesamten Publikum darlegen. Ich wohne in Berlin in einer Ecke, wo die Telekom behauptet, dass sie 50 Mbits Versorgung machen will. Ich dachte, ich gehe da hin und stelle mal den Antrag. Da wurde mir gesagt: Ja, wenn es genug andere gibt, die auch in der Ecke – in der Nähe des Kurfürstendamms – dort angeschlossen werden möchten, dann können Sie auch 50 Mbits haben. Bis dahin kriegen Sie weniger. Es stand eine Karte in diesem Telekomladen, dass ich in so

einer Ecke wohne. Das was ich gelernt habe, wie ich nachgefragt habe in der Verwaltung, ist, dass man ja auch die Telekom und andere nicht aus der ökonomischen Rationalität entlassen kann. Es muss eben immer genug sein, dass es sich lohnt zu investieren und dann kriegt man es auch. Von daher ist die Frage an Sie nochmal, was heißt das eigentlich wenn wir 16 Mbit überall haben wollen als Universaldienstleistung? Heißt das nur dann, wenn sich 50 zusammengeschlossen haben, um das haben zu wollen, dass dann investiert wird oder heißt es, dass dann der Einzelne der das haben will, dies auch kriegt?

Moderator Scheider: Eine ganz kurze Antwort zu dem Thema.

Abg. Albert Rupprecht (CDU/CSU): Das Verfahren, das 50 braucht, dass es funktioniert, das haben wir jetzt. Es funktioniert im Ergebnis nicht. Und deswegen ist der andere Weg in der Tat der gesetzliche Weg, der da heißt: Wir verpflichten die Anbieter, den Mindeststandard aufrecht zu erhalten. Wie das dann in der technischen Fein Formulierung heißt, ob das zu jeder Tages- und Nachtzeit, in den Stoßzeiten immer das Niveau hat, da bitte ich um Verständnis, das muss der zuständige Ausschuss und die zuständigen Fachleute im Wirtschaftsbereich ausverhandeln. Aber die Grundintuition ist ganz klar. Wir formulieren als Gesetzgeber eine Mindestanspruch und der muss von Seiten der Unternehmen erfüllt werden, genauso, wie wir es bei Post- und anderen Versorgungen auch haben, weil die Alternative schlichtweg nicht funktioniert.

Zum Bildungsbereich möchte ich gleich noch was sagen, wenn ich schon dran bin: wir haben natürlich durch die demographische Entwicklung nicht nur die Negativseite sondern auch die Positivseite. Das heißt, die demographische Dividende heißt ein Rückgehen der Schülerzahl, heißt dass durchaus auch Finanzmittel frei werden, um letztendlich eine hohe Qualität in den ländlichen Räumen sicherzustellen. Diese demographische Dividende ist durchaus ein stattliches Volumen, das sind Milliardenbeträge, die letztendlich in den Haushalten frei werden. Die muss man natürlich vernünftig verwenden. Die zweite Anmerkung: Die entscheidende Änderung, die wir im Augenblick erleben ist, dass früher junge Menschen aus ländlichen Regionen, unabhängig ob sie gut ausgebildet waren oder nicht, weg mussten, weil sie dort keinen

Arbeitsplatz gekriegt haben in ausreichendem Maße. Diese Zeit ist vorbei. In den nächsten 10, 15, 20 Jahren wird man nicht mehr drüber diskutieren, ob die Jungen weg müssen, sondern die werden händeringend auch in den ländlichen Regionen gefragt und gesucht werden. Und deswegen ist es absolut entscheidend, dass sie nicht um qualifiziert und ausgebildet zu werden erst die Region verlassen, sich dann im Alter von 20, 22, 25 Jahren woanders niederlassen, dort eine Sozialstruktur und einen Freundeskreis aufbauen und dann für immer verloren sind sozusagen, sondern dass sie in den ländlichen Regionen Fortbildungs- und Ausbildungsangebot kriegen. Ich erlebe das ja aus meiner Heimatregion. Wir haben Fachhochschulen bayernweit beinahe flächendeckend konzipiert und aufgebaut. In meiner Heimatregion haben wir durch die Tatsache, dass wir eine Hochschule vor Ort haben ein Halten von tausenden von jungen gut qualifizierten Menschen, die auch vor Ort in der Region Arbeit finden, erreicht. Und deswegen kann ich nur an alle appellieren - genauso ist es bei der dualen Ausbildung - dass wir bei dem Punkt in keinster Weise nachgeben. Von Seiten des Bundes –dies ist kaum bekannt - werden wir den Bereich Forschung und Bildung ausbauen. Der Bereich Bildung wird von 2005 bis Ende der Legislaturperiode im Haushalt eine Steigerung von 74 % erfahren. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, und geben Milliarden dafür aus und unterstützen die Länder - auch in Bereichen wo eigentlich originäre Länder dafür zuständig sind - in vielen Bereichen – ob das duale Ausbildung ist, ob das im Hochschulpakt oder im anderen Bereich ist.

Moderator Scheider: Und wir haben natürlich auch noch immer in viel zu vielen Köpfen dieses Klischeebild, was vielleicht gar kein Klischeebild ist: Wenn ich jung und dynamisch bin, gehe ich in die Stadt und wenn ich langsam alt werde und meine Früchte ernten will, dann zieh ich wieder aufs Land hinaus. Ich sehe und höre noch bei vielen Menschen, dass das im Kopf ist. Wir hatten hier noch eine Wortmeldung.

Bürgermeister Christian Vedder (Südlohn): Christian Vedder, Gemeinde Südlohn Kreis Borken, etwas südlich Ihrem Gebiet auch an der A31 gelegen. Auch Borkener Unternehmer haben sich beteiligt. Ich wollte nur kurz für den ländlichen Raum noch eine Lanze brechen. Mann muss manchmal mit dem, was man bekommt auch klar kommen. Und wer was erreichen will, der sucht Wege. Was das Breitband bei uns im

Kreis angeht, haben sich die Kommunen mit der Wirtschaftsförderung zusammengesetzt und haben, weil die Niederlande das Nachbarland sind und die dort mit dem Breitband weiter waren, dort Unternehmen angesprochen, die dann auch bereit waren herüber aus den Niederlanden das Netz aufzubauen. Der Kreis hat dann über das Konjunkturpaket II, Mittel des Bundes, in Abstimmung mit allen Kommunen des Kreises Leerrohre besorgt, so dass die Kommunen alle miteinander verbunden sein können. Zu Beginn, als einzelne Anfragen kamen, winkte die Telekom natürlich ab und sagte: Das lohnt sich nicht bei Euch. Jetzt sind die Leerrohre da, es ist ein niederländischer Anbieter da. Jetzt ist nicht nur die Telekom da, sondern auch weitere regionale Anbieter, die in die Leerrohre natürlich dann die Glasfasern reinlegen möchten. Ich gebe aber zu, beihilferechtlich ist das nicht unproblematisch. Da haben wir aber auch unsere Wirtschaftsförderung in Brüssel gehabt, wir haben ein Rechtsgutachten einholen müssen, um nicht förderschädlich zu werden. Das war also nicht so einfach, aber es funktioniert. Die Leerrohre sind verlegt, die ersten Anbieter stehen da und die kleine Gemeinde Südloh mit 9 000 Einwohnern wird voraussichtlich noch in diesem Jahr Breitband haben, Glasfaser. Da wo es noch nicht sofort die Glasfaser gibt wird überall auch - zunächst über Richtfunk von einem Backbone aus - wird das Ganze erreicht. Das kann auch funktionieren. Ich könnte auch zu anderen Themen Stellung nehmen, wenn wir Bildung ansprechen, ist Inklusion sicherlich ein Faktor den man mit dem demographischen Wandel und dem hoffentlich dafür zu Verfügung stehenden Geld auch unterstützen sollte.

Moderator Scheider: Meine Damen und Herren, Sie haben es gemerkt. Wir haben jetzt in den letzten drei Stunden, und im Grunde auch mit dem Vormittag dazu, viel gesammelt und möglicherweise haben wir uns auch zu viel vorgenommen, weil es ist auf der einen Seite die EU Ebene mit ihren Fördermitteln und andererseits sozusagen im regionalen Alltag ist es Breitband und ärztliche Versorgung, also es sind viele Baustellen, an denen wir arbeiten müssen. Frau Bögel, was meinen Sie, haben wir uns zu viel vorgenommen? Oder sehen Sie das alles machbar in den nächsten 10, 20 Jahren?

Abge. Claudia Bögel (FDP): Das liegt im Wesentlichen an der Politik und das liegt auch im Wesentlichen an unserem föderalistischen System. Denn vieles was bundmäßig anberaumt wird, wird ländermäßig wieder ausgehebelt. Wenn ich da allein an die Stromversorgung denke, an die Stromkabel, die oben von den Offshore-Anlagen auf der See in den Süden transportiert werden sollen oder den Strom transportieren sollen und spätestens in Schleswig-Holstein nicht mehr gebaut werden dürfen. Also da hebelt sich die Politik teilweise gegenseitig aus und da denke ich sollte es eine einfachere und bessere Gesetzgebung geben. Ich denke schon, dass das machbar ist. Man sollte es in Zukunft ein bisschen unbürokratischer und gesetzgeberisch leichter handhaben.

Moderator Scheider: Wir brauchen einfach vielleicht sogar mehr runde Tische, wo alle Parteien im inhaltlichen Sinne auch zusammen sitzen und die Dinge anstoßen. Liebes Podium, vielen herzlichen Dank für den Besuch. Wir haben schon weit über 16 Uhr. Das ist an sich die Schlussmarke. Herr Hinsken will ja auch noch den Tag ein wenig zusammenfassen. Ich darf mich sehr herzlich bedanken, dass Sie sich Zeit genommen haben und ich hätte gerne noch drei Stunden drauf gegeben aber manchmal muss man sich nach der Uhr richten. Herr Hinsken bitte.

Der **Vorsitzende:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte gerne noch mehr Stunden drauf gegeben, so interessant fand ich den heutigen Tag und ich auch die Diskussion. Ich möchte zunächst versuchen sie ganz kurz zusammenzufassen. Die Kernaussage von Bundeswirtschaftsminister Brüderle war: Ländlicher Raum ist kein Ballast, sondern eine Chance. Und zum Zweiten: Jungen, gut ausgebildeten Mitbürgern, muss auch in der Heimat eine Zukunft gegeben werden. Ich habe festgestellt, dass es weit über 30 Wortmeldungen gab. Ich glaube, dass ich fast an die 40 käme, wenn ich genau mitgezählt hätte. Sie haben es selbst gespürt, dass man sich gerne hier eingebracht hat, dass man den Finger auf offene Wunde legte und auch versuchte an die Frau oder an den Mann zu bringen, was einen bewegt. Dritte Bemerkung: Ich stelle fest – das ist mir ganz wichtig – dass ich von den Hauptreferenten des heutigen Tages gehört habe, dass an der GA-Förderung festgehalten werden muss und dass es gilt, die alten Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaf-

fen. Dass man auch alles unternehmen soll, um wissenschaftliche Einrichtungen in die Fläche zu bringen. Die medizinische Versorgung ist umfangreich diskutiert worden. Wir haben nur die Apotheken vorerst außer Acht gelassen. Die können vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt hier nochmals Eingang finden. Das Thema Breitbandanschlüsse war mit der umfangreichste Bereich, der hier angesprochen worden ist. Hier spürte man, dass Verschiedenes auf den Nägeln brennt, dass man dringend darauf wartet und aufgrund dessen eben mit vernünftigen Breitbandanschlüssen - auch in der Fläche - die Gewähr dafür bietet, dass in Zukunft der ländliche Raum den Ballungsräumen in etwa gleichgeschaltet werden kann, wenn auch nicht ganz so, wie man es gerne wünschte, aber man spricht von gleichwertigen Lebensbedingungen. Dass natürlich auch dem Tourismusausbau subsidiäre Hilfe seitens des Staates zu Teil gebracht werden soll, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte mich bei der Gelegenheit bei meinen Kolleginnen und Kollegen Frau Barnett, Frau Behm, Herrn Lämmel, Frau Bögel, Frau Lötzer und Herrn Rupprecht bedanken. Sie haben sich hervorragend geschlagen, mussten aber weg, weil seit 16 Uhr teilweise die Fraktionsvorstandssitzungen laufen. Bei denen ist es Pflicht, wenn man diesem Gremium angehört, dabei zu sein und nicht zu spät zu kommen. Deshalb werde auch ich mich gleich dorthin begeben. Aber mein besonderer Dank gilt auch noch dem Herrn Landrat Bramlage, dem Herrn Hauptgeschäftsführer Hinterdobler, Herrn Prof. Dr. Lorig, Herr Staatsminister Machnig, Herr Staatsminister Seidel, Herrn Prof. Dr. Birg – doppeltes Dankeschön für heute Vormittag und Nachmittag, Sie waren der Großkämpfer - und darüber hinaus den Generalsekretär des deutschen Bauernverbandes Herrn Dr. Born, Herr Staatsminister Huber, Herrn Dr. Köhler – Herr Dr. Köhler ich habe Ihnen nicht nach dem Mund geredet, er hat mich aber vorher informiert. Er war nämlich auch bei denjenigen, die letzte Woche gemeint haben, man könnte diese Veranstaltung zwar zusagen aber nachher dann schwänzen. Da habe ich ein bisschen nachgeholfen, dass Präsenzpflcht herrscht, und dass man hier zu erscheinen hat, wenn so viele Persönlichkeiten aus allen Teilen der Republik zu uns kommen, wie Sie sie verkörpern und wie Sie heute bereit waren nach Berlin zu reisen und mit dabei zu sein - und dann Herrn Landrat Lenk und Herrn Staatssekretär Dr. Schneider, ein herzliches Wort des Dankes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich bei Dankesworten bin, so möchte ich mich natürlich auch ganz besonders bedanken für die Podien, die ja ganz vieles gebracht haben. Vor allen Dingen auch ein herzliches Dankeschön den Mitarbeitern in meinem Büro. Sie haben Hauptarbeit geleistet und

auch im Ausschuss, hier sitzt Herr Fleischhauer, geben Sie das bitte weiter – Ihr seit über Gebühr fleißig gewesen in den letzten Wochen. Eine solche Veranstaltung bedarf einer umfangreichen Vorbereitung, die ist nicht von heute auf morgen zu erledigen, sondern bedarf vieler Stunden Einsatz, wenn ich daran denke, Herr Dr. Donth, wie lange Sie am Freitag noch gearbeitet haben damit alles noch in die Reihe gebracht worden ist, dann seien Sie und Herr Fleischhauer hier besonders noch bedankt und erwähnt.

Meine Damen und Herren, ich darf mich auch bedanken bei der guten Zusammenarbeit mit Herr Dr. Fisch. Herr Dr. Fisch ist der Referatsleiter für Regionalpolitik im Bundeswirtschaftsministerium. Er steht mit Rat und Tat zur Seite und lässt sich auch aus der Legislative kommend einiges sagen, damit die Exekutive sich leichter tut beim umsetzen. Ich wünsche weiterhin im Sinne dessen, was wir heute an Antragstellung zu bearbeiten hatten, eine gute Zusammenarbeit, damit die Regionalpolitik hier in der Bundesrepublik Deutschland nicht ein Schattendasein führt, sondern weiterhin ganz vorne steht und sich auf der Agenda ganz oben befindet. Meine Damen und Herren, ich glaube Sie pflichten mir bei: Wir haben einen Glücksgriff getan, einen Glücksgriff mit Ihnen, Herr Scheider. Sie waren ein hervorragender Moderator. Alle einzubinden, alle Themen abhandeln und dann unverletzend die ganze Veranstaltung über die Bühne zu bringen und jedem etwas mit nach Hause zu geben, das kann nicht jeder, das spricht für Ihre Qualität und deshalb Ihnen ein herzliches Wort des Dankes. Und auch nochmals an Sie, Herr Prof. Birg. Alles Gute und vielen Dank.

Meine Damen und Herren, einer war dabei – normalerweise hat man bei solchen Veranstaltungen immer davon auszugehen, dass der eine oder andere degradiert wird, nein ausgedrückt ist er noch als Staatssekretär, Herr Dr. Marcel Huber, gekommen ist er als Staatsminister, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Mich freut es ganz besonders, dass er bereit war, weil er etwas von der Fläche versteht und auch von Bildungspolitik. Das hat er heute ausgiebig zur Kenntnis gebracht. Nochmals vielen herzlichen Dank für Ihr Kommen. Auf ein gutes Zusammenarbeiten, Zusammenwirken und helfen Sie uns. Wenn wir die Fläche nicht vergessen machen wollen, dann müssen wir laufend den Finger heben, nicht nur hier in Berlin, sondern auch Sie unmittelbar draußen vor Ort. Sie sind ja führende Leute und ich glaube auf Ihr Wort wird gehört und das ist gut so und dem soll auch weiterhin nachgekommen

sein. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! Die Veranstaltung ist geschlossen.